

## PROTOKOLL

### Begrüßung

#### Körper

"Blick' ich umher in diesem edlen Kreise, welch schöner Anblick macht mir mein Herzerglühn!" Dieses Wort - das auch unserem edlen Gesprächskreise hier angemessen ist - stammt natürlich nicht von mir, sondern von einem Sachsen, der 1842 in Dresden Hofkapellmeister wurde. Er ist 1848 nach Zürich geflüchtet, wo sein Sohn Siegfried geboren wurde. Aus Freude darüber hat er die Siegfried-Idylle komponiert nach Worten von Friedrich von Schiller, die ich unserer heutigen Tagung als Motto mit auf den Weg geben möchte: "Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit, und neues Leben blüht aus den Ruinen!"

Wie geht es weiter mit den Deutschen in Europa? Um die deutschen Triebkräfte dieser Frage zu vermessen und ihre internationalen Bedingungen und Folgen abzuschätzen, sind wir hier in Dresden, in Sachsens alter Hauptstadt, einstmals das Florenz an der Elbe genannt und zugleich die Stadt, wo sich so viel von der glorreichen Revolution von 1989 ereignete. Dresdens Glanz und Dresdens Leiden, beides ist tief in das Gesicht der Stadt eingegraben und wird immer eingegraben bleiben. Beides aber wird auch Teil jener künftigen deutschen Geschichte sein, die 1989 begann und deren erste Kapitel jetzt geschrieben werden: nicht nur in deutscher Sprache. Wie diese Kapitel aussehen, was sie enthalten und wie sie sich weit über Mitteleuropa hinaus gliedern, das soll Gegenstand unserer Tagung sein.

Immer hat sich unser Gesprächskreis Themen zugewandt, die aus der Geschichte in die Zukunft reichen und ihre Gestalt bestimmen. Selten aber war unser Gesprächskreis so sehr, wie in der gegenwärtigen Ära des Umbruchs, teilnehmender Beobachter.

Die deutsche Frage besteht noch immer, sie hat nur ihre Gestalt geändert: statt der Teilung nun die Einheit. So wie die Teilung das Kernproblem Europas nach dem Zweiten Weltkrieg war, so wird die Einheit zum Gestaltungsproblem für die Architektur Europas.

Zwischen dem 9. November 1989, als die Mauer brach, und dem 18. März 1990, als das Volk im Osten Deutschlands zum ersten Mal in freier Wahl ein demokratisches Parlament bestellen konnte, hat sich die deutsche Revolution noch nicht erschöpft. Sie hat gewissermaßen nur eine Bedenkzeit erbeten.

Jetzt gibt es einen neuen Rechtsboden, eine handlungsfähige Regierung, Vertrauen der Wähler in die Gewählten und einen breiten Konsens, der Deutschland zur Einheit führen soll.

Bei der Gestaltung der Einheit wird es um die Frage gehen, was aus 40 Jahren DDR Bestand hat und was die Zukunft mitprägen wird. Aber auch in der Bundesrepublik wird vieles auf Verbesserung geprüft.

Eines ist jedoch deutlich: Das künftige Deutschland wird der Bundesrepublik, wie sie ist, sehr viel ähnlicher sein als der DDR, wie sie war. Das hängt mit dem Zusammenbruch von Wirtschaft und Politik im östlichen Teil Deutschlands zusammen, mit der unterschiedlichen Größe und Kraft beider Teile, die sich nun vereinigen sollen, aber auch mit dem äußeren Gefüge, das die beiden Teile Deutschlands bisher umgab und das im Osten nur noch wie auf Abbruch da ist, im Westen aber durch einen machtvollen Umbruch geht.

Dieses äußere Gefüge ist bestimmt von einer von oben geführten Revolution, welche die Sowjetunion bis zur Unkenntlichkeit verändern wird. Diese Veränderung ist auch bestimmt von den osteuropäischen Revolutionen, die auf Perestroika und den Zerfall des Sowjetimperiums antworten.

Aber ist Perestroika ein Programm der Erneuerung oder ein Prozeß des Zerfalls? Und wo werden die osteuropäischen Revolutionen Ziel und Ende finden? Alle Antworten sind nur vorläufig.

Über beides, über die innere Gestalt Deutschlands wie über das äußere Gefüge, wird in unserem Kreis zu sprechen sein. Beides hängt eng zusammen, ja es bedingt einander. Deutschlands Teilung war Teilung des Kontinents, Deutschlands Einheit eröffnet die Möglichkeit, ja die Notwendigkeit, in Begriffen eines neuen größeren und weiteren Europa zu denken. Die Einheit der Deutschen erfordert

ein Nachdenken über ein europäisches Konzept, das die Nordamerikaner genauso einschließt wie die Russen.

Sicher werden sich mit der deutschen Einheit wieder alte, schwierige und belastende Fragen stellen, Fragen, die nach Gleichgewicht und Hegemonie in Europa ebenso wie nach Maß und Mitte der Deutschen suchen.

In diesem Zusammenhang ist die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zu nennen. Die KSZE ist kein Sicherheitssystem, sie ist auch kein System der wirtschaftlichen Integration. Sie in die eine oder andere Richtung zu drängen, würde sie überfordern. Was sie aber geleistet hat in der Vergangenheit und was sie in Zukunft noch mehr leisten wird, ist übergreifende kooperative Verständigung zwischen Ost und West, ist Mahnung zu zivilisierten Verhaltensregeln und der Zwang zu Kompromissen.

Die KSZE war in der Vergangenheit ein Diplomatenkongreß, die Helsinki-Schlußakte war rechtlich nicht bindend und doch politisch sehr wirksam. In Zukunft wird die KSZE sehr viel mehr sein, sie wird wichtiger, weil die deutsche Frage dazu drängt, neue Institutionen hervorzubringen. Ich meine, einige dieser Institutionen sollten in Deutschland, in Berlin, ihren Sitz finden - zum Beispiel für die Menschenrechte und den Rechtsstaat, für die Sicherung der Umwelt oder für die Gestaltung der Rüstungskontrolle und der Verifikation. Auf diese Weise kann die KSZE gegebene Sicherheitssysteme aufheben, kann sie konservieren wie überwölben.

Den Deutschen ist im Westen durch die Integration und im Osten durch die Revolution eine Verantwortung zugewachsen, die weit über ihr eigenes Schicksal hinausweist. In Deutschland vor allem wird sich erweisen, ob das Weltsystem des 21. Jahrhunderts noch einmal auf Konfrontation gegründet wird oder, was wir alle hoffen und wünschen, auf Kooperation. Wenn es uns gelingt, auf unserer Tagung hier in Dresden dafür geistige Vorarbeit zu leisten, dann, und nur dann, sind wir auf der Höhe der Situation.

Ich bin besonders froh, daß wir mit Bundeskanzler a. D. Willy Brandt, Dr. Manfred Stolpe von der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg und Ministerpräsident Lothar Späth drei hervorragende Referenten gefunden haben, die uns in die Diskussion einführen werden. Sir Ralf Dahrendorf danke ich, daß er sich wieder einmal bereit erklärt, das verantwortungsvolle Amt des Chairmans zu übernehmen.

## Brandt

Die Geschichte, die seit dem letzten Jahr in Gang gekommen ist, handelt von Europa. Deutschland ist darin ein wichtiges Unterkapitel. Und insofern wird unser Thema: "Wie geht es weiter mit den Deutschen in Europa?" dieser Rangfolge gerecht, wenngleich die Berufung auf Europa nicht dazu herhalten darf, die eigene Verantwortung hintanzustellen. Im übrigen ändern weder deutsche Aufgeregtheiten noch gelegentliches nachbarliches Mißtrauen etwas an einem Grundtatbestand: Es wird nicht mehr oder nicht wieder ein deutscher Nationalstaat alten Typs sein, der seinen Platz in einer veränderten europäischen Landschaft sucht, sondern eine grundgesetzlich föderal verfaßte, etwas erweiterte Republik, deren größerer Teil seit Jahr und Tag in die Europäische Gemeinschaft eingefügt ist und diese von Anfang an mitgestaltet hat.

Auch wenn die Berichte, die wir heute von der Außenministerkonferenz aus Dublin gehört und gelesen haben, sich recht optimistisch ausnehmen, die Einfügung der DDR in den EG-Bereich ist im wesentlichen ein technisches Problem, nicht mehr. Dabei wird es sicher darauf ankommen, berechnete Interessen anderer zu berücksichtigen und Mißverständnissen zu begegnen.

Wenn mir also vor kurzem Präsident Mitterrand erklärte, daß durch unser Währungsarrangement mit der DDR auch die Preise und Zinsen in Frankreich tangiert werden, dann ist das ein berechtigtes Interesse und muß deshalb offen diskutiert werden. Ähnlich sagen es der spanische Ministerpräsident und auch Mitglieder der EG-Kommission.

Der Gegenstand, mit dem wir uns hier beschäftigen, lädt zum Nachdenken über eine Reihe halboffener Fragen ein. Ich habe mir sechs davon notiert und will versuchen, sie andeutungsweise zu beantworten.

Erstens. Wie zügig wird - angesichts der Veränderungen im anderen Teil Europas der Ausbau der Europäischen Gemeinschaft voranschreiten, im Hinblick auf den Gemeinsamen Binnenmarkt und die Europäische Währungsunion einerseits und auf den - trotz Dublin - noch sehr unklaren Übergang von der Europäischen Politischen Zusammenarbeit zu einer Politischen Union andererseits? Und wie ist dabei die deutsche Interessenlage?

Aus meiner Sicht kann kein Zweifel daran sein, daß es nicht im deutschen Interesse läge, würde der Ausbau der Europäischen Gemeinschaft verlangsamt oder gar in Frage gestellt. Dennoch wird es den Deutschen niemand verargen können, wenn wir auf eine überzeugende Ostpolitik der Gemeinschaft drängen, dabei eigene Erfahrungen einbringen und die künftige Dimension der Gemeinschaft neu zur Diskussion stellen.

Jacques Delors spricht von zwei Gemeinschaften, die sich seiner Meinung nach aus der bisherigen EG entwickeln sollten. Zum einen geht es um eine sich erweiternde Wirtschaftsgemeinschaft und zum anderen um eine politische Gemeinschaft mit sicherheitspolitischer Komponente. Beides ist wohl nicht notwendigerweise voll deckungsgleich. Die Verklammerung der westeuropäischen Gemeinschaft mit Gesamteuropa wird auch dadurch offenkundig, daß zwei der vier Mächte, die an den Zwei-plus-vier-Verhandlungen beteiligt sind, Partner in der Europäischen Gemeinschaft sind - und bezogen auf die KSZE-Rahmen sind es zwölf beziehungsweise elf von 35 oder 34 Staaten (je nachdem, ob man ein oder zwei Deutschland zählt).

Das deutsche Gewicht in der EG erhöht sich - begrenzt - quantitativ, kaum qualitativ. Dies ist Partnern, die eine Verschiebung von Einflußgebieten befürchten, mit aller Sachlichkeit deutlich zu machen. Und ich füge bei jeder sich bietenden Gelegenheit hinzu: Wer Angst vor der D-Mark hat, sollte dem Ecu rascher weitere Geltung verschaffen. Deutscherseits ist gegenüber der EG ein kooperatives Verhalten angezeigt und jede auftrumpfende oder aber unterwürfige Attitüde zu vermeiden, wenn es um ein europäisches Sicherheitssystem geht.

Zweitens: Welche spezifischen Erfahrungen kann die bisherige DDR in die gesamtdeutsche Europapolitik einbringen?

Ich habe es begrüßt, daß Lothar de Maizière in seiner Regierungserklärung vom 19. April 1990 betont hat, daß die Erfahrungen, die die DDR in den letzten Jahrzehnten mit den Ländern Osteuropas gesammelt hat, ein wichtiger Beitrag sein können. Das betrifft weniger die Beziehungen zum RGW und zum Warschauer Pakt, die in Zukunft kaum eine wesentliche Rolle spielen dürften, als vielmehr die fachlich kompetente Mitarbeit der DDR in Gremien der Vereinten Nationen, der KSZE und anderer internationaler Institutionen. Das kann für Deutschland insgesamt ein wichtiger Faktor sein.

Kontakte, die Techniker, Wissenschaftler, Künstler mit Personen und Institutionen in der Sowjetunion und in anderen Staaten des Ostblocks wahrgenommen haben, sollten für unsere erweiterten Aufgaben in Europa fruchtbar gemacht werden. Dies betrifft nicht zuletzt russische und andere Sprachkenntnisse, die keineswegs vernachlässigt werden sollten. Im übrigen liegt es im deutschen wie im europäischen Interesse, daß der Strukturwandel in den Ländern des bisherigen Ostblocks wirtschaftliche Erfolge zeitigt und mithin politische Risiken verringert werden.

Drittens: Wie europäisch wird sich die NATO ausgestalten, und was bedeutet dies für die deutsche Sicherheitspolitik?

Meine Antwort: Eine Neutralität oder Neutralisierung - was ja nicht dasselbe ist Deutschlands erscheint ebensowenig praktikabel wie seine Zugehörigkeit zu zwei unterschiedlichen Bündnissystemen. Ich weiß sehr wohl, daß der sowjetische Außenminister gestern erneut die Zugehörigkeit zu zwei Bündnissen für eine Übergangszeit gefordert hat. Darüber wird sicherlich weiter zu diskutieren sein. Aber ich halte nichts davon.

Was sollte die Bundesrepublik veranlassen, ihre Zugehörigkeit zur NATO aufzukündigen. Das wäre ganz und gar unvernünftig, und es fände auch keine Mehrheit in der deutschen Bevölkerung; zumal die Verklammerung mit den Vereinigten Staaten von Amerika - auch angesichts einer sich weiter verändernden Weltlage - keineswegs zur Disposition stünde, weder aus bundesdeutscher noch aus westeuropäischer Sicht.

Es kann nicht Aufgabe der deutschen Politik sein, die europäischen Partner und die beiden "halbeuropäischen Großmächte" - um George Kennan zu zitieren - darüber zu belehren, wie ein neues europäisches Sicherheitssystem auszusehen habe. Vielmehr sollten wir sehr aufmerksam verfolgen, in welcher Richtung sich zukünftig bestimmte Verhandlungen entwickeln werden. Was wird beispielsweise aus Wien I und Wien II? Was wird aus Genf? Was wird aus den direkten Verhandlungen zwischen Washington und Moskau, die uns nicht immer gleich öffentlich zugänglich sind?

Natürlich geht es dabei auch um die Frage: Wieviel an deutschen Truppen bedarf es aus der Sicht der anderen? Bei Beantwortung dieser Frage würden wir sehr schnell feststellen, daß es mehr sein müssen, als sich manche bei uns wünschen. Und mit wieviel ausländischen Truppen werden wir - für welchen vertraglich festgelegten Zeitraum - auf deutschem Boden zu rechnen haben?

Ich würde es befürworten, wenn Frankreich seinen Sonderstatus im westlichen Bündnis in dieser Phase des Übergangs aufgäbe und statt dessen eine eher führende Rolle in der europäischen Sicherheit übernehme. Die Bereitschaft dazu dürfte auf französischer Seite bestehen.

Viertens: Können mögliche Erweiterungen der EG in Widerspruch zu einer notwendigen Vertiefung der Gemeinschaft geraten?

Deutsche Interessen sprechen aus meiner Sicht für eine große Offenheit bei Verhandlungen mit den EFTA-Staaten. Das gilt nicht zuletzt für Österreich - insbesondere wenn man bedenkt, daß den Neutralitätsvorbehalten in der neuen Lage in Europa sehr viel weniger Gewicht beizumessen ist. Viel spricht auch für breit angelegte Kooperations- und Assoziierungsmodelle mit bisherigen RGW-Partnern und mit Jugoslawien. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung - unter Beteiligung der USA und Japans - kann eine wichtige Rolle spielen und sollte von deutscher Seite stark gefördert werden.

Ich meine weiter, daß deutsche Interessen nicht negativ berührt sind, wenn Paris, Rom oder Madrid sich um eine aktivere Mittelmeerpolitik der Europäischen Gemeinschaft bemühen. Die wiederholt geäußerte Sorge, deutsche Wirtschaftsinteressen an der EG-Südschiene könnten wegen gesamtdeutschen oder osteuropäischen Engagements abnehmen, verdient zwar Aufmerksamkeit. Aber wenn man dem im Einzelfall nachgeht, rechtfertigen die objektiven Gegebenheiten die Befürchtungen nicht. So habe ich kürzlich in Madrid vor einem Kreis von Wirtschaftlern gesprochen und darum gebeten, mir ein deutsches Unternehmen zu nennen, das sein Engagement südlich der Pyrenäen reduziert hat. Jedoch das einzige, was ihnen einfiel, war ein holländisches Unternehmen, von dem es hieß, es werde vielleicht eine Kooperation in Ungarn eingehen und möglicherweise ein zunächst in Spanien geplantes Unternehmen nicht einrichten. Die Tatsachen sprechen also gegen solche Befürchtungen.

Fünftens: In welche gesamteuropäischen Strukturen sollte der KSZE-Prozeß, den Herr Körber zu Recht angesprochen hat, einmünden? Sind damit deutsche Interessen im engeren Sinne verbunden?

Ich meine, zwischen Brüssel und Helsinki gibt es auf unserem Wege nach Europa mehr berührende als divergierende strategische Punkte. Der KSZE-Prozeß ist vor allem wegen der nordamerikanischen

Beteiligung wichtig und wird zunehmend wichtiger werden, weil die Verbindung über die NATO sich tendenziell eher etwas abschwächen wird.

Im übrigen halte ich es für ratsam, Gedanken über eine künftige gesamteuropäische Struktur in eher generellen Wendungen zu formulieren und sich nicht allzulange dabei aufzuhalten, ob man das dann "Europäisches Haus" - wie Gorbatschow sagt - oder Konföderation - wie Mitterrand meint - oder wie auch immer nennen wird.

Aus deutscher Sicht würde ich den polnischen Vorschlag für bedenkenswert halten, für eine Zusammenfassung von KSZE-Aufgaben einen gesamteuropäischen Kooperationsrat zu bilden. Zumindest dürfte es im Anschluß an die Wiener Verhandlungen sinnvoll sein, möglichst bald eine Art Sicherheitsagentur zu errichten, die mit Verifikation befaßt ist. Des weiteren halten Experten eine Institution für Streitschlichtung und auch einen gesamteuropäischen Rat der Verteidigungs- und Außenminister für notwendig.

Was ich für wichtig ansehe - auch das klang bei Herrn Körber schon an;-, ist die Schaffung einer gesamteuropäischen Umweltagentur, die über wirksame Zuständigkeiten verfügt. Hier gibt es Zusammenhänge zum Umweltamt der EG, das auch erst mühsam in Gang kommt, und zur Europa-Bank. Berlin sollte als Sitz mindestens einer der vorgenannten Institutionen in Aussicht genommen werden.

Beim Status von Berlin sollten die Deutschen sehr darauf achten, daß die dortigen Rechte nicht von den Rechten auf Deutschland als Ganzes losgelöst gesehen werden. Dazu besteht mancherorts eine gewisse Neigung, die wir aber nicht durchgehen lassen dürfen. Auf der anderen Seite ist genauso klar, daß sowjetische Truppen in der DDR nicht stehen, weil es den Warschauer Pakt gibt, sondern weil es sich dabei um originäre Rechte handelt, die abzulösen sind. Das ist ein Unterschied, der offenbar nicht allen, die sich an der öffentlichen Diskussion beteiligt haben, bewußt ist.

Die Rolle des Straßburger Europarats sollte man nicht über-, aber auch nicht unterschätzen, wenn es darum geht, die neuen Demokratien in eine qualifizierte Zusammenarbeit einzubeziehen. Ich spreche bewußt von neuen Demokratien; denn sollte es in einem Land eine Art Pilsudski-Regierung geben - damit meine ich nicht Polen;-, dann dürfte das einer europäischen Zusammenarbeit, wie sie im Europarat praktiziert wird, nicht eben förderlich sein. Auch die ECE der Vereinten Nationen in Genf, die lange unterschätzt wurde, sollte einbezogen werden. Das gleiche gilt für Einzelprojekte wie Eureka. Dabei dürften deutsche Interessen ohnehin kaum berührt werden.

Des weiteren bedarf es der Konzipierung einer verstärkten europäischen Nord-SüdPolitik. Hier erwarte ich positive Impulse aus der DDR. In der Regierungserklärung von Lothar de Maizière wurde dazu deutlicher Stellung genommen, als das bei uns normalerweise der Fall ist. Diese positive Haltung wird zweifellos von Persönlichkeiten gefördert, die durch die kirchliche Arbeit geprägt sind.

Aufgrund einer Vielzahl von Begegnungen in den letzten Monaten mit führenden Vertretern aus der dritten Welt kann ich nur feststellen, daß die Befürchtungen in Entwicklungsländern riesengroß sind, die Europäer könnten ihr Interesse jetzt ausschließlich dem Osten zuwenden, was zu Lasten des Nord-Süd-Engagements der Industriestaaten gehen würde. Es kommt aber darauf an, das eine zu tun und das andere nicht zu lassen. Auf jeden Fall müßte ein Teil der Mittel, die aus der Senkung der Rüstungsausgaben frei werden, für die Bewältigung von Nord-Süd-Aufgaben zur Verfügung gestellt werden.

Schließlich sechstens: Was wird aus der Sowjetunion? Und wie gestaltet sich ihr Verhältnis zur europäischen Zusammenarbeit und Einigung?

## **Stolpe**

Sie werden feststellen, daß meine Ausführungen etwas kummerlastig sein werden. Ich komme auch nicht darum herum, ein wenig Rückblick zu halten. Und ich werde die Frage zu beantworten suchen, was wir aus der DDR denn einbringen können in das Gesamtdeutschland und für Europa. Ich füge hinzu: Der Grundton meiner Ausführungen möchte optimistisch verstanden werden, auch wenn ich nicht darauf verzichte, ein paar Probleme recht deutlich zu nennen.

1. "Das Stottern der deutschen Intellektuellen" nennt Luc Rosenzweig (Le Monde 29. 3. 1990) die offenkundige Verlegenheit, sich mit den Ergebnissen der deutschen demokratischen Revolution zurechtzufinden. Auch die Evangelische Kirche, intensiv in den gesellschaftlichen Veränderungsprozeß der DDR verwoben, hat diese Entwicklung nicht vorhergesehen. Ihr geht es hier nicht anders als den Politikern des Westens, die sich besonders stark um eine Humanisierung in Ostdeutschland und Osteuropa bemüht haben. Die kleinen Schritte brachten nicht die Veränderung.

Nicht das drängende und werbende Gespräch mit den Mächtigen, nicht das Netzwerk politischer und ökonomischer Verträge, sondern der Aufbruch der Massen in ihren entgegengesetzt erscheinenden Parolen vom "Wir wollen weg" zum "Wir bleiben hier" schufen ein neues Zentraleuropa.

Wer auf "Wandel durch Annäherung" setzte, wer auf die Verbesserungsfähigkeit des SED-Systems hoffte - und auch die offizielle Linie der Evangelischen Kirche wollte den Reformprozeß;- , wer so dachte, scheint heute Lügen gestraft. Ja, er muß sich fragen lassen, ob er nicht das System stabilisiert, den Reformdruck gemindert und letzten Endes Hand in Hand mit Honecker gegen die Einheit Deutschlands wirken wollte. Denn die Geschichte wirkt als Richterin. Nicht die klugen Pläne wiegen, sondern der tatsächliche Verlauf historischer Prozesse spricht das Urteil.

2. Karl Marx spricht in einem Brief an Friedrich Engels von Tagen, die 20 Jahre zusammenfassen. Der Zeitraffer ist ein Wesensmerkmal der Revolution, und diese haben wir nicht vorausgesehen. Die Entwicklungstendenzen dagegen erkennbar. Um bei Marx zu bleiben: Der Widerspruch zwischen starren Produktionsverhältnissen und dem Entfaltungsbedarf der Produktivkräfte war offenkundig. Die administrative Lenkung einer Volkswirtschaft, in der versucht wird, kreative Einzelentscheidungen an oberen Schreibtischen vorzuplanen, in der wirtschaftliches Denken erschwerend und Innovation störend wirken, in der die Leistungen des Weltmarktes mehr erschreckend als anregend ankommen, bedeutet Stillstand und damit Rückgang des Leistungsvermögens. Die Wirtschaftskraft in den staatsplansozialistischen Ländern Osteuropas entsprach nicht mehr den Erwartungen der Menschen und ihrem Leistungsvermögen. Die Unzufriedenheit wuchs zwischen Magdeburg und Wladiwostok.

Solange das System im Abwehrkampf gegen einen Gegner steht, solange der Kriegskommunismus notfalls mit Gewalt den Bestand zu sichern weiß, kann wirtschaftliche Ineffizienz als unvermeidbar ertragen werden. Anders, wenn das Ziel der Gesellschaft nicht mehr der Abwehrkampf zur Sicherung einer großen Zukunft ist. Seitdem Chruschtschow und Kennedy, aber auch einige Politiker in den deutschen Staaten begriffen, daß es im militärischen Konflikt keine Überlebenschance gibt und nur der friedliche Interessenausgleich Zukunft sichern kann, schwand die politische Basis eines kriegskommunistischen Wirtschaftssystems. In Friedenszeiten aber dürfen die Urgesetze von Wert und Preis, von Angebot und Nachfrage, von Leistung und Lohn nicht ungestraft mißachtet werden.

Michail Gorbatschow versucht, den Zusammenhang von Entspannungspolitik und Wirtschaftsordnung zu handhaben. Er ist eine gigantische Aufgabe für die Sowjetunion mit ungewissem Ausgang angegangen. Sein bisheriges Hauptverdienst ist das Vertrauen in seine friedlichen Absichten, das die übrigen Europäer und die Nordamerikaner gewonnen haben. Für seine Perestroika sind Rüstung und Militäreinsatz eine ernsthafte Gefahr. Der gesunde Menschenverstand der Herbst-Demonstranten in Ostdeutschland und in der Tschechoslowakei ließ sie hoffen und erfahren, daß Gorbatschow keine sowjetischen Panzer gegen sie rollen läßt.

Gorbatschows Politik braucht den Frieden, und die Menschen im östlichen Mitteleuropa haben seit dem Beginn des Entspannungsprozesses in der Mitte der siebziger Jahre auf mehr Freiheiten gehofft. Ihre Erwartungen sind von einer KSZE-Folgekonferenz zur nächsten gewachsen, sie haben Erleichterungen erfahren, zunehmend Mut geschöpft und wollen nun auf die "Früchte des Friedens" (Valentin Falin) nicht länger verzichten. So gingen sie auf die Straße, und so ging im November 1989 die Mauer auf.

3. Für Millionen jüngerer Ostdeutscher brachte der Eindruck der ersten Westreise zwei neue existentielle Erfahrungen: Entgegen jahrzehntelanger Bemühungen der SED, eine eigene DDR-Nationalität zu propagieren, erlebten sie urplötzlich nationale Zusammengehörigkeit, spürten sie, daß die Menschen hinter der Grenze Deutsche wie sie waren. Und sie erfuhren zugleich ein demütigendes West-Ost-Gefälle der Lebensbedingungen. Krasser und unmittelbarer, als es je Fernsehsendungen und Versandhauskataloge zeigen konnten, erlebten sie sich zwar als Deutsche, aber als Deutsche zweiter Klasse. Die neue nationale Erfahrung und die soziale Demütigung verknöteten sich in ihren Köpfen und Herzen zu einem starken Unrechtsempfinden.

Die DDR-Bürger, die lange Zeit keine tiefgreifenden sozialen Spannungen gekannt haben, artikulierten ihre Unzufriedenheit gegenüber diesem Nachkriegsergebnis, das sie so offenkundig benachteiligt. Die Forderungen: "Wir sind ein Volk" und "Wir wollen I: I" haben hier eine tiefe und nach meiner Überzeugung gerechtfertigte Ursache. Deshalb muß ich auch alle Versuche entschieden zurückweisen, diesen sozialen Gerechtigkeitsdrang des Ostteils der deutschen Nation mit zynischen Bemerkungen über materielle Interessen zu diskriminieren.

Die Wucht des sozialökonomischen Erwartungsdrucks der Ostdeutschen ist ungebrochen. Die soziale Erregung ist im Frühjahr 1990 nicht geringer als im Herbst 1989. Die Forderungen haben sich

verändert, neue Ängste über die Auswirkungen der Marktwirtschaft sind hinzugekommen. Die Stimmung ist nicht ungefährlich. Ein gerechter sozialer Ausgleich ist unabdingbar. Maßnahmen müssen nicht sofort greifen, sie müssen aber den DDR-Bürgern verlässlich zeigen, daß sie nicht die Benachteiligten, nicht die doppelten Verlierer der Kriegs- und der Nachkriegszeit bleiben. Deshalb halte ich um des sozialen Friedens in Deutschland willen die Festschreibung des seit 1945 in Ostdeutschland entstandenen persönlichen Eigentums an Grund und Boden und die Umbewertung aller persönlichen Ersparnisse auf der Grundlage von I: I mit einer sofortigen Freigabe von zum Beispiel 5.000 DM und einer jährlichen Freigabe von weiteren 3000-5000 DM bei angemessener Verzinsung für nötig. Das ist keineswegs nur eine ökonomische Frage.

4. Im europäischen Umfeld breiten sich Sorgen über diese Deutschen aus. Längst sind die Sympathien für die Herbstdemonstranten verfliegen. Was wird aus den Deutschen in der staatlichen Einheit? Werden soziale Spannungen destabilisieren? Werden die bisher so braven europatreuen Rheinbunddeutschen durch ihren östlichen Zuwachs wieder deutscher - ruhelos, unberechenbar, überheblich und expansiv? Was wird mit der Friedensordnung Europas, die nun endlich möglich scheint?

Bisher war der Preis des Friedens die Spaltung Europas und Deutschlands. Die Einheit Europas wird nur möglich mit den Deutschen. Die Deutschen haben sich für einen Staat entschieden. Gefährlich für die Einheit Europas wäre es, die Deutschen künstlich zu trennen. Die Aufgabe heißt, die staatliche Einheit der Deutschen mit und für ein gemeinsames Europa zu schaffen.

Es muß verstanden werden, wenn die Deutschen gegenwärtig stark mit sich selbst beschäftigt sind. Vieles ist aufzuarbeiten, vieles wird sich ändern - auch für die Westdeutschen. Unsere Aufgabe ist es, Nabelschau und nationale Verbohrtheit zu verhindern: Deutschland liegt in der Mitte Europas, geographisch, kulturell und militärpolitisch, und Europa ist gefordert, alle Kraft für die gefährdete Menschheit einzusetzen. Nationale und kontinentale Probleme sind heute von den globalen Herausforderungen nicht mehr zu trennen.

5. Die christlichen Kirchen treten seit Beginn der achtziger Jahre weltweit und immer stärker für die Beachtung der Zusammenhänge der Weltaufgaben, mehr Gerechtigkeit zu schaffen, den Frieden zu sichern und die Umwelt zu erhalten, ein. Im März dieses Jahres hat in Seoul die Weltversammlung der christlichen Kirchen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung eindringlich erklärt: "Die Zeit ist da, daß die ökumenische Bewegung ihre Vision von einer Gemeinschaft aller Menschen deutlich ausspricht, die auf Erden leben und sorgsam mit der Schöpfung umgehen und in der alle Menschen das gleiche Recht auf Leben in all seiner Fülle haben. Diese geistliche Vision muß in konkretem Handeln sichtbar werden. Im Lichte unserer geistlichen Erfahrungen hier in Seoul haben wir uns verpflichtet, uns einzusetzen:

- für eine gerechte Wirtschaftsordnung und für die Befreiung von der Last der Auslandsschulden;
- für wirkliche Sicherheit aller Staaten und Völker und für eine Kultur der Gewaltlosigkeit;
- für die Erhaltung der Erdatmosphäre und für die Entwicklung einer Kultur, die es erlaubt, in Harmonie mit der ganzen Schöpfung zu leben;
- für die Abschaffung von Rassismus und Diskriminierung auf allen Ebenen und im Interesse aller Menschen und für den Abbau von Verhaltensmustern, die die Sünde des Rassismus fortsetzen."

Die Kirchen in der DDR, die den Umbruch in diesem Lande maßgeblich mit ermöglicht und geprägt haben und dabei für die Freiheitsrechte eintraten, die sich heute für die sozialen Belange der Bürger einsetzen, sind bemüht, den Menschen darüber hinaus ihre Mitverantwortung in der Überlebensgemeinschaft Menschheit zu vermitteln. So hat zum Beispiel die Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg im April 1990 versucht, auch die Chancen kommender deutscher Einheit für die globalen Aufgaben aufzuzeigen und in den Mittelpunkt künftiger Arbeit zu stellen: "Zunehmend werden wir in das System struktureller Ungerechtigkeit zwischen Nord und Süd verflochten. Heute wachsen unsere Möglichkeiten, diesen ungerechten Mechanismen entgegenzuwirken. Deshalb kann es nicht mehr bei Feststellungen bleiben, sondern wir müssen unsere Verantwortung in konkreter Hilfe für die Belange der Menschen in der Zweidrittelwelt wirksam machen. Die Synode hält es für unbedingt erforderlich, diese Problematik möglichst bald auf einer Tagung der nächsten Synode zu bearbeiten."

6. Deutsche Nabelschau kann nicht genügen. Ich bin überzeugt, daß die drängenden Weltprobleme, die wachsende Verelendung in Afrika und Asien, das nach wie vor vorhandene Vernichtungspotential der Superrüstung und die sich fortsetzende Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen gerade in einer Zeit nationaler Sorgen massiv in Erinnerung gebracht werden müssen. Die Zusammenhänge

und die Relationen müssen deutlich gemacht werden. Europa ist das Bindeglied zwischen unseren nationalen Bedingtheiten und unserer weltweiten Verpflichtung. Die europäischen Nationen, Nordamerika mit eingeschlossen, sind unsere Verantwortungspartner. Nur gemeinsam mit ihnen können die Weltaufgaben mit Aussicht auf Erfolg angegangen werden.

Dabei hat nicht nur Ostdeutschland, sondern ganz Osteuropa große bisher unerschlossene Reserven, die nicht nur dem jeweils eigenen Land nutzbar, sondern gezielt für die dritte Welt eingesetzt werden können. Osteuropa könnte gerade aus seinen zurückgebliebenen ökonomischen Gegebenheiten und den ständigen Improvisationsnöten seiner Produzenten für die Gegebenheiten in den Entwicklungsländern aufgeschlossener sein. Erfahrungen mit Hilfskräften aus der DDR in Afrika ermutigen zu dieser Behauptung. Ökonomische Hilfe von Westeuropa nach Osteuropa soll nicht nur dort Lebensbedingungen verbessern, sondern auch das Hilfspotential des Nordens gegenüber dem Süden verbessern. Es wäre wichtig, diesen Zusammenhang zwischen innereuropäischen Verbesserungen und Weltverantwortung deutlich zu machen. Ein geeignetes Feld könnte dabei die Sicherheits- und Abrüstungspolitik sein.

Die Deutschen in Europa stehen mit in der Weltverantwortung aller Europäer. Sie sind darin nichts Besonderes. Sie haben keinen Sonderdienst als Brückenbauer, Vermittler oder gar künftiges Zentrum Europas. Ihre Aufgabe ist es allerdings, nicht Störer, sondern Förderer der europäischen Gemeinsamkeit im Interesse der Weltverantwortung zu sein. Dabei dürfen sie sogar Musterschüler sein, aber ohne jede Sonderrolle, nur als eine Nation in der Reihe mit den anderen Nationen. Denn wir stehen am Anfang einer neuen europäischen Geschichte, in der es nicht mehr um Konfrontation, sondern um Integration geht.

Unter dem Druck der Gefahren ist mit einem neuen Denken vieles möglich geworden. Gemeinsame Überlebensinteressen schufen gemeinsame Sicherheitsinteressen. In gemeinsamer Sicherheit ist die deutsche Problematik zu lösen. Dabei sollte der Sicherheitsbegriff im Sinne der UNO-Dokumente nicht nur militärisch, sondern auch ökonomisch und politisch verstanden werden. Wirtschaftliche Kooperation ist zum Beispiel ein wesentliches Sicherheitselement.

7. In dieser Lage darf das militärische und ökonomische Potential Deutschlands nicht selbständig und unabhängig werden. Es sollte auch nicht ausschließlich nur bei einem der herkömmlichen Bündnissysteme integriert sein. Künftige gemeinsame Sicherheit ist nur zu erreichen, wenn gegenwärtige Sicherheitsinteressen gegenseitig beachtet werden.

Ausgangslage für fast fünf Jahrzehnte europäischen Friedens ist das System von Jalta und Potsdam. Es war einmal gedacht als gemeinsames Sicherheitssystem gegen Deutschland. Es funktionierte in der Phase der Konfrontation mit der Teilung Deutschlands. In der neuen Zeit der Kooperation muß es gemeinsam mit Deutschland fortgesetzt werden. Das System von Jalta und Potsdam sollte in den KSZE-Prozeß überführt werden. Das wird nur in einem Übergangssystem gelingen, in dem zu den vier Mächten die beiden deutschen Staaten mit in die Verantwortung genommen werden.

Jalta und Potsdam bauen auf der militärischen Balance der vier Mächte in Deutschland und ihrer Verantwortung für ganz Deutschland auf. Dieser Ansatz ist nicht zu beseitigen, sondern als Grundstock eines europäisch-nordatlantischen Sicherheitssystems fortzuentwickeln. Die vier Mächte und die beiden deutschen Staaten sollten sich verpflichten, ihre Aufgabe zur Sicherung des Friedens und der Förderung der Menschenrechte gemeinsam anzugehen und sie bis zu einer wirksamen Aufnahme dieses Anliegens im Rahmen verbindlicher europäischer Sicherheit und Zusammenarbeit durch Truppenstationierungsverträge auf deutschem Boden festschreiben.

Zugleich sollte festgelegt werden, daß die NATO und der Warschauer Pakt ihre Bereiche nicht mehr ausdehnen werden. Die Militärbündnisse könnten als Abrüstungsorganisationen eingesetzt und dabei mit der Konversion überflüssiger Militärpotentiale beauftragt werden. Die Überführung des Militärpotentials in zivile Bereiche sollte gezielt für Aufgaben der Entwicklungsländer bis hin zum Personaleinsatz im technischen und logistischen Bereich genutzt werden. Die Herstellung der staatlichen Einheit der Deutschen sollte dieses System nicht beeinträchtigen. Auf dem Gebiet der jetzigen DDR dürften allerdings nur NATO-unabhängige oder keine militärischen Verbände stationiert sein.

Besonderer Klärung bedarf der Status Berlins. Hier sollte die Ansiedlung eines KSZE-Verifikationspunktes zur Überwachung der Vereinbarungen im militärischen Sicherheitsbereich angestrebt werden. Bis zum Einmünden der Viermächteaufgaben in ein europäisches Sicherheitssystem sollten die Besatzungsrechte in einem Stationierungsvertrag mit Zugangsgarantien festgehalten werden, den beide deutsche Staaten mit den vier Mächten schließen sollten. Zur Beschleunigung des KSZE-Prozesses ist neben dem Plan einer Konferenz noch im Jahre 1990 auch



der Plan der CSFR-Regierung zur Bildung einer europäischen Sicherheitskommission der Außenminister mit Sitz in Prag bemerkenswert.

Nötig ist die Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen West- und Osteuropa. Die Europäische Gemeinschaft muß sich weiter öffnen. Die DDR kann ihr über die staatliche Vereinigung mit der Bundesrepublik beitreten. Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei sollten bald die Möglichkeit einer Assoziierung erhalten. Die osteuropäischen Länder brauchen neben der Investitionsbereitschaft des Westens beim Übergang zu einer sozialen Marktwirtschaft Unterstützung in der Erarbeitung ökonomischer Analysen, in der Managerausbildung und Personalumschulung. Den zu erwartenden sozialen Spannungen ist unbedingt vorzubeugen. Mit der Öffnung der Europäischen Gemeinschaft nach Osten werden die Deutschen stärker in Europa eingebunden.

Lassen Sie mich zum Abschluß Vaclav Havel zitieren: "Ganz Europa muß den Deutschen dankbar sein" - so hat er unlängst auf der Prager Burg gesagt;- "daß sie begonnen haben, die Mauer niederzureißen, die sie trennt, weil sie damit auch die Mauer niederzureißen begannen, die Europa trennt.. . An den Deutschen liegt es auch, ob ihre Vereinigung zu einem willkommenen Motor der Einigung ganz Europas wird oder im Gegenteil zu deren Bremse."

### Späth

Ich will meine Zeit nutzen, um zu ein paar vielleicht banaleren Aspekten des Einigungsprozesses Stellung zu nehmen, vor allem im Bereich der ökonomischen Entwicklung. Es ist ja bezeichnend, daß die Ökonomie mit abnehmenden militärischen und strategischen Überlegungen auch in den Grundsatzfragen eine immer größere Rolle spielt. Und ich will etwas zu den Strukturen sagen.

Ich beginne mit einigen globalen Aspekten, um den Prozeß der deutschen Einigung auch ein wenig in das einzuordnen, was gegenwärtig in der Welt vor sich geht. Ökonomisch gesehen erleben wir heute eine zunehmende Globalisierung der Märkte, die immer mehr zu Weltmärkten werden. In dieser Hinsicht stellen der deutsche, der osteuropäische und der europäische Veränderungsprozeß überhaupt nur einen Teil dar. Viele begreifen nämlich erst jetzt, daß ein Prozeß wie die europäische Arbeitsteilung für die großen Konzerne bereits weltweite Dimensionen angenommen hat. Das ist deshalb von Bedeutung, weil daraus ganz andere Fragestellungen entstehen, etwa im Hinblick auf eine weltweite gegenseitige Abhängigkeit, die ja zwischen den wirtschaftlichen Großräumen Europa - Pazifik - Nordamerika bereits wirksam ist. Selbst Europa als Ganzes hätte im Grunde keine Möglichkeit mehr, sich nach außen gegen die übrige Welt abzuschotten.

Wenn Sie vor, sagen wir, zehn Jahren einem führenden Manager von Daimler-Benz gesagt hätten, er werde sich einmal mit etwas anderem beschäftigen als mit Autoabsatz in alle Welt, dann hätte er Sie müde angesehen. Heute dagegen steht eine Vereinbarung zwischen Daimler-Benz und United Technologies (Mitsubishi) unmittelbar vor dem Abschluß. Das, was die Großen heute interessiert, sind globale Märkte, globale Systeme. Dabei spielt die Politik eine viel geringere Rolle, als wir Politiker es uns einbilden.

Wenn wir den gemeinsamen europäischen Binnenmarkt einführen und dann darüber diskutieren, ob wir auch die politische Union in Europa brauchen, diskutieren wir im Grunde über das Nachschieben von Spielregeln für bereits laufende Prozesse. Nach unserem Demokratieverständnis bestimmen Parlament und Regierung beispielsweise die Steuer- und Umweltsysteme, nach denen Unternehmen produzieren. Inzwischen gibt es europäische Unternehmen, die einen munteren Wettbewerb unter den 12 Staaten über die Steuer- und Umweltsysteme veranstalten, indem sie ihre Bedingungen für Investitionen formulieren. Mit anderen Worten: Wir Politiker rennen bereits den Unternehmen mit hängender Zunge hinterher, um die Spielregeln für einen Prozeß zu bestimmen, der uns immer mehr davonläuft.

Was sich hier zeigt, ist nicht zuletzt die Dimension der ökonomischen Problemstellungen, die wir in Europa und in Deutschland lösen müssen. Die globalen Prozesse werden unser ökonomisches System durchdringen, ob wir es wollen oder nicht. Wenn die Spielregeln für Investitionen in der DDR weltweit klar sind, dann entscheidet schlicht und ergreifend die Marktsituation, ob Unternehmen in der DDR investieren oder nicht.

Wenn heute ein Unternehmer eine Entscheidung darüber zu treffen hat, ob er in der DDR oder, sagen wir, in Portugal investieren soll, dann wird in seiner Rechnung die Überlegung eine Rolle spielen, daß das Lohnverhältnis in Portugal - im Vergleich zur Bundesrepublik -1:6 beträgt, während er in der DDR von heute 1: 3 und in absehbarer Zeit, vielleicht acht Jahre, wenn alles vernünftig läuft, von 1:1 ausgehen muß. Acht Jahre sind für seine Maschinen zwei Abschreibungsperioden. In Portugal

rechnet er ein bißchen anders; und die Arbeitsplätze, die er heute dort disponiert, verlagert er wahrscheinlich in 10 Jahren nach Thailand.

Ich war gerade mit einem Unternehmer aus dem Schwarzwald in Asien, der sich furchtbar geärgert hat, daß er vor zwei Jahren in Singapur investiert hat und jetzt nach Thailand umziehen muß, weil ihn die Japaner sonst von Thailand aus bankrott machen.

Ich erwähne diese Beispiele, weil ich mitunter das Gefühl habe, wir diskutieren in all diesen Fragen vornehmlich politisch-strategisch und zu wenig praktisch-ökonomisch.

Dabei sollten wir auch die Größenordnungen, über die wir reden, nicht aus den Augen verlieren. In Ostasien hat man mich vor kurzem gefragt, ob die Deutschen kein Interesse mehr am asiatischen Markt haben. Bei der DDR sprechen wir über 16 Millionen Konsumenten; nehmen wir ganz Osteuropa - ohne die Sowjetunion;-, dann sind es circa 80 Millionen, während es im asiatischen Raum, ohne China und Indien, um gut und gerne 500 Millionen Konsumenten geht. Mit anderen Worten: Ein Rückzug auf deutsch-deutsch oder auf Europa, das steht doch überhaupt nicht zur Debatte.

Ein Grund, warum wir die deutschen Probleme so rasch lösen müssen, hängt im übrigen damit zusammen, daß wir uns für die europäische Integration startklar zu machen haben, und die europäische Integration müssen wir relativ schnell lösen, weil die Perspektiven der Auseinandersetzung über Europa weit hinausgehen. Vielleicht fällt es unseren Nachbarn angesichts solcher Entwicklungen dann auch ein bißchen leichter, mit der deutschen Vereinigung zurechtzukommen.

Wenn sich diese Globalisierungsprozesse so weiterentwickeln, haben wir es im Grunde mit zwei Ebenen zu tun. Die Makroprobleme, wenn Sie so wollen, haben inzwischen alle europäische Dimension. Es gibt keinen deutschen Umweltschutz; es wird künftig auch keine schweizerische Verkehrspolitik mehr geben; denn die Frage der Transversale durch die Schweiz ist ebenfalls ein europäisches Problem geworden. Und wenn die Tiroler sich auf die Straße setzen, dann zeigt das auch, daß wir es versäumt haben, eine europäische Verkehrsinfrastruktur entsprechend der europäischen Arbeitsteilung zu schaffen. Je weiter die europäische Arbeitsteilung voranschreitet, um so mehr Transportsysteme müssen wir planen. Wenn wir die Infrastruktur darauf nicht vorbereiten, werden beträchtliche Friktionen die Folge sein. Das gilt genauso im Hinblick auf die deutsche Vereinigung und das Näherrücken von Westund Osteuropa.

Dies alles gilt im übrigen nicht nur für die Wirtschaft, sondern genauso für Wissenschaft, Forschung und andere Bereiche. Das heißt, es geht entweder um europäische oder aber um regionale Fragen. Und damit bin ich dann bei den Strukturen. Es zeigt sich in Europa inzwischen eine zunehmende Macht der Regionen, die in engem Kontakt miteinander stehen. Von daher stellt sich immer stärker die Frage, ob die Zukunft Europas überhaupt noch den Nationalstaaten gehört. Gehen wir auf eine Situation zu, wo einerseits nationale Souveränitätsrechte in allen Bereichen nach oben an einen europäischen Körper - wie immer der dann aussieht - abgegeben werden müssen, während auf der anderen Seite die Menschen in ihrer Identitätsfindung sehr stark regional ausgerichtet sind?

Es ist ja ganz bezeichnend, welche zunehmende Bedeutung die regionalen Bindungen hier im Osten Deutschlands gewinnen. In einer Phase, in der die Identifizierung mit dem Staatsgebilde DDR abnimmt, empfinden sich die Menschen wieder stärker als Sachsen oder als Thüringer. Insofern wird es für die Stabilität hier auch ganz entscheidend sein, daß die alten Länder auf dem Gebiet der DDR rasch an Kraft gewinnen. Von daher sollten möglichst schnell Länderregierungen gewählt werden, die dann auch die Verwaltungsstrukturen aufbauen, die unabdingbar sind, um eine stabile Entwicklung zu gewährleisten. Wie soll sich denn der ökonomische Prozeß vollziehen, wenn er administrativ nicht gesteuert wird?

Nur eine Randbemerkung: Wenn die fünf Länder hier erst einmal gebildet sind, werden Sie sie nie wieder verändern können. Interessanterweise beginnt in der Bundesrepublik jetzt wieder die Diskussion über die Neuordnung der Länder, nachdem wir 40 Jahre lang auf diesem Gebiet nichts zustande gebracht haben. 1976 wurde sogar die entsprechende Forderung einer Neuordnung aus dem Grundgesetz herausgenommen. Die einzige Länderneugliederung ist seinerzeit im deutschen Südwesten erfolgt - unter den heutigen Gegebenheiten wäre das nicht mehr möglich, obwohl inzwischen alle wissen, wie segensreich dies für Baden-Württemberg gewesen ist.

Die Einsicht in diese beiden Entwicklungen, die europäische und die regionale, könnte also hilfreich sein, um auch jene psychologischen Spannungen abzubauen, wenn es etwa um die Frage geht: Wie stark wird Deutschland, und welche Entwicklung nimmt das Ganze? Wenn deutlich wird, daß wir die europäischen Größenordnungen möglichst schnell erreichen und die regionalen Strukturen absichern müssen, dann nehmen sich vielleicht eine Reihe von Debatten nicht mehr gar so kritisch aus.

Lassen Sie mich noch einige Bemerkungen zur Wirtschafts- und Finanzseite machen. Eine Gefahr sehe ich darin, daß die gegenwärtige Diskussion wenig sachgerecht geführt wird. Während die eine Seite so tut, als gäbe es kaum Probleme, und den Eindruck erweckt, alles laufe im Grunde von selber, übersteigert die andere Seite die Sorgen und Befürchtungen. Wir sollten uns darüber im klaren sein, daß wir für das, was wir uns gegenwärtig vornehmen, nämlich zwei sehr unterschiedliche ökonomische Systeme zu mixen, keinerlei Erfahrungen besitzen. 1948 sind wir in der Bundesrepublik von ganz anderen Voraussetzungen ausgegangen. Jetzt geht es darum, mit der Einführung der Währungs- und Wirtschaftsunion zwei ökonomische Systeme gewissermaßen an einem Tag zusammenzufügen. Welche Folgen das voraussichtlich im einzelnen haben wird, das können wir alle nur vermuten.

Meine Vermutungen gehen in zwei Richtungen. Zum einen bin ich ziemlich sicher: Wenn dieses Zusammenfügen schlagartig erfolgt, werden so gut wie sämtliche Produktionsbereiche in der DDR erst einmal zusammenbrechen. Ich füge gleich hinzu: Ich habe keinen Zweifel, daß es genügend privates Kapital gibt, das für Investitionen in der DDR bereitsteht. Das ist im übrigen nicht jenes Kapital, das an der europäischen Arbeitsteilung oder an einer Verlagerung nach Südamerika, Ostasien oder nach Südafrika interessiert ist, sondern das sich speziell auf eine Erweiterung der Produktionskapazitäten in Deutschland einstellt. Dazu werden viele mittelständische Unternehmer gehören, die viel lieber am Wochenende eben mal nach Dresden und Erfurt fahren, um zu kontrollieren, wie der Betrieb läuft, als nach Singapur zu fliegen, wo sie zudem noch Sprachschwierigkeiten haben. Von dieser praktischen Seite her wird es ohne weiteres funktionieren, fragt sich nur, ob das so schnell geht, wie sich das viele erhoffen.

Meiner Meinung nach müssen wir mit einer zweijährigen Übergangsperiode rechnen, in der die Umstellung erfolgen muß. Sie brauchen sich ja nur vorzustellen, was in der Bundesrepublik passieren würde, wenn Daimler-Benz, Opel, Ford, VW und BMW gleichzeitig ihre Produktionslinien umstellen müßten. Das heißt, jeder kann sich ausrechnen, daß ein gewaltiger Produktionseinbruch die Folge ist, der enorme Kosten verursacht, wenn ich nur an den Einnahmeausfall beim Staatshaushalt denke. Hinzu kommt eine temporär sehr hohe Arbeitslosigkeit, auch wenn viele Menschen rasch umgeschult werden können oder neue Arbeitsplätze im Dienstleistungs- und mittelständischen Bereich finden.

Ich glaube also, daß zwei gewaltig schwierige Jahre vor uns liegen, und wir müssen aufpassen, daß diese zwei Jahre nicht eine Hochkonjunktur für die Pessimisten bringen, und zwar auf beiden Seiten. Es gibt sogar Leute, die darauf schon politisch spekulieren, was ich für lebensgefährlich halte. Worauf es jetzt ankommt, ist, daß wir in dieser Phase nun wirklich zeigen müssen, daß wir gemeinsam die deutsche Einheit wollen und entsprechend auch gemeinsam die Konsequenzen tragen. Ich hielte es für verhängnisvoll, jetzt eine Vertragsstruktur einzuleiten - ich sage das einmal ganz ungeschützt-, bei der die Bundesrepublik einen bestimmten Geldbetrag anbietet und im übrigen müssen die in der DDR zusehen, wie sie zurechtkommen. Dies würde zu erheblichen sozialen Spannungen führen und wilde politische Auseinandersetzungen provozieren - so nach dem Motto: Wer die DDR am schlechtesten behandelt, hat in der Bundesrepublik die größten Wahlchancen. Wenn wir das nicht verhindern, werden wir vieles kaputtmachen, was vernünftigerweise in Deutschland geschehen müßte.

Das ist die eine, die problematische Seite meiner Vermutungen. Ich sehe allerdings noch eine zweite Richtung, und die ist ebenfalls ohne Beispiel. Nach dieser schwierigen Phase von zwei, drei Jahren, ergeben sich nämlich ungeheuer positive Möglichkeiten. Wann hat es das jemals gegeben, daß eine Gesellschaft ihre gesamte Infrastruktur und technische Produktion in einem so kurzen Zeitraum auf den neuesten Stand bringen kann? Das bedeutet, daß nach dieser Übergangsphase es auf dem Gebiet der heutigen DDR wahrscheinlich zu den höchsten Raten wirtschaftlichen Wachstums kommen wird, die es jemals in Europa gegeben hat.

Das Problem ist, daß die Menschen dies in den zwei harten Jahren nicht glauben werden. Deshalb kommt es jetzt entscheidend darauf an, den Menschen in der DDR diesen Prozeß transparent zu machen, ihnen zu zeigen, wie wir ihn absichern und wie das Ganze funktioniert. Dafür die entsprechenden Vorkehrungen zu schaffen, scheint mir die wichtigste Aufgabe zu sein. Denn sonst werden die Menschen auf beiden Seiten nervös. Und mit nervösen, emotional reagierenden Leuten ist es furchtbar schwer, einen solchen schwierigen Prozeß rational durchzusetzen.

Die tatsächlichen wirtschaftlichen Dimensionen dieses Prozesses, die Sorge um die Stabilität der D-Mark oder gar des europäischen Währungssystems, kann Insidern nur ein müdes Lächeln abverlangen. Ich will dies an einem Beispiel verdeutlichen. Nehmen wir einmal an, 30 Prozent der Produktion in der DDR würde einbrechen, was ja schon ein gewaltiges Volumen wäre. Bei einem Verhältnis unserer beiden Wirtschaftspotentiale von 1: 10 würde das für Gesamtdeutschland gerade drei Prozent ausmachen. Die Wachstumsrate bei uns wird für dieses Jahr mit vier Prozent

prognostiziert. Der Produktionseinbruch in der DDR wird die Nachfrage nach Westgütern gewaltig anwachsen lassen. Um dafür die entsprechenden Produktionskapazitäten hier neu zu installieren, dürfte die Wachstumsrate in der Bundesrepublik vielleicht um 1 bis 1 1/2 Prozent höher liegen als die prognostizierten vier Prozent. Dies wird sich möglicherweise auch in den europäischen Nachbarländern positiv auswirken.

Rechnet man diese Zahlen zusammen, dann bedeutet das: Der 30prozentige Produktionseinbruch in der DDR bedeutet für Gesamtdeutschland ein Minus von 3 Prozent, dem wiederum ein Plus von 1 1/2 Prozent gegenübersteht. Das heißt, aufs Ganze gesehen diskutieren wir über eine Verringerung der Wachstumsrate von vier auf vielleicht zweieinhalb oder drei Prozent. Sie werden sich erinnern, daß wir schon mit einem Minus-Wachstum zurecht kommen mußten, ohne daß das unsere Entwicklung wesentlich beeinträchtigt hat.

Mit anderen Worten: Die Bewältigung der anstehenden Fragen ist gar nicht das Problem. Das eigentliche Problem ist, den Menschen dies wirklich so klarzumachen, daß sie Vertrauen in die Entwicklung haben, und zwar auf beiden Seiten. Was wir dafür überhaupt nicht brauchen können, ist ein Wettbewerb der politischen Parteien, die versuchen, die schwierigen Übergangserscheinungen für sich auszunutzen und das eigentliche Ziel zerreden.

Und den Europäern sollten wir klarmachen, daß sie ein massives Interesse daran haben müssen, daß dieser Prozeß in Deutschland so schnell wie möglich abläuft. Wenn das nämlich nicht der Fall ist, besteht die Gefahr, daß wir Deutschen die EG um Aufschub beim europäischen Prozeß bitten müßten, und daran ist niemand interessiert. In dem Fall wären die Europäer die Leidtragenden, wenn sich unser Einigungsprozeß hinzieht. Das heißt, wir müssen die Europäer davon überzeugen, daß sie von einer schnellen deutschen Vereinigung nur profitieren können. Es gibt dazu keine Alternative.

Ein paar ganz verrückte Leute bei uns fordern, die Vereinigung müsse in einem langen Stufenprozeß vor sich gehen. Ich kann dazu nur sagen: Wer die europäische Wirtschafts- und Währungsunion ab 1. Januar 1993 anstrebt, der will so unterschiedliche Volkswirtschaften wie Griechenland und Portugal mit der Bundesrepublik zusammenführen, zwischen denen der Währungsabstand 1:6 beziehungsweise 1:7 beträgt. Gleichzeitig erklärt er, 1:3-im Falle der DDR - sei in so kurzer Zeit nicht machbar. Wie soll das dann mit den 12 Partnern in der EG gehen, wenn ab 1. Januar 1993 eine europäische Zentralbank und eine einheitliche europäische Währung entstehen soll? Hier wird die Schiefelage der ganzen Diskussion deutlich.

Wir können auch keine Übergangsfristen einräumen, denn wir haben ja, was wir doch alle ersehnten, eine offene Grenze. Bei Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei kann man über Anpassungsprozesse sprechen, über Schutzzölle und alles mögliche. Aber im deutsch-deutschen Verhältnis macht das keinen Sinn. Da gibt es nur die Alternative: Entweder schaffen wir hier die Voraussetzungen, daß dieser Prozeß rasch abgewickelt wird, oder die Menschen kommen in die Bundesrepublik.

Und diese rasche Abwicklung kann nun einmal nicht so aussehen, daß man einen Trabi mit einem VW zusammenfügt, nach dem Motto: Die Hälfte bauen wir wie bisher in der DDR, und die andere Hälfte kommt aus der Bundesrepublik - es gibt ja Leute bei uns, die so etwas schon theoretisch entwickelt haben. Es werden Überlegungen angestellt, weiter Konsumgüter, zum Beispiel Fernseher, in der DDR zu produzieren, und zwar für den Ostmarkt. Der DDR-Kunde wird aber diese Produkte nicht kaufen, wenn er sie - nach der Währungsumstellung - in D-Mark bezahlen soll. Und wenn wir den Ungarn, den Polen oder anderen Kredite gewähren, damit sie ihre Wirtschaft aufbauen können, dann werden die damit bestimmt nicht diejenigen Produkte in der DDR kaufen, die die DDR-Bürger nicht mehr haben wollen, sozusagen als Absatzmarkt für billige Konsumprodukte. Dafür werden diese Länder kaum ihre Devisen ausgeben, wo es doch für sie darum geht, Investitionen durchzuführen.

Mit anderen Worten: Wir müssen uns zu dem schnellen Einigungsprozeß bekennen. Die ökonomischen Probleme sind alle lösbar. Die entscheidende Frage ist, ob die Politik die Kraft aufbringt, statt Wettbewerbsvorteile im Parteiensystem zu nutzen, diese Gemeinschaftsaufgabe so anzugehen, daß sie für die Bürger transparent bleiben und damit auch Vertrauen schaffen wird.

Ich kehre noch einmal zu den globalen Aspekten zurück. Ich unterstreiche, was auch Willy Brandt und Manfred Stolpe betont haben: Wir sollten uns davor hüten, nur noch eine Art deutsch-deutscher Nabelschau zu betreiben und uns vorzugsweise mit uns selbst beschäftigen. Wir dürfen eines nicht übersehen, daß die globalen ökonomischen Prozesse immer schneller ablaufen und daß es darum geht, Wettbewerbsvorteile im Weltmarkt wahrzunehmen.

## Dahrendorf

Unser Thema ist: Wie geht es weiter mit den Deutschen in Europa? In den Einführungen ist deutlich geworden, daß wir uns in der Diskussion auf zumindest drei Ebenen bewegen müssen. Da ist erstens die der innerdeutschen Entwicklung, zweitens die der Beziehung zwischen den deutschen und den europäischen Fragen und drittens die des Verhältnisses der europäischen Dinge zu den globalen Prozessen. Alle drei Referenten haben den dritten Aspekt stark betont. Es dürfe keine deutsch-deutsche Exklusivität geben, hieß es, aber auch keine nur europäische. Europa müsse auch Verantwortungen wahrnehmen, die weit über die europäischen Grenzen hinausreichen.

Lassen Sie mich eines betonen: Es gibt auch zwischen den deutschen und den europäischen Entwicklungen einen ganz engen Zusammenhang. Die Einbindung Deutschlands in Europa wird sich nur dann vollziehen, wenn sich die Deutschen aus freien Stücken als ein demokratisches, rechtsstaatliches und weltoffenes Land darstellen. Die Vorstellung, man könne irgendwelche institutionellen Vorkehrungen treffen oder Systeme erfinden, um Deutschland harmlos zu machen, weil man immer noch befürchtet, dieses Deutschland sei im Grunde nicht harmlos, halte ich für völlig abwegig. Deshalb besteht in der Tat ein enger Zusammenhang zwischen der Art und Weise, in der sich die deutschen Dinge entwickeln, den Möglichkeiten der europäischen Kooperation und der Wahrnehmung von weltweiter Verantwortung.

Da überrascht mich dann doch, wenn ich als gegenwärtig außerhalb von Deutschland Lebender wahrnehme, was Herr Stolpe "das Stottern der deutschen Intellektuellen" genannt hat. Das heißt, eine gewisse Unfähigkeit zu sehen, daß hier eigentlich zum ersten Mal in der deutschen Geschichte die Chance besteht, ein deutsches Gemeinwesen zu schaffen, das wegen seiner inneren Strukturen von Freiheit und Gerechtigkeit Vertrauen verdient und in der Lage ist, die europäische und weltweite Rolle zu spielen, die es spielen sollte.

Es gibt also Zusammenhänge zwischen den drei Ebenen, die man nicht durch eine willkürliche Unterteilung in der Diskussion verwischen sollte.

Zugleich beunruhigt mich aber mehr, je länger ich über die Entwicklung nachdenke, die Ungleichzeitigkeit in vielen Dingen. Das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten seit dem 9. November 1989 wird zweifellos nach dem 2. Juli 1990, dem Tag der Währungsunion in der DDR, entscheidend vorangetrieben; das hat Herr Späth zu Recht unterstrichen. Er hat indes auch darauf hingewiesen, daß vor den Bürgern der DDR eine Durststrecke von zwei Jahren liegt - und das dürfte eher sehr optimistisch gesehen sein.

### **Späth**

Das ist schon ein Kompromiß.

### **Dahrendorf**

Nun ja, Kompromisse sind schön und gut; aber als Politiker wissen Sie, wie wichtig Wahlperioden sind, und die Durststrecke könnte durchaus über eine ganze Wahlperiode oder auch länger andauern. Ein solcher radikaler Umstellungsprozeß ist bisher ohne Beispiel, und niemand weiß, ob zwei Jahre reichen, um der Mehrheit der Menschen das deutliche Gefühl zu geben: Die Dinge sind wenigstens auf dem richtigen Weg, auch wenn man noch lange nicht am Ziel angekommen ist.

Es gibt des weiteren Ungleichzeitigkeiten zwischen der Währungsunion am 2. Juli und der äußeren Entwicklung. Herr Brandt hat, wie ich meine, sehr eindringlich deutlich gemacht, daß diese Außenseite der deutschen Entwicklung eine Reihe von Elementen enthält, die sich zweifellos nicht bis zum 2. Juli 1990 bewältigen lassen, allenfalls in zwei Jahren, aber vielleicht reicht nicht einmal das. Auch mit diesen Ungleichzeitigkeiten müssen wir fertig werden.

Wenn ich das sagen darf, Herr Stolpe: Ihre starke Betonung der weltweiten Verantwortung Deutschlands und Europas trifft bei mir durchaus auf große Gegenliebe, aber ebenso auf eine gewisse Skepsis, ob da nicht auch Ungleichzeitigkeiten eintreten werden, nicht zuletzt aus dem Grunde, weil es schlechterdings nicht möglich ist, sich gleichzeitig auf mehrere Dinge mit der gleichen Intensität zu konzentrieren.

Deshalb bin ich beispielsweise auch sehr skeptisch, ob zwischen deutscher und europäischer Währungsunion nicht doch ein negativer Zusammenhang entstehen wird. Das gilt noch stärker, was die Konzentration auf die deutschen und innereuropäischen Entwicklungen einerseits und die europäische Verantwortung in der Welt andererseits betrifft.

Jedenfalls sehe ich in diesen Zeitverwerfungen einige der größten Konfliktquellen, sowohl für die innere Entwicklung in Deutschland als auch innerhalb Europas - wobei mein Europa nicht an den Grenzen der Europäischen Gemeinschaft endet - und nicht zuletzt für die globalen Beziehungen.

Wir sind ein recht großer Kreis und wollen dennoch, wie Herr Brandt es bei unserer Ankunft in Dresden dem Fernsehen gesagt hat, ein Gespräch führen, das nicht an der Oberfläche bleibt und sich nicht in einem Austausch politischer Vorurteile erschöpft. Ich bin sehr gespannt auf unsere Diskussion.

### **Biedenkopf**

In der Tat haben die Referate die drei wesentlichen Ebenen, die deutsche, die europäische und die weltweite Verflechtung, deutlich gemacht und auch in ihren Interdependenzen aufgezeigt. Ich möchte mich zunächst auf die deutsche Ebene konzentrieren, wobei allerdings die europäische Rolle der Deutschen mit erfaßt werden soll.

Ich gehe dabei auf zwei Punkte ein, die mir beide gleich wichtig sind. Der eine Punkt betrifft die Frage, ob die Aufgabe, die in der DDR bewältigt werden muß und die Herr Späth zu Recht als schnelle Integration zweier höchst unterschiedlich, um nicht zu sagen, kontradiktorisch entwickelten Volkswirtschaften bezeichnet hat, im wesentlichen eine Aufgabe nur der DDR ist, oder ob es sich dabei um eine gesamtdeutsche Aufgabe handelt. Der Unterschied ist von größter Bedeutung. Wenn die Aufgabe primär als eine Aufgabe der DDR angesehen wird, zu der die Bundesrepublik lediglich Beistand leistet, ist die politische Bewertung des Prozesses sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik eine ganz andere, als wenn dies als eine gesamtdeutsche Aufgabe betrachtet wird, die in ihrem gesamtdeutschen Charakter aus den Ursachen, denen die Menschen in der DDR ihren gegenwärtigen Zustand verdanken, abzuleiten ist.

Herr Brandt hat in einer Bundestagsdebatte einmal gesagt: Alle Deutschen haben den Krieg verloren, aber die Deutschen in der DDR haben das kürzere Los gezogen. Genau dies meine ich. Mein Eindruck ist, daß der Entwurf des Staatsvertrages, der gegenwärtig zwischen den beiden deutschen Staaten verhandelt wird, sehr stark die Auffassung widerspiegelt, die Erneuerung sei eine Aufgabe der DDR, zu der die Bundesrepublik zwar einen wesentlichen Beitrag leistet, in vielfältiger Weise, nicht zuletzt finanziell und durch die Bereitstellung der mit der Währung verbundenen Rechtsordnung, die sie aber nicht als eine gesamtdeutsche Aufgabe ansieht, mit einer entsprechenden gesamtdeutschen Lastenverteilung.

Wenn wir den Prozeß, der jetzt in Gang gekommen ist, einmal vom Ergebnis, also der Einheit, her betrachten und die Überwindung der planwirtschaftlichen, stalinistischen Ordnung in der DDR gewissermaßen als Kriegsfolge ansehen und daraus die gesamtdeutsche Verpflichtung ableiten, dann würde die Lastenteilung den gleichen Prinzipien zu entsprechen haben, die wir in der Bundesrepublik für die Finanzierung und Bewältigung von Gemeinschaftsaufgaben zugrunde legen.

Das bedeutet zum einen eine Art horizontaler Finanzausgleich, zum anderen aber vor allem die Beherrschung des Grundsatzes, daß jeder nach seinen Fähigkeiten zu dieser gemeinsamen Aufgabe beiträgt. Wenn man die Fähigkeit in Gestalt des Bruttosozialproduktes zugrunde legt, wäre das Beteiligungsverhältnis 10:1. Keiner von uns weiß, wie hoch die Anlaufkosten sein werden. Ich teile die Auffassung von Herrn Späth - ob das dann zwei oder drei Jahre sein werden, ist nicht entscheidend; -, daß die Anlaufkosten sehr hoch sein werden und nicht kalkulierbar sind. Denn niemand von uns kann vorhersehen, wie die Menschen in der DDR den Umstellungsschock verarbeiten werden, der nach dem 2. Juli auf sie zukommt. Dies in der Realität dann zu erleben, ist etwas völlig anderes, als die möglichen Konsequenzen theoretisch zu erörtern. Ob dieser Umstellungsschock dazu führen wird, rasch eine große Dynamik freizusetzen oder aber zunächst eine Lähmung zu verursachen, wird die Höhe der Folgekosten wesentlich beeinflussen.

Wenn man eine gemeinsame Aufgabe angeht, deren Kosten man nicht abschätzen kann, muß man sich darauf verständigen, wie man die entstehenden Kosten verteilt. Sonst muß der eine ununterbrochen Nachforderungen stellen, mit denen sich der andere ständig konfrontiert sieht. Ein solcher Prozeß wäre der Entwicklung einer deutschen Identität nicht eben förderlich, um es gelinde zu sagen. Deshalb ist es von größter Bedeutung, wie man sich auf diesen Prozeß einstellt und was man gewissermaßen als Präambel vor den Staatsvertrag schreibt; denn das hat Konsequenzen für das gesamte Vertragsverhältnis.

Mein zweiter Punkt betrifft die Rolle der Länder. Da stimme ich nachdrücklich dem zu, was Lothar Späth gesagt hat. Parkinson hat bereits in den 50er Jahren eine Voraussage gemacht, die sich jetzt bewahrheiten könnte: daß nämlich eine politische Integration Europas zu einer starken

Wiederbelebung der historischen Regionalität in Europa führen wird. Wenn man die politische Einheit Europas will, gibt es zur Regionalisierung keine Alternative.

Die Deutschen sind aus dem Blickwinkel anderer Europäer immer bedauert worden für ihre Vielstaaterei. Sie haben in ihrer Geschichte aber gelernt, wie man mit der Vielfalt zurechtkommt. Diese Erfahrung kann für Europa sehr nützlich werden. Ich bin überzeugt, daß die Deutschen sich dann am besten in Europa einpassen werden, wenn ihre Verfassung Ausdruck einer starken Regionalisierung durch die Länder ist. Diese Regionalisierung wird verbunden zum einen durch die gemeinsame Nationalität, die ja nicht verschwindet, zum anderen durch die gemeinsame Kultur - ob man das nun Kulturnation oder anders nennt-, durch die gemeinsame Geschichte, durch die gemeinsame Sprache und natürlich auch durch gemeinsame Interessen. Diese Verbindungen werden sich aber anders ausgestalten als in einem Nationalstaat. Das sollte man im Auge behalten, wenn der Integrationsprozeß in Deutschland jetzt beginnt.

Das betrifft nicht nur die ökonomische Seite, sondern zum Beispiel auch die Debatte über die Hauptstadt oder über die Frage, welche Institutionen, Organisationen und so weiter dann über dieses Gesamtdeutschland verteilt werden. In gewissem Sinne wird damit das Prinzip der Regionalisierung und Dezentralisierung weitergeführt, dem die Bundesrepublik Deutschland einen wesentlichen Teil ihrer hohen politischen und gesellschaftlichen Leistungsfähigkeit zu verdanken hat.

Ich bin des weiteren davon überzeugt: Je gewichtiger die Rolle der Länder in einem solchen Gebilde ist, um so eher wird es möglich sein, die nationalen Grenzen im überkommenen Sinne leichter zu überschreiten, als das bei einer Zentralregierung der Fall ist. Das zeigt sich deutlich in den Euroregionen bei der Zusammenarbeit, die sich bereits zwischen einzelnen Bundesländern der Bundesrepublik und den Regionen anderer europäischer Staaten entwickelt, was ich sehr befürworte. Auch die Regionen in den anderen Ländern werden an Bedeutung gewinnen.

Beide vorerwähnten Punkte - gesamtdeutsche Aufgabe und zukünftige Verfassung müssen von Anfang an thematisiert werden, bevor wir den ersten großen Schritt tun. Denn mit dem ersten großen Schritt erfolgen bereits so viele Festlegungen - auch im Sinne der mentalen Einstellung-, daß man das später kaum noch korrigieren kann.

Wenn ich zum Beispiel im Staatsvertragsentwurf und seinen Anlagen lese, daß die DDR die Gesetze, die sie zwangsläufig übernehmen muß, in "ihrer jeweiligen Fassung" zu übernehmen hat, so halte ich das für problematisch. Denn die mit der Übernahme verbundene Einbeziehung dieser Gesetze in den eigenen Rechtsraum darf nicht dazu führen, daß spätere Veränderungen dieser Gesetze, die der eine Partner, also die Bundesrepublik, vornimmt, dann automatisch auch beim anderen Geltung erlangen. Aus dieser Übernahme erwächst vielmehr die Pflicht, die Interessen der DDR-Bürger treuhänderisch mit wahrzunehmen. Das aber muß durch eine Zusammenarbeit der beiden Legislativen entsprechend institutionell ausgeformt werden. Die schlichte Übernahme von Gesetzen in der jeweiligen Fassung ohne jegliche Mitwirkung an der Gesetzesänderung ist mit dem Grundgedanken einer gesamtdeutschen Aufgabe nach meiner Überzeugung unvereinbar.

Ebenso ist es unvereinbar, Leitlinien zu formulieren und diese dann als oberstes Gesetz für die DDR zu proklamieren, ohne gleichzeitig hinzuzufügen, daß sie auch oberstes Gesetz für die Bundesrepublik sind, was auch bei uns die Notwendigkeit von Gesetzesänderungen auslösen würde. Auch hier geht es um ein gesamtdeutsches Denken. Jeder Schritt, den wir jetzt tun, muß vom Ziel her stimmig sein, daß heißt, der Weg muß von beiden Seiten her offen sein, sonst wird das Ziel verfehlt.

## **Modrow**

Ich möchte zunächst auf die zurückliegenden Monate eingehen und dabei meine eigenen Erfahrungen, sicher subjektiv gefärbt, im Umgang mit den Problemen einbringen. Ich beschränke mich bewußt auf die Zeit nach dem 9. November 1989 und verzichte auf eine Analyse der davor liegenden Epoche. Herr Stolpe hat zu Recht den Reformwillen erwähnt. Dazu waren sicher nicht nur Kräfte innerhalb der Kirche bereit, sondern es gab auch in anderen gesellschaftlichen Gruppierungen ähnliche Vorstellungen in dieser Richtung.

Am 18. November des vergangenen Jahres habe ich meine Regierungserklärung abgegeben. Ich darf daran erinnern, daß die damalige Regierung von einer großen Koalition gebildet wurde, der neben der SED, wie unsere Partei zu dem Zeitpunkt noch hieß - wenn sie sich auch bereits in einem sehr konfuse Zustand befand-, noch die anderen sogenannten etablierten Parteien, die CDU, die LDP, die Nationaldemokratische Partei und die DPD angehörten. Also auch jene CDU gehörte dazu, die nach den Wahlen am 18. März zur stärksten politischen Partei wurde und die sich genauso erneuert und verändert hat, wie die alte SED aufgehört hat zu existieren und sich in der PDS neu formiert hat. Die

einen haben ihre Erneuerung mit starker Unterstützung der Schwesterparteien aus der Bundesrepublik vollzogen; die anderen mußten mit der Situation alleine fertig werden.

Was wir mit der damaligen Regierungserklärung anstrebten, war der Versuch, bestimmte Elemente der Perestroïka, die geeignet erschienen, für die DDR anwendbar zu machen. Dies war bereits von verschiedenen unabhängigen Staats- und Wirtschaftsrechtlern erarbeitet worden, die dann mit mir zusammen diese Dinge aufbereitet und formuliert haben. Die ehemaligen SED-Institute waren daran nicht mehr beteiligt. Die Regierungserklärung war schließlich das Ergebnis einer offenen Diskussion, an der auch Persönlichkeiten wie Manfred Gerlach von der LDP, Lothar de Maizière von der CDU und Günther Maleuda von der Bauernpartei, um nur einige zu nennen, beteiligt waren.

Unser Ziel war zum damaligen Zeitpunkt noch ein reformierter Sozialismus, der auch in nicht geringen Teilen der Bevölkerung mit einer Resonanz rechnen konnte. Zugleich suchten wir zu verhindern, daß der Entwicklungsprozeß in der DDR in kritische Situationen hineinführte und die Stabilität des Landes in Frage stellte mit all jenen Problemen, die Herr Späth und Herr Stolpe angesprochen haben.

Mitte Januar trat dann eine Situation in der DDR ein, die es erforderlich machte, neue Voraussetzungen zur Erhaltung der Stabilität zu schaffen. Das Ziel, eine Regierung der nationalen Verantwortung zu etablieren, um auf diese Weise die neuen Parteien und demokratischen Kräfte in die politische Gestaltung mit einzubeziehen, war zu diesem Zeitpunkt meine Initiative. Dadurch ist es uns, so meine ich, gelungen, jene komplizierte Phase bis zu den vorgezogenen Wahlen am 18. März, die ja ursprünglich erst am 6. Mai stattfinden sollten, zu überbrücken. Es war allen Beteiligten sehr schnell klargeworden, daß die innere Stabilität des Landes nur über freie, gleiche und geheime Wahlen zu erreichen war.

Ich darf weiter an meine Initiative für "Deutschland einig Vaterland" am 1. Februar erinnern, zu einem Zeitpunkt also, als die Regierung der großen Koalition von der Regierung der nationalen Verantwortung abgelöst wurde. Diese persönliche Initiative war vor allem auch das Ergebnis einer Begegnung mit Michail Gorbatschow, Ministerpräsident Ryschkov und Außenminister Schewardnadse in Moskau und enthielt die Grundelemente der damaligen sowjetischen Position hinsichtlich einer militärischen Neutralität von DDR und BRD auf ihrem Weg zu einer Föderation.

Für die Zukunft Deutschlands unter außenpolitischen Aspekten, die besonders Willy Brandt erwähnt hat, ist natürlich die Haltung der Sowjetunion von entscheidender Bedeutung. Nicht von ungefähr hält sich der neue Ministerpräsident unseres Landes, Lothar de Maizière, gegenwärtig in der Sowjetunion auf und unterstreicht damit die Wichtigkeit dieser Position, gerade auch was die ökonomischen Fragen angeht, auf die Lothar Späth verwiesen hat. Denn die wirtschaftlichen Probleme, die zweifellos auf uns zukommen, werden sich noch verschärfen, wenn es uns nicht gelingt, unsere Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion und den übrigen bisherigen RGW-Staaten aufrechtzuerhalten und in die Vereinigung gewissermaßen mit einzubringen.

Dies dürfte im übrigen auch für die Sowjetunion und den Erfolg ihrer Perestroïka von entscheidender Bedeutung sein. Ich meine, das müssen wir berücksichtigen, wenn wir die Sowjetunion nicht, gewollt oder ungewollt, ökonomisch destabilisieren wollen, was sicher das heikelste Problem für die UdSSR zur Zeit sein dürfte. Denn die Perestroïka hat doch für die Umwandlung von Demokratie und Gesellschaft bisher sehr viel mehr gebracht als auf dem Gebiet der Wirtschaft.

Ein weiterer Punkt, der mir wichtig ist, betrifft die Frage der Verfassung, um die in unserem Parlament heftig gestritten worden ist. Dabei ging es ja zunächst um den Verfassungsentwurf, den der Runde Tisch ausgearbeitet hatte, der sehr kontrovers diskutiert und mit zum Teil recht widersprüchlichen Argumenten verworfen wurde. Ich meine, es liegt im Interesse der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, daß die DDR in diesen Prozeß mit einer soliden Verfassungsgrundlage hineingeht. Der jetzt angebotene Staatsvertrag wird dieser Forderung jedenfalls nicht gerecht.

Herr Späth und auch Herr Biedenkopf haben mit Recht darauf verwiesen, daß die DDR in diesem Vereinigungsprozeß eine eigene Verantwortung deutlich machen muß, insbesondere im Bereich der Wirtschaft. Das setzt aber voraus, daß die DDR in die Diskussion über den Staatsvertrag wirklich konstruktiv mit einbezogen wird, und man ihr nicht nur einen fertigen Text gewissermaßen zur Unterschrift über den Tisch reicht, ein völkerrechtlich sicher einmaliger Vorgang.

Was mich persönlich angesichts all dieser Entwicklungen am meisten beschäftigt, ist, daß die Währungsunion, die im Augenblick sehr im Vordergrund der Diskussion steht, tatsächlich durch eine Wirtschafts- und Sozialunion abgesichert wird. Unter welchen Bedingungen soll die bisherige bürokratisch geleitete Planwirtschaft in eine marktwirtschaftliche Ordnung überführt werden? Es ist klar, daß hierbei der Wirtschaft der Bundesrepublik ein außerordentliches Gewicht zukommt. Auf der anderen Seite haben wir es nach wie vor mit einer durchaus funktionsfähigen Wirtschaftsstruktur in



der DDR zu tun. Denn das, was wir bisher an wirtschaftlicher Unterstützung aus der Bundesrepublik erhalten haben - mit Ausnahme einiger Länder wie Baden-Württemberg oder Hamburg-, ist kaum erwähnenswert. Diese Wirtschaft der DDR, die man auf alle mögliche Weise abqualifiziert hat, hat jedenfalls ihre Bürger bis jetzt besser abgesichert, als das in jedem anderen osteuropäischen Land der Fall ist.

Ich will in diesem Zusammenhang auch nicht unerwähnt lassen, daß es erhebliche Disparitäten zwischen der DDR und der Bundesrepublik gibt, die von manch einem Bundesbürger zum eigenen Vorteil weidlich ausgenutzt werden. Ich denke nur daran, wie beliebt unsere Tankstellen plötzlich geworden sind, wo sich bei einem Umtauschkurs auf dem freien Markt von 1:5 oder 1:4 billig zapfen läßt. Auch das haben wir durchgestanden. Ähnlich problematisch ist die Tatsache, daß die Bauern, aber auch alle anderen Wirtschaftsunternehmen aus der Bundesrepublik in die DDR kommen und hier ihre Produkte verkaufen, während beispielsweise der Bauer aus der DDR seine Erzeugnisse keineswegs in der Bundesrepublik anbieten kann, weil ihn der Zoll bereits an der Grenze daran hindert. All diese Probleme müssen im Zuge der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion gelöst werden. Insofern spielt auch der Zeitfaktor dabei eine wichtige Rolle.

Was die Wirtschaftsstruktur in der DDR angeht, so steht für mich fest, daß sich unsere großen Kombinate nicht einfach in Klein- und Mittelbetriebe aufteilen lassen - wenn ich etwa an die Stahlwerke in Riesa oder die Chemieunternehmen in Buna und Leuna denke. Dafür müssen zunächst einmal Konzepte entwickelt werden.

Abschließend möchte ich jedoch betonen, daß der Weg in die Zukunft zwar große Gefahren birgt und eine beträchtliche Herausforderung darstellt, daß wir diesen Weg zugleich aber mit Optimismus angehen sollten, ohne dabei der Leichtfertigkeit das Wort zu reden.

### **Voscherau**

Ich meine, man sollte Verständnis dafür haben, daß sich die Deutschen in der gegenwärtigen Situation - so nahe am 9. November - immer noch in erster Linie mit sich selbst beschäftigen. Dieses Verständnis zeigen unsere Nachbarn ja auch in zunehmendem Maße. 40 Jahre einer Teilung sind nicht von heute auf morgen zu bewältigen. Es sollte auch nicht vergessen werden, daß sich fast alle Menschen in der Bundesrepublik mehr oder weniger damit abgefunden hatten, daß zu ihren Lebzeiten keine grundsätzliche Änderung dieses Zustandes eintreten würde. Das war jedenfalls meine Bewußtseinslage noch 1989.

Wie müssen wir an die ganze Sache herangehen, und was sollten wir möglichst vermeiden? Zunächst sehe ich die Verpflichtung für uns Bundesdeutsche, uns bei diesem Prozeß in erster Linie einmal in die Schuhe der Deutschen in der DDR zu stellen. Anders sind Solidarität und Fairneß nicht einzubringen. Mein Eindruck ist, daß dies viel zu selten so gesehen und praktiziert wird. Darüber hinaus sollten aber wir Deutsche insgesamt, also in beiden deutschen Staaten, versuchen, uns möglichst in die Schuhe unserer europäischen Nachbarn zu stellen. Auch das wird nicht immer hinreichend getan. Den Satz: "Wer die Teilung überwinden will, muß teilen können", hätte ich mir aus bundesdeutschem Mund gewünscht - vor allem einem bundesdeutschen Sozialdemokraten hätte er gut angestanden;- statt dessen wurde er vom Ministerpräsidenten der DDR, de Maizière, formuliert.

Daß dieser ganze Prozeß nun auch noch zum Objekt von Wahlkampf bei uns geworden ist, halte ich für verheerend. Das geschieht aber seit November letzten Jahres, und zwar mit einer Rigorosität, die jedes Maß vermissen läßt. Statt auf Konsensbildung hinzuwirken, geht es um Emotionen, Interessen, Strategie und Taktik - von Vernunft ist da wenig wahrzunehmen.

Die Ergebnisse dieses Prozesses werden wohl erst in zehn Jahren gewogen werden. Dann dürften die wirtschaftlichen Probleme, die Lothar Späth umrissen hat, weitgehend gelöst sein. Ich würde eine große psychologische Hypothek darin sehen, wenn die 16 Millionen Menschen in der DDR, insbesondere die heute Jüngeren, die dann erwachsen sein werden, plötzlich aufwachen und sich fragen müßten: Was ist im Jahre 1990 eigentlich falsch gelaufen? Die ökonomischen Probleme zwischen den beiden deutschen Staaten resultieren ja in erster Linie daher, daß gewissermaßen das Schleusenwehr zwischen zwei Schleusenkammern entfernt wurde. Da werden dann einfache physikalische Gesetze wirksam. In der Ökonomie ist es nicht viel anders.

Welche Aufgaben kommen in der nächsten Zeit auf uns zu? Die wirtschaftliche Situation in der DDR stellt sich dem Betrachter außen wie folgt dar: Unter Weltmarktbedingungen sind große Teile der Industrie der DDR nach der jahrzehntelangen Abschottung von modernen Entwicklungen wettbewerbsunfähig. Das Thema Umweltschutz war fast überhaupt nicht existent, die Infrastruktur und ganz besonders der Altbaubestand in Städten und Gemeinden befinden sich in einem desolaten

Zustand. Das kann zum Teil durch privatwirtschaftliche Investitionen mit einem gewissen Time-lag geregelt werden. Das wird schon schwierig genug.

Es gibt aber auch einen Riesenbedarf an öffentlichen Investitionen, und die sind in erster Linie durch die Bundesrepublik, also die Steuerzahler bei uns, zu finanzieren. Dazu werden auf unserer Seite bisher überhaupt keine soliden Aussagen gemacht. Es heißt zwar, das werde alles Geld kosten, zugleich wird aber seitens der Regierung der Eindruck erweckt, der Wähler werde nichts davon merken - jedenfalls nicht bis zur Bundestagswahl oder bis zur ersten gesamtdeutschen Wahl. In dieser Hinsicht argumentiert auch meine eigene Partei nicht sehr überzeugend; sie verlangt zwar, die Bundesregierung müsse die Wahrheit sagen, legt selbst aber kein eigenes Finanzierungskonzept vor. Ich meine, man müßte den Bürgern bei uns deutlich machen, daß es sich zwar um eine große Aufgabe handelt, die aber zu bewältigen ist und nicht eine Minderung der Lebensqualität bei uns zur Folge haben wird. Was wir brauchen, ist ein Finanzierungskonzept, um den Menschen die Unsicherheit zu nehmen.

Willy Brandt hat gesagt, es werde nie wieder zu einem deutschen Nationalstaat alten Typs kommen, vor dem sich unsere Nachbarn vielleicht immer noch fürchten, sondern hier gehe es um einen grundgesetzlich verfaßten föderalen europäischen Staat. Das ist sicher richtig. Dennoch stellt sich die Frage, inwieweit der Einigungsprozeß nicht auch in der Bundesrepublik zu qualitativen Änderungen führen wird. Ich fürchte, das wird der Fall sein. Seitens der DDR werden die Verhandlungen ja notwendigerweise zentralstaatlich geführt; denn es gibt hier bisher keine Länder. Schon aus dem Grunde bin ich der Meinung, daß die Wiedereinrichtung der Länder in der DDR dringend geboten ist, damit die ihre eigenen Interessen einbringen können. Das heißt, es gibt in der DDR bisher keine Entsprechung zu den elf Landesregierungen bei uns. Ich halte das für eine verheerende Schiefelage.

Der zentralstaatlichen Geisteshaltung, die aus der 40jährigen Geschichte der DDR erklärlich ist, entspricht auf unserer Seite eine ebenso, ich sage mal, zentralstaatliche Anmaßung. Ich habe nicht den Eindruck, daß irgendeine unserer Bundestagsfraktionen der Hort des deutschen Föderalismus wäre. Und die Länder müssen gegenwärtig ganz schön aufpassen, daß ihnen in Bonn nicht das Fell über die Ohren gezogen wird.

Mit anderen Worten, der gegenwärtige Prozeß zur Vorbereitung der deutschen Einheit, wie er beispielsweise beim Entwurf eines Staatsvertrages deutlich wird, führt aus meiner Sicht nicht zu einer Stärkung, sondern zu einer erheblichen Schwächung des Föderalismus in der Bundesrepublik, statt ein Modell auch für die DDR zu sein. Die verschiedenen Ebenen von Bund und Ländern wirken nicht mehr gleichberechtigt und gleich selbstbewußt zusammen, sondern hier zeigt sich in der politischen Realität ein Machtgefälle, das sich in einer Art Subordination ausdrückt, die inzwischen nicht mehr zu übersehen ist.

Und wenn sich die Dinge schon bei uns so gestalten, dann stellt sich für die Integration in Europa erst recht die Frage, wie denn eigentlich das Verhältnis von Regionen, Nationen und Europa aussehen wird. Wenn sich Europa wirklich zur politischen Union hin entwickeln soll, dann halte ich diese Schwächung des Föderalismus bei uns für eine fatale Angelegenheit.

Aus Hamburger Sicht am Schluß nur eine Arabeske: Der prosperierende, reiche Großraum Hamburg streitet seit 750 Jahren gegen die Mediatisierung durch mittlere Fürstenthümer. Diese Interessenlage ist auch heute unverändert. Das heißt, wir können - ähnlich wie die Schwaben oder die Bayern - auch im Rahmen einer europäischen Union auf diese Mediatisierung durch mittlere Fürstenthümer, also die nationale Mittlerinstanz in Bonn oder sonstwo, sehr gut verzichten. Hier steht uns im nächsten Jahrzehnt zweifellos ein sehr grundlegender Interessenkonflikt ins Haus.

## **Voigt**

Das Thema "Föderalismus" ist zweifellos wichtig; denn das, was in den letzten Monaten geschehen ist und das, was in der nächsten Zeit noch auf uns zukommt, wird das Bewußtsein der Deutschen über sich selbst und das Bewußtsein der Europäer über die Deutschen über Jahrzehnte hinweg prägen. Deshalb wird sich die Art, wie wir den deutschen Einigungsprozeß vollziehen, auf die politische Kultur in diesem Lande entscheidend auswirken. Daß da einige Fehler gemacht worden sind, nicht zuletzt beim Föderalismus, ist unbestritten.

So ist zum Beispiel eine deutsch-deutsche Kommission zur Kultur- und Bildungspolitik gegründet worden, an der die Länder paritätisch beteiligt sind, obwohl dieser Bereich an sich in die alleinige Zuständigkeit der Länder fällt. Daß heißt, hier wird zentralistischen Tendenzen Raum gegeben, die wir bisher weder auf Bundesebene noch im Hinblick auf die Europäische Gemeinschaft zugestanden haben. Von daher würde ich es für außerordentlich wichtig halten, daß in der DDR so schnell wie

möglich die Länder konstituiert werden, die ich mir am liebsten bereits am Beginn des deutschen Einigungsprozesses gewünscht hätte.

Was ich zweitens kritisiere, ist, daß der ganze Einigungsprozeß viel zu exekutiv erfolgt - das gilt sowohl für den Bund als auch für die Länder. Im Grunde ist die parlamentarische Begleitung in der Volkskammer effektiver als die im Bundestag. Der gemeinsame Ausschuß für die deutsche Frage konnte im Bundestag erst durchgesetzt werden, nachdem er in der DDR-Volkskammer beschlossen worden war.

Auch die parteipolitische Vereinnahmung des Einigungsprozesses ist offensichtlich. Das ist übrigens ein Grund gewesen, warum ich für die Beteiligung der Sozialdemokraten an der DDR-Regierung eingetreten bin, weil ich dagegen bin, daß der Einigungsprozeß parteipolitisch vereinnahmt wird, wie das in der Bundesrepublik der Fall ist. Dies wird langfristig nicht ohne negative Folgen bleiben.

Trotz allem bin ich, wie Willy Brandt, durchaus optimistisch, daß jetzt erstmals gelingen könnte, was 1848 nicht gelungen ist, nämlich eine Versöhnung des nationalen Gedankens mit der demokratischen Substanz, mit Friedfertigkeit und pro-europäischer Gesinnung. Deshalb halte ich auch die Sorgen unserer Nachbarn gegenüber den Deutschen in dieser Hinsicht für weitgehend unbegründet. Das besagt nicht, daß man sich gegen die eine oder andere negative Tendenz wehren muß; aber im Prinzip bin ich in dieser Beziehung sehr optimistisch.

Aus diesem Grunde, Herr Stolpe, können auch alle Festlegungen, die etwa die Viermächteverantwortung oder einen deutschen Sonderstatus betreffen, nur Übergangsregelungen sein, es sei denn, die Deutschen selber halten einen Sonderstatus für bestimmte Bereiche auf Dauer für erträglich. Aber jede von außen auferlegte Verfestigung würde ich als problematisch ansehen, übrigens auch für das Verhältnis der Deutschen zu ihren Nachbarn. Es ist gut, daß wir in bezug auf die DDR eine Art Selbstbescheidung ausüben, was für eine Übergangszeit auch erträglich ist, auf Dauer aber die europäische Gesinnung der Deutschen schwächen würde.

Deshalb bin ich der Meinung, daß die Deutschen, außer in der Frage des Nuklear-Status, nicht anders als jede andere europäische Nation auch behandelt werden sollten, was die pro-europäische Gesinnung der Deutschen sicher eher stärken wird. Der Versuch, einen minderen Status der Deutschen quasi zu verrechtlichen, muß sich auf Dauer kontraproduktiv auswirken. Das gilt, wie gesagt, nicht für den Nuklear-Status, auf den wir freiwillig und völkerrechtlich verbindlich verzichtet haben.

Herr Späth hat dann die Frage der wirtschaftlichen Modernisierung angesprochen, die nach seiner Meinung für die DDR so schnell wie möglich gelöst werden sollte. Dabei darf eines nicht übersehen werden: Was jetzt in der DDR droht, ist, daß sich hier eine Art von Frühkapitalismus etabliert, den wir bei uns überwunden haben jenseits allen Parteienstreits. Das hat in der DDR viele Gründe und hängt nicht zuletzt mit der tatsächlichen Ungleichheit der sozialen Wirklichkeit hier zusammen. Man braucht sich ja nur anzusehen, wie Kommunalpolitiker in der DDR bei der Ansiedlung von Handelsketten sich über den Tisch ziehen lassen und über den Tisch gezogen werden. Das hat sicher auch mit der mangelnden Ausbildung der Leute zu tun, die hier im Staatsapparat auf allen Ebenen agieren. Dieses schafft in der DDR eine höchst gefährliche Entwicklung.

Darüber hinaus verhalten sich die Betriebsleitungen in der DDR, unabhängig von ihrer ehemaligen Parteizugehörigkeit, inzwischen in einer Weise, wie es sich die Unternehmensleitungen bei uns nicht erlauben könnten. Aus diesem Grunde ist die Durchsetzung der sozialen Rechte hier - und dazu gehört auch die Einführung des Betriebsverfassungsgesetzes und von Arbeitsgerichten - mindestens genauso wichtig wie die Modernisierung.

Wenn dies nicht erfolgt, sehe ich die Gefahr, daß in der DDR ein minderer sozialer Rechtsstatus etabliert wird, der sich dann schrittweise auch auf die Bundesrepublik auswirken könnte, was ich entschieden ablehnen würde. Diese Tendenz zu frühkapitalistischen Zuständen würde eine Deklassierung der DDR insgesamt zur Folge haben - unabhängig des unterschiedlichen Wohlstandsniveaus in beiden Teilen Deutschlands. Eine solche Modernisierungsstrategie mag in den USA oder bei Frau Thatcher gewünscht sein, für Europa sehe ich eine solche Entwicklung als außerordentlich prekär an.

Ich möchte noch auf eine weitere Gefahr aufmerksam machen: Was ich befürchte, ist, daß sich nach Osten hin eine Armutsgrenze verfestigen wird. Das gilt besonders für die Oder-Neiße-Linie nach Polen, aber auch gegenüber anderen osteuropäischen Staaten. Mit der Einführung der DM werden sich in der DDR die dort ohnehin schon vorhandenen antipolnischen Ressentiments verstärken, aber auch gegenüber anderen Nachbarländern - ähnlich haben sich die Bundesdeutschen in den 50er

Jahren verhalten, als sie über Valuta verfügen konnten. Da helfen auch keine ethischen Appelle, sondern das muß politisch aufgearbeitet werden.

Diese neuen Spannungen zwischen den Nationalitäten können leicht dazu führen, daß es dann nicht mehr den häßlichen Amerikaner, sondern den häßlichen Deutschen gibt. Das ist ja ein typisches Verhalten von Neureichen, und im Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten sind die DDR-Bürger nach Einführung der DM dann Neureiche. Dieses Problem sollte frühzeitig erkannt und von den Deutschen gemeinsam angegangen werden. Wir können nicht daran interessiert sein, daß die demokratische Entwicklung in Osteuropa durch soziale Instabilität und sozial begründete nationale Vorurteile wieder blockiert wird.

### **Vollmer**

Willy Brandt hat gesagt, der neue gesamtdeutsche Staat sei gewissermaßen ein Nationalstaat neuen Typs, mit dem alten nicht vergleichbar, deswegen auch berechenbarer, vertrauenerweckend, föderalistisch, europäisch und muß nicht gefürchtet werden. Mag sein, daß die Stimmung im Lande nach dem 9. November so war, also mehr nach Sekt als nach Bier und Stammtisch geriet, zumindest war sie nicht im klassischen Sinne aggressiv nationalistisch. Es gab bei uns ja interessanterweise keine Wiedervereinigungsdemonstrationen. Das konnte dazu verleiten zu meinen, das Ende des Nationalismus sei mit der Erreichung seines Zieles, der Einheit, eingetreten.

Ich bin keineswegs sicher, ob das so stimmt, wenn man sich die neueren Entwicklungen ansieht. Das hängt wohl nicht zuletzt mit den aufbrechenden sozialen Spannungen zusammen, und zwar nicht nur in der DDR, sondern auch in der Bundesrepublik, weil da im Grunde zwei ähnliche soziale Schichten in beiden Ländern in einen objektiven Interessengegensatz geraten.

Lothar Späth hat mit erfreulicher Offenheit gesagt, welche Einbrüche in den nächsten zwei Jahren in der DDR zu erwarten sind, mit vielleicht zwei oder zweieinhalb Millionen Arbeitslosen. Wie will man dann wohl verhindern, daß die großenteils in die Bundesrepublik übersiedeln, und welche sozialen Spannungen wird das bei uns auslösen? Und selbst wenn es zu dem erwarteten wirtschaftlichen Wachstum kommt, ist doch auch noch fraglich, ob das dann dem Stand höchster ökologischer Modernisierung entspricht. Um das zu erreichen, brauchte man in gewissem Sinne wieder eine intelligente zentrale Planung. Andernfalls ist damit zu rechnen, daß die in der Bundesrepublik bereits abgeschriebenen Industrieausrüstungen in die DDR verlagert werden und damit gerade nicht der modernste Stand technologischer Entwicklung erreicht wird.

Diese sozialen Spannungen sind bereits deutlich zu spüren. Deshalb sehe ich einen so eklatanten Widerspruch zwischen der immer noch zur Schau getragenen Begeisterung der Politiker und ihrem Optimismus und der zunehmenden Depression nicht nur in der DDR, sondern auch in der Bundesrepublik.

Die Akzeptanz der deutschen Einheit in der Bevölkerung ist im übrigen ganz wesentlich eine Frage des Lebensalters. Das heißt, mit zunehmenden Alter steigt die Akzeptanz, und je jünger die Leute sind, um so geringer ist sie. Wir dürfen doch nicht verkennen, daß sich durch die Vereinigung unsere gesamte soziale Umwelt rasant verändert. Im Grunde geht uns das Land, das wir kannten, verloren - auch in der Bundesrepublik. Es stirbt also nicht nur die DDR, wie ich neulich gesagt habe, sondern auch die Bundesrepublik, und zwar auf eine Weise, die betroffen macht. Von daher ist auch verständlich, daß viele Jugendliche das Thema "deutsche Einheit" satt haben und nur noch mit Überdruß und Widerwillen darauf reagieren.

Was hier verlorenggeht, ist in gewissem Sinne unsere politische Identität. Und die Übernahme der DDR durch die Bundesrepublik, wie ökonomisch notwendig dieser Prozeß auch immer sein mag, gleicht unter demokratischen Gesichtspunkten einer Vergewaltigung, und wir sind wie Voyeure, die dabei zuschauen. Das löst sicher auch diesen tiefen Überdruß aus.

Hinzu kommt, daß uns als einziger Weg, um die soziale Problematik zu lösen, wirtschaftliches Wachstum angeboten wird, und genau dies, das haben zumindest wir politisch mit der Muttermilch aufgesogen, ist ökologisch absolut unverträglich. Dazu bedürfte es, wie Herr Späth gesagt hat, einer modernen ökologischen Technologie, und die ist in keiner Weise vorhanden.

Es ist auch versäumt worden, im Hinblick auf das Ausland Vertrauen zu schaffen. Ich hätte es für wichtig gehalten, wenn man es verstanden hätte, den Einigungsprozeß mit einer Aufarbeitung unserer Vergangenheit zu verbinden. Der Umgang mit der deutschen Vergangenheit ist ja nicht nur innenpolitisch für die politische Linke ein Problem, sondern auch außenpolitisch.

Hier war von den stumm gewordenen deutschen Intellektuellen die Rede. Nun, sie sind ja nicht alle stumm geworden; das betraf im wesentlichen nur die Linken. Die Rechten dagegen haben sich sehr lautstark zu Wort gemeldet und sich mit großem Selbstbewußtsein teilweise auch über die linken Intellektuellen lustig gemacht. Der Grund für das Verstummen der Linken liegt wohl nicht zuletzt in dieser Weigerung, den Vereinigungsprozeß auch mit den Fragen unserer Vergangenheit anzugehen.

In dem Zusammenhang halte ich es wirklich für symptomatisch, daß Helmut Kohl die Anerkennung der polnischen Westgrenze ausgerechnet mit der Entschädigung für die polnischen Zwangsarbeiter verbinden wollte. Genau an der Stelle, wo man ein deutliches Zeichen hätte setzen können, daß wir das Neue nicht auf den Fundamenten alten Unrechts aufbauen wollen, lautete die krämermäßige Antwort: Das müssen wir noch miteinander verhandeln. Wieso wundert man sich dann, wenn das Mißtrauen gegen die Deutschen weiter bestehenbleibt! Für eine Neuauflage des Historikerstreits bedanken wir uns alle bestens.

Diese Frage wird sicher in den Zwei-plus-vier-Verhandlungen von der Sowjetunion aufgegriffen werden. Ein Friedensvertrag mit Deutschland als Schlußstrich unter den Zweiten Weltkrieg kann doch nicht bedeuten, daß das an den NS-Opfern begangene Unrecht einfach abgeschrieben wird. Es ist nun einmal eine Tatsache, daß die NS-Opfer aus Osteuropa infolge des kalten Krieges keinerlei Entschädigung von uns erhalten haben. Mit einer solchen politischen Geste könnte man sowohl nach innen als auch nach außen glaubhaft machen, daß dieser neue deutsche Staat wirklich ein Nationalstaat neuen Typs ist, wie Willy Brandt gesagt hat.

### **Dahrendorf**

Aus der bisherigen Diskussion schält sich unter anderem eine These heraus, die ich in der Tat für brisant halte. Ein erster Schritt auf dem Wege zur deutschen Einheit findet ja mit der Schaffung der Währungsunion am 2. Juli statt. Die Folgen dieses Schrittes, das ist hier auch deutlich geworden, beschränken sich aber keineswegs auf die Währungspolitik, sondern reichen in alle Lebensbereiche der DDR hinein mit tiefgreifenden Wirkungen in wirtschaftlicher, sozialer und sicher auch in sozialpsychologischer Hinsicht. Eine volle Gemeinsamkeit mit der heutigen Bundesrepublik wird kurzfristig in keiner Weise erreicht, was mit Sicherheit zu beträchtlichen sozialen und anderen Spannungen führen wird.

Auf der anderen Seite stehen die Verhandlungen mit den anderen Mächten über Status und Stellung der Bundesrepublik - vor allem im Verteidigungsbereich, aber nicht nur dort-, die kaum so rasch zu einem Abschluß kommen werden. Dies kann zur Folge haben, daß die politische Union zeitlich beträchtlich hinter der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion herhinken wird. Wir gehen also in eine recht kritische Periode hinein - ob diese nun zwei Jahre, wie Herr Späth meint, oder länger andauert-, in der die Spannungen entstehen werden, die sich in den beiden Staaten nicht ganz leicht bewältigen lassen.

Ich würde jetzt gerne zunächst den Teilnehmern aus der DDR das Wort erteilen, um das Bild aus der deutschen Sicht noch ein wenig zu komplettieren, bevor ich unsere Gäste aus den anderen europäischen Ländern um ihre Einschätzung der deutschen Dinge bitten werde.

### **Schmidt**

Karsten Voigt hat darauf hingewiesen, daß die Deutschen in beiden Staaten ihre europäischen Interessen selbst artikulieren müßten, statt von außen zu versuchen, den Deutschen Regelungen aufzubinden, die als diskriminierend empfunden werden könnten.

Was heißt aber, die eigenen Interessen zu artikulieren? Das setzt zunächst einen Interessenausgleich zwischen den beiden deutschen Staaten im Zuge ihrer Vereinigung voraus. Darüber hinaus sehe ich aber noch mindestens fünf unterschiedliche Interessenlagen in Europa, die berücksichtigt werden müßten.

Da ist erstens die Sowjetunion, deren Sicherheitsinteressen eine solche sicherheitspolitische Einbindung der beiden deutschen Staaten verlangen, die diesen Interessen Rechnung tragen. Auf der anderen Seite ist die UdSSR daran interessiert, daß ein vereinigt Deutschland gleichsam als Scharnier - besser als goldene Brücke - fungiert, über welche die ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen der Sowjetunion zu Europa insgesamt führen. Es geht also nicht nur um die Sicherheitsinteressen.

Als Zweites kommen die Interessen der USA ins Spiel, die Westeuropa als strategische Gegenküste zur Sowjetunion betrachten, zugleich aber eine feste Einbindung der Deutschen erreichen wollen.

Die dritte Gruppe sind die westeuropäischen Staaten, insbesondere die EG, aber auch andere Staaten wie die EFTA-Länder. Hier geht es um die Vertiefung der Integration und die weitere ökonomische und soziale Prosperität. Fraglos kommt der Bundesrepublik als ökonomisch stärkster Kraft in Europa bei dieser Integration eine Art Motorrolle zu. Darüber hinaus entwickeln sich in Westeuropa zweifellos in viel stärkerem Maße als früher die Interessen an gesamteuropäischen Entwicklungen. Die sich herausbildende Ostpolitik der EG wie überhaupt die Entwicklung der EG als Gravitationszentrum und "Kern" eines sich einigenden Europas sprechen dafür.

Das Vierte sind die osteuropäischen Staaten, die sich eindeutig aus politischen, ökonomischen, kulturellen und sozialen Gründen nach Westeuropa orientieren. Karsten Voigt hat recht; sie wollen verhindern, daß gewissermaßen die Oder-Neiße-Linie zu einer Armutsgrenze oder einer neuen Trennlinie in Europa wird. Zugleich sind sie ebenfalls an einer Einbindung der Deutschen interessiert.

Das Fünfte schließlich ist die Gruppe der nichtpaktgebundenen und neutralen Staaten in Europa, die ihre Interessen gerade auch im Hinblick auf die gesamteuropäischen Sicherheitsprozesse in Zukunft sicher deutlicher artikulieren werden. Dazu gehören immerhin ebenfalls 12 Länder.

Was bedeutet es, diese unterschiedlichen Interessenlagen zu berücksichtigen? Ich meine, wir müssen uns bemühen, Lösungen anzustreben, die einen Interessenausgleich ermöglichen und gewissermaßen diese sich überschneidenden Kreise in einem Gesamtkonzept unterbringen. Da werden ja verschiedene Modelle diskutiert. In diesem Zusammenhang ist dann beispielsweise zu fragen, ob die Neutralität Deutschlands eine Lösung wäre, die den verschiedenen Interessenlagen insgesamt gerecht wird, was ich persönlich bezweifle. Es scheint auch, daß die Diskussion darüber abebbt. Aber auch eine Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO auf Dauer deckt sich nicht mit den verschiedenen Gruppen der vorgenannten Interessen. Sie stößt bis jetzt auf die entschiedene Ablehnung der Sowjetunion, die vor allem ihre Sicherheitsinteressen gefährdet sieht.

Wie könnte also eine befriedigendere Lösung aussehen? Ich meine, am meisten entspricht allen Interessen ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem, das mit Hilfe der KSZE entwickelt wird. Dabei wären allerdings verschiedene Faktoren zu berücksichtigen. Zum ersten müßte die KSZE weiterentwickelt werden und sich insofern neu orientieren, als die Schlußakte von Helsinki und auch die nachfolgenden Dokumente letztlich aus einer Konfrontation zustande kamen und auf die Regelung der Konfrontation ausgerichtet waren. Heute steht die Einigung Europas durch Kooperation im Vordergrund; das heißt, wir haben es jetzt mit wesentlich besseren Bedingungen zu tun, um gemeinsame Grundlagen für die europäische Entwicklung zu formulieren. Das hat sich bereits auf der KSZE-Wirtschaftskonferenz kürzlich in Bonn deutlich gezeigt. Themen wie Pluralismus, freie Wahlen, marktwirtschaftliche Prinzipien wurden formuliert und im Schlußdokument angenommen, die in der Schlußakte von Helsinki überhaupt noch keine Berücksichtigung fanden und auch nicht konsensfähig gewesen wären.

Zweitens brauchen wir eine Reihe von neuen Institutionen - Willy Brandt hat einige davon erwähnt. Drittens bedarf es der völkerrechtlichen Verbindlichkeit. Und das Vierte ist die Abtretung nationaler Souveränitätsrechte, weil es anderenfalls an Durchsetzungsmöglichkeiten fehlt.

Natürlich lassen sich solche Vorstellungen nicht kurzfristig verwirklichen; das braucht Zeit. Und hier kommen jene Ungleichzeitigkeiten ins Spiel, die Ralf Dahrendorf erwähnt hat, wenn beispielsweise der Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten schneller abläuft als die angestrebten europäischen Lösungen. Wenn man sich aber über die Zielsetzung - ein europäisches Sicherheitssystem - im klaren ist, die man in Europa erreichen will, könnte man sie in Form von grundlegenden Rahmenbedingungen bereits in den Zwei-plus-vier-Gesprächen behandeln, vereinbaren und dem KSZE-Gipfel Ende 1990 vorlegen. Dann ließen sich auch wesentlich leichter Übergangslösungen und zeitweilige Regelungen finden, die im Einklang mit den verschiedenen Interessenlagen stehen.

Solche Zwischenschritte könnten hinsichtlich der sicherheitspolitischen Aspekte der deutschen Vereinigung beispielsweise so aussehen:

- Eine zeitweilige Anbindung des vereinigten Deutschlands an die NATO - ich unterstreiche zeitweilig - unter der Voraussetzung, daß sich der bisherige Charakter der NATO ändert, so hinsichtlich einer stärkeren Entwicklung ihrer politischen Rolle, der Veränderung von Strategie und operativen Konzepten, wie es auch bereits diskutiert wird;
- Gleichzeitige Entwicklung einiger vordringlicher bündnisübergreifender Sicherheitsstrukturen, wie sie auch Willy Brandt erwähnt hat. Dazu zähle ich zum Beispiel Konfliktlösungs- und Verifikationszentren oder regelmäßige Konferenzen der Außen- und Verteidigungsminister;

- Etablierung eines sicherheitspolitischen Sonderstatus für das Gebiet der heutigen DDR (starke Verringerung, aber Beibehaltung von Streitkräften, die nicht der NATO unterstellt sind), verbunden mit einem Sicherheitsvertrag;
- Verpflichtungen der Bundesrepublik im Rahmen ihrer NATO-Mitgliedschaft zur entschiedenen Verringerung der Bundeswehr - auch im Rahmen der Wiener Verhandlungen;
- Einschränkung der militärischen Präsenz der Truppen der früheren vier Alliierten auf deutschem Boden und Neuregelung der zeitweiligen weiteren Präsenz sowjetischer Streitkräfte auf dem Boden der heutigen DDR.

Die unterschiedlichen Interessenlagen sind auch zu sehen, wenn es darum geht, Staats- und völkerrechtliche Fragen der deutschen Vereinigung zu beantworten. Ich denke dabei an die Vereinigung nach Artikel 23 Grundgesetz, von vielen als eine Art Königsweg angesehen. Ich hätte mir einen anderen Weg gewünscht, nämlich die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, verbunden mit einem entsprechenden Volksentscheid. Aber ich bin Realist genug, um zu erkennen, daß die Dinge wohl auf dem ersten Wege laufen werden.

Allerdings sollten wir nicht so tun, als gehe es beim Aushandeln der Modalitäten nach Artikel 23 nur um eine rein innerdeutsche Angelegenheit. Denn es müssen dabei zumindest zwei Fragen beantwortet werden. Erstens: Was wird aus den völkerrechtlichen Verpflichtungen des heutigen Völkerrechtssubjektes DDR? Das betrifft sowohl die sicherheitspolitischen Aspekte im Hinblick auf unsere östlichen Nachbarn, als auch die wirtschaftlichen Verpflichtungen, die wir vertraglich eingegangen sind. Zweitens ist zu fragen: Inwieweit sind Veränderungen am Grundgesetz der Bundesrepublik nötig, um gewisse Befürchtungen auszuschließen, die sich aus der jetzigen Konstruktion des Grundgesetzes ergeben. Ich denke beispielsweise an die berechtigten Sorgen der UdSSR und anderer, daß, bleibt der Artikel 23 bestehen, nach dem Beitritt der DDR weitere Anschlußmöglichkeiten offengehalten werden. Wie steht es des Weiteren um Artikel 146 und die Präambel? Es wäre sicher hilfreich, wenn hierzu öffentlich einige Klarstellungen erfolgten und dies von beiden deutschen Staaten auch in die europäische Diskussion mit eingeführt würde.

## Ullmann

Ich möchte zunächst den Dialog mit Herrn Späth suchen, von dem ich mich wieder einmal, wenn auch ganz positiv, provoziert fühle. Obwohl ich als Doktor der Theologie nicht über so enge Kontakte zu Mercedes-Benz verfüge wie Sie, Herr Späth, kann ich Ihren Globalperspektiven sehr gut folgen, und ich stimme Ihnen weitgehend zu, insbesondere, was Sie über die möglichen Folgen der Währungsunion am 2. Juli gesagt haben.

Ich ziehe allerdings etwas andere Konsequenzen daraus als Sie. Daß es meinen Landsleuten wenig hilft, wenn man sie über die realen Entwicklungen zu beruhigen sucht, wie das nachgerade täglich in den Medien geschieht, darin stimme ich mit Herrn Späth überein. Dennoch halte ich es für problematisch, wenn Sie für die wirtschaftliche Lage in der DDR als Vergleich etwa Portugal heranziehen und meinen, dort stünden die Dinge noch sehr viel schlechter. Herr Necker äußert sich in diesem Zusammenhang dergestalt, daß er auf die Einkommensgefälle in den USA verweist und betont, dort rege sich doch auch niemand darüber auf. Oder er erwähnt sogar die Schweiz.

Nun, das mag ja alles zutreffen. Der Unterschied zur Situation in Deutschland besteht aber darin, daß die USA oder die Schweiz bereits eine Wirtschaftseinheit sind, während DDR-Bürger und Bundesbürger erst zueinander kommen wollen, und dafür ist ein generelles Einkommensgefälle zwischen hier und dort sicherlich schwer erträglich.

Herr Späth hat dann von einem Mix der Wirtschaftssysteme gesprochen, ein Begriff, der das, was vor sich geht, recht gut beschreibt. Diese Mischung gibt es jedoch nicht erst seit dem 9. November 1989, sondern hat sehr viel früher begonnen, mindestens seit Beginn der 80er Jahre, seit die Herren Mittag und Schalck-Golodkowsky ihren Devisenhandel angefangen haben. Mit den Folgen dieser Entwicklung haben wir heute ebenfalls zu tun, wobei sich das Mischen seit dem 9. November zweifellos ungeheuer beschleunigt hat.

Ich empfinde es auch noch als Verharmlosung, wenn man von frühkapitalistischen Zuständen bei uns spricht. Was hier in der DDR seit dem 9. November geschieht, wäre weder in der Bundesrepublik noch in irgendeinem EG-Land erlaubt. Der Vergleich mit dem Frühkapitalismus hinkt ja auch insofern, als hier die Aktionen von einem hochentwickelten Land ausgehen. Ich könnte Ihnen aus der Umgebung von Berlin schlimme Beispiele erzählen, und das sind keine Einzelfälle, wie die Flut von Briefen beweist, die mir täglich auf den Tisch flattern. Das kann nicht mehr lange so weitergehen. Und wenn ich dann noch an die zwei "gewaltig schweren Jahre" denke, die Herr Späth angeführt hat, dann

bin ich außerordentlich besorgt über die Konsequenzen, die daraus für die beiden deutschen Länder erwachsen können.

Was ist zu tun? Herr Biedenkopf hat zu Recht unterstrichen, daß es gerade nicht um eine Vermischung der beiden Wirtschaftssysteme gehen kann, sondern daß das Wirtschaftssystem in der DDR zu transformieren ist - wieweit es sich dabei dem System der Bundesrepublik anzugleichen hat, kann ich als Nichtfachmann nicht beurteilen.

Dabei sehe ich insbesondere eine erhebliche rechtliche Problematik. Und ich stimme Herrn Biedenkopf zu, wenn er die schlichte Übernahme des bundesdeutschen Rechtes kritisiert. Natürlich sollten wir dort Dinge übernehmen, wo sich keine bessere Alternative stellt. Aber die generelle Übernahme Ihres Rechtssystems kann für die Bürger unseres Landes nur zu krassen Ungerechtigkeiten führen.

Sicher, Herr Voscherau, es hört sich gut an, wenn Sie sagen, man müsse sich in die Schuhe des anderen stellen - darum bemühen sich ja wohl auch die meisten vernünftigen Politiker der Bundesrepublik-, was aber, wenn die Schuhe nicht passen?

In dem Zusammenhang erwähne ich nur das Zustandekommen des Staatsvertrages, das in meinen Augen unter demokratischen Gesichtspunkten ein einziger Skandal ist. Ich hoffe nur, der zweite Entwurf wird hier wesentliche Korrekturen bringen. Besonders das Kapitel über die Banken, wo es um die eigentlichen Machtverhältnisse geht, enthält Passagen, die jeden, der das liest, schamrot werden lassen müßte - nicht nur in der DDR, sondern auch in der Bundesrepublik.

Die Ursache für diese Entwicklung sehe ich vor allen Dingen in dem bundesdeutschen Verfassungsrecht, an das Ihre Regierung ja gebunden ist. In der Karlsruher Auslegung des Artikels 23 wird festgelegt, daß die Bundesregierung im Falle einer Beitrittserklärung nicht mit einem gleichberechtigten Partner zu verhandeln, sondern als Alleinberechtigte die notwendigen Schritte einzuleiten hat. Das Ergebnis ist dann der Staatsvertrag!

Angesichts dieser Rechtslage wird der Regierung der DDR im Grunde jede Verhandlungskompetenz entzogen, da der Bundesregierung rechtlich die Hände gebunden sind, sich auf wirkliche Verhandlungen einzulassen. Ich meine, hier besteht ein Problem, das unbedingt einer Lösung bedarf.

Abschließend will ich noch ein paar Worte zur Diskussion über die NATO sagen, wenn auch in einem etwas anderen Sinn, als das Herr Brandt getan hat. Was mich verwundert, ist, daß bei allen Diskussionen über NATO und Warschauer Pakt ein Punkt nicht zur Sprache gebracht wird: In beiden Verträgen ist ausdrücklich eine Klausel enthalten, die die Auflösung der Vertragssysteme vorsieht, wenn eine bestimmte Situation eintreten sollte. Aber genau diese Situation ist doch jetzt eingetreten! Natürlich kann man die beiden Systeme nicht schlagartig auflösen - das wäre mit viel zu großen Sicherheitsrisiken verbunden. Aber man kann doch eine Politik beginnen, die eben diese Auflösung zum Ziel hat.

Wissen Sie, ich lebe seit meiner Jugendzeit hier in der DDR. Mir verursacht die Vorstellung, in Zukunft irgendwie in den NATO-Bereich miteinbezogen zu werden, allergrößtes Unbehagen. Immerhin handelt es sich dabei ja um ein militärisches Paktsystem, das die Situation, in der sich die Menschen in der DDR heute befinden, in hohem Maße mitverschuldet hat. Mauer und Stacheldraht in unserem Lande hatten doch auch etwas mit der NATO zu tun. Natürlich ist unser skandalöses Wirtschaftssystem, dessen Opfer die DDR-Leute sind, weitgehend von der SED-Diktatur zu verantworten, aber es war auch eine Folge jener absurden Militärblöcke, die auf dem Boden der ehemaligen Anti-Hitlerkoalition entstanden sind. Ich erinnere mich noch sehr genau an die Jahre von 1946 bis 1949, als wir in diesem Lande durchaus andere Perspektiven hatten, als sie dann nach der Verfassungsänderung von 1952, die die Länder beseitigte, tatsächlich realisiert wurden.

Deshalb sollten wir meines Erachtens in der Diskussion über NATO und Warschauer Pakt nicht nur den Sicherheitsaspekt beachten, sondern auch fragen, in welchem Maße beide Paktsysteme direkt an der Teilung Europas, die wir uns jetzt endlich zu beseitigen anschicken, beteiligt waren.

## Hempel

Ich bin Herrn Späth dankbar, daß er das ökonomisch Vorsehbare so deutlich beim Namen genannt hat, wie ich es bisher noch nirgendwo gehört habe. Für die Menschen in der DDR ist es einfach wichtig zu wissen, was voraussichtlich auf uns zukommen wird. Denn damit kann man sich dann auseinandersetzen, und das Diffuse, Gespenstische verliert sich ein wenig. Die Konfusion in den Herzen der Menschen ist gegenwärtig enorm groß. Wir sind reizbarer als gewöhnlich und blicken ohne



rechte Hoffnung in die Zukunft. Dem optimistischen Gerede, mit dem man uns gelegentlich zu überzeugen sucht, glauben wir nicht.

Vieles wird allerdings auch davon abhängen, wie sich in den nächsten Monaten nicht nur die DDR, sondern vor allem auch die BRD aufführen wird. Es würde uns die Akzeptanz der schwierigen Verhältnisse erheblich erleichtern, wenn die westdeutsche Seite in ihren sozialen Gesten relativ einfach auftritt und auf großmütig fürstliche Gebärden möglichst verzichtet. Ein solches rein menschliches Verhalten ist für uns von großer Wichtigkeit. Das heißt, beide Seiten sollten bemüht sein, sich auch in die Lage des anderen hineinzusetzen. Mit anderen Worten: Die BRD sollte sich vielleicht weniger mit ihren Erfolgen brüsten, und wir sollten das ewige Jammern lassen.

Was für die künftige Einheit von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist, sind die bei uns gewissermaßen schicksalhaft gewachsenen positiven Beziehungen zu Osteuropa. Wir haben viele Freunde beispielsweise in Polen, in der Tschechoslowakei oder in der russisch-orthodoxen Kirche. Die alte Faszination, die Rußland auf Deutschland ausübt, ist bei uns sehr lebendig, und wir wissen auch die heimliche Prävalenz der westeuropäischen Kultur gegenüber der osteuropäischen Kultur kritisch zu beleuchten. Ich meine, diese Kraft sollten wir nutzen.

Herr Stolpe hat davon gesprochen, daß viele Menschen in der DDR ein starkes Ungerechtigkeitsempfinden haben - Herr Biedenkopf erwähnte die Formel von Willy Brandt: "das kürzere Los gezogen". Als Mann der Kirche ist es für mich in der Tat ein Problem, daß wir keine Antwort haben auf die Frage: Warum haben wir im Osten das kürzere Los gezogen? Die Suche nach einer Antwort rührt gewiß an den Nervus rerum. Denn es ist für die Menschen einfach nicht zu begreifen, warum wir im Osten für die gleiche Schuld, die wir auf uns geladen hatten, anders bezahlen mußten als der Westen. Herr Brandt zitierte den Satz: Wenn die Panzer verschwinden, kommen die Erinnerungen. Mit dieser Erinnerung steht den Menschen in unserem Lande dann wieder diese unverarbeitete Problematik vor Augen. Ich meine, wir sollten das als ein Stück Realität akzeptieren.

### **von Ardenne**

Ich bin nun einmal ein schrecklicher Realist. Deshalb ist für mich die Frage entscheidend: Was muß morgen getan werden und wie, damit sich die Dinge gut und schnell regeln? Eine solche Lösung hilft auch der von Bischof Hempel erwähnten Konfusion und Unsicherheit zu begegnen, die bei großen Teilen unserer Bevölkerung besteht. Angesichts der Fülle rationaler, aber auch irrationaler Vorstellungen, die in diesen Tagen über die Massenmedien auf unsere Bürger einströmen, ist es notwendig, sich auf das zu besinnen, was jetzt wirklich wesentlich ist.

Welche Aufgaben müssen an erster Stelle gelöst werden? Ich sehe etwa folgende Rangfolge. Erstens: Weiterer Ausbau des Ministerrates, und zwar in einer Weise, daß er in die Lage versetzt wird, sowohl die Bedingungen der DDR als auch die Voraussetzungen der sozialen Marktwirtschaft der BRD zu erkennen und klug zu berücksichtigen.

Zweitens: Die Schaffung von Voraussetzungen durch beide Seiten, um mit Hilfe unbürokratischer, schneller Förderung die Bildung, Ausrüstung und Entwicklung mittlerer und kleinerer Betriebe zu beschleunigen, auf die auch Herr Späth hingewiesen hat.

Drittens: Umstrukturierung der bei uns bestehenden Betriebe in Industrie, Handel und so weiter mit der Zielsetzung, sie von Grund auf zu rationalisieren und für den Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen. Das setzt beispielsweise voraus, den zur Zeit noch bestehenden allgemeinen Kündigungsschutz einzuschränken. Es wäre notwendig, daß gleichzeitig in die produzierenden mittleren und kleinen Betriebe möglichst viele innovative Ideen einfließen.

Viertens: Die durch die vorgenannte Umstrukturierung freiwerdenden Arbeitskräfte durch intensive Umschulungen fachlich für die neu entstehenden kleinen und mittleren Betriebe zu qualifizieren, damit die Arbeitslosen so möglichst rasch wieder in den Arbeitsprozeß eingefügt werden können.

Es liegt in unser aller Interesse, diese Aufgaben so schnell wie möglich klug und mit hoher Tatkraft zu erledigen. Um dies zu erreichen, brauchen wir auf allen Leitungsebenen unseres Staates außergewöhnlich befähigte, erfahrene Persönlichkeiten, die sich nur in den Dienst der Sache stellen. Gegenwärtig besteht bei uns ein katastrophaler Mangel an Menschen dieses Ranges. Schon für Herrn Modrow war es schwierig, den Ministerrat adäquat zu besetzen. Diesen Tatbestand gilt es klar und nüchtern zu erkennen, was unserer Bevölkerung noch keineswegs bewußt ist.

Das Fehlen dieser qualifizierten Persönlichkeiten ist eine Folge unserer Vergangenheit und geht auf eine Reihe von Ursachen zurück. Erstens: die Ermordung Zehntausender von Firmeninhabern, Industriechefs, Managern in der ersten stalinistischen Phase unmittelbar nach Kriegsende. Davon

zeugen die in jüngster Zeit entdeckten Massengräber in der DDR. Zweitens: Die Austreibung hochtalentierter Menschen in den ersten Jahren der DDR. Als Beispiele nenne ich nur Genscher, Mischnik, Körber und unzählige Leiter in Industrie, Forschung und Wissenschaft. Drittens: Nicht-SED-Mitglieder wurden von nahezu allen leitenden Positionen in der DDR ausgeschlossen, und das über einen Zeitraum von etwa 30 Jahren. Viertens: Nur diejenigen jungen Menschen wurden zu höheren Ausbildungen an Universitäten und Hochschulen zugelassen, die entweder bereit waren, in die SED einzutreten oder mindestens erkennen ließen, daß sie der SED-Ideologie nahestanden oder welche Kinder von Arbeitern und Bauern waren. Fünftens: Zur höheren Schulausbildung wurden über mehr als ein Jahrzehnt nur diejenigen Schüler delegiert, welche in möglichst allen Fächern eine Zensur nahe Eins erreichten. Das war die Selektion der Untalentierten.

Die Notlage, in die wir durch diese Kaderpolitik hineingeraten sind, läßt sich nach meiner Einschätzung nur beheben, wenn uns seitens der Bundesrepublik eine umfassende personelle Unterstützung gewährt wird. Dies kann die Bundesrepublik aus naheliegenden Gründen nicht von sich aus anbieten; denn das würde bei unseren Bürgern zweifellos erhebliche Vorbehalte auslösen. Deshalb sollte von maßgebender Seite in der DDR schnell eine Einladung an bundesdeutsche Persönlichkeiten erfolgen, die über langjährige Erfahrung in Leitung, Management und sozialer Marktwirtschaft verfügen. Durch enge Zusammenarbeit, durch Beratung und Informationsaustausch könnten die vorgenannten Defizite in sehr kurzer Zeit behoben werden.

Herr Modrow meinte in einem kürzlichen Gespräch mir gegenüber, an Beratern aus der BRD fehle es nicht. Das mag für die höchste Ebene zutreffen, aber sicher nicht für den Bedarf an fähigen Leitungskadern in Ministerien, Ämtern, Industrie und Wirtschaft. Hierfür erschienen mir besonders solche Persönlichkeiten geeignet, die im Pensionierungsalter stehen und die bereit sind, ihre Erfahrungen, die sie sich im Laufe ihrer beruflichen Tätigkeit erworben haben, einzubringen. Viele von denen, die sich häufig noch keineswegs zu alt fühlen, würden sich sicherlich noch gern über ein paar Jahre für eine so große Aufgabe zur Verfügung stellen.

Ich halte diese ganze Problematik für vordringlich. Denn mit der gegenwärtigen Besetzung unserer Leitungsebenen dürfte es sehr schwer werden, die vor uns liegenden Aufgaben schnell und gut zu lösen.

### **Ortleb**

Wenn man Herrn Ullmann, Frau Vollmer, Herrn Modrow und mich über das Volk der DDR reden hört, könnte man meinen, wir hätten es mit verschiedenen Völkern zu tun, wobei jeder von uns sicher der ehrlichen Überzeugung ist, das Beste für die Menschen tun zu wollen. Das macht die Schwierigkeit deutlich, vor der wir hier stehen.

1961 ist man davon ausgegangen, daß die Teilung Deutschlands endgültig und für die Erhaltung des Friedens außerordentlich wichtig sei. So hat man es mir jedenfalls beigebracht. Und in dem Bewußtsein, daran gar nichts ändern zu können, haben sich viele Bürger unseres Landes eingerichtet; ich könnte es auch härter sagen: viele haben sich weitgehend mit den Verhältnissen arrangiert.

Drei der hier Anwesenden, nämlich Herr Brandt, Herr von Ardenne und Herr Modrow waren für mich gewissermaßen die Repräsentanten bestimmter Einstellungen, an denen ich mich als Jugendlicher orientiert habe. In Herrn Brandt habe ich jenen Politiker gesehen, der als erster im Westen auf den Osten zugegangen ist, um das Eis aufzutauen. Professor von Ardenne ist für mich der Intellektuelle, der als nüchterner Naturwissenschaftler versuchte, neue Anstöße in die Politik hineinzubringen. Das hat vielen Intellektuellen in der DDR geholfen, auch andere Aspekte statt nur die offiziellen Verlautbarungen wahrzunehmen. Und Hans Modrow war für mich derjenige, der vorsichtig versuchte, aus dem Sozialismus das Beste zu machen.

Heute nun stehen wir vor der schwierigen Aufgabe, unserem Volk in einer schlagartig und radikal veränderten Lage wieder zu einem Selbstwertgefühl zu verhelfen, um den Menschen begreiflich zu machen, was es mit Freiheit und Demokratie auf sich hat. Das führt zu Schwierigkeiten, die sich auch im Parlament zeigen, wenn es etwa um die sogenannte Basisdemokratie geht. Dies kann zur Folge haben, daß kaum noch eine Entscheidung gefällt wird, weil der Bürger jetzt in Übertreibung des demokratischen Anspruchs fordert, daß über alles und jedes zunächst bis in das letzte Dorf diskutiert werden muß, bevor es nach Berlin zurückgeht und dort, wenn man Glück hat, dann tatsächlich etwas beschlossen werden darf. Das geht teilweise so weit, daß gefordert wird, selbst eine Empfehlung auszusprechen, müsse diskutiert werden, bevor man sie überhaupt aussprechen kann. Diese Überempfindlichkeit hat ihre Ursache in dem jahrzehntelangen Demokratieentzug.

Vor welchen Schwierigkeiten wir hierzulande stehen, verdeutlichte auch die Geschäftsordnungsdebatte in der ersten Sitzung der Volkskammer, als es darum ging, die Eidesformel, auf die der Ministerpräsident vereidigt werden sollte, zu ändern. Es hat über eine Stunde gedauert, bis wir soweit waren, daß darüber abgestimmt werden konnte. Zwischenzeitlich mußten sich die Fraktionsvorsitzenden zur Beratung zurückziehen. Von daher rührt mein Eindruck, daß wir es offenbar mit verschiedenen Völkern zu tun haben. Während das Volk, das ich zu vertreten meinte, ganz rational forderte, doch endlich Schluß mit der Geschäftsordnungsdebatte zu machen und zur Tagesordnung überzugehen, wollte das Volk von Herrn Ullmann die Demokratie ganz genau nehmen, damit um Gottes willen das frisch Errungene nicht gleich wieder verlorengeht.

Die Problematik, wie man mit einem demokratieunerfahrenen Volk umgeht, wird besonders unter dem Druck der Medien virulent, und zwar vor allem jener Medien, die von außen auf uns einwirken, auch wenn unsere eigenen Medien sich inzwischen von den Fehlern der anderen durchaus anstecken lassen. Die Menschen bei uns müssen erst lernen zu erkennen, wann ein Medium die Unwahrheit verbreitet und warum. Auf diese Weise ist jedenfalls das Demokratiebewußtsein leicht in Frage zu stellen. Ich könnte Ihnen eine Reihe von Kampagnen nennen, wo man eine Meinung, die von uns in der DDR vertreten wurde, zuvor von außen importiert hat.

Ich meine, die DDR läßt sich nicht einfach in ein Schema pressen. Das, was wir jetzt unternehmen, ist de facto ohne jedes Vorbild, nämlich der Versuch, eine sozialistische Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft zu überführen. Deshalb sollte man dieses Experiment mit der gebotenen Toleranz verfolgen, zumal ja auch noch andere Länder vor dem gleichen Problem stehen. Dabei haben wir in unserem Falle den Vorteil, daß hier zwei Länder miteinander zu tun haben, die die gleiche Sprache sprechen, und bei denen auch die emotionalen Voraussetzungen vorhanden sind, die den Erfolg des ganzen Unternehmens begünstigen.

Deshalb sollten sich die Politiker jetzt erst einmal auf das Wesentliche konzentrieren und den ganzen Kleinkram zunächst beiseite lassen. Das erklärt auch meine Position in der Frage der Verfassung, wo Herr Ullmann und ich völlig unterschiedlicher Auffassung sind. Ich bin dafür, so schnell wie möglich eine Verfassungsgrundlage für die DDR zu schaffen, nicht, um das Volk um seine Demokratie zu betrügen, sondern um das Leiden abzukürzen, das ich auf uns zukommen sehe. Meine Hoffnung ist, daß sich die politischen Kräfte in der DDR zusammenfinden, um diese Aufgabe möglichst schnell zu erledigen.

Ich teile im übrigen nicht die Meinung von Herrn Ullmann, daß NATO und Stacheldraht unsere Wirtschaft deformiert haben. Sie hat sich von selbst deformiert, und zwar durch eine Reihe von aberwitzigen Prinzipien, die für wirtschaftliches Handeln maßgeblich waren. So hat das sozialistische Plansystem praktisch die Arbeitsteilung aufgehoben. Jeder versuchte, alle möglichen Dienstleistungen selbst zu besorgen, was nicht effizient war. Ähnlich verhielt es sich mit vielen anderen Dingen. Auch die Steuerfunktion des Geldes wurde mehr oder weniger aufgehoben, da man hunderterlei verschiedene Rechnungen zur Anwendung brachte und sozusagen verschiedene Arten von Geld in der Wirtschaft kursierten.

Mit anderen Worten: Dinge, die gewissermaßen bereits an der Wiege der Menschheit standen, wie eben die Arbeitsteilung oder die Funktion des Geldes, waren bei uns außer Kraft gesetzt. Da braucht man also die NATO gar nicht zu bemühen, um den desolaten Zustand unserer Wirtschaft zu erklären.

### **Berghofer**

Ich begrüße, daß dieser Gesprächskreis in Dresden stattfindet, weil unter Wettbewerbsbedingungen eine Stadt gut beraten ist, wenn sie im Gespräch bleibt. Ich bin froh, daß Herr Körber wieder der Initiator ist, der, wenn ich mich recht erinnere, der erste BRD-Wirtschaftler war, der 1986 unser Rathaus betreten hat und mit mir ein Gespräch über Marktwirtschaft führte, wobei er mir den kleinen, aber feinen Unterschied zwischen sozialer und freier Marktwirtschaft nahebrachte.

Daß dieses Gespräch in Dresden stattfindet, ist auch vom historischen Ablauf her durchaus logisch. Hier fand das erste Treffen zwischen Modrow und Kohl statt, und hier nahm nicht zuletzt die Revolution in der DDR ihren Ausgang. Einige Ihrer Initiatoren und Begleiter sitzen mit an diesem Tisch. Wenn ich Bischof Hempel ansehe und mich an die Nachtstunden des 8. Oktober erinnere, dann wissen wir beide, woran wir dabei denken.

Die Bedeutung dieser Gesprächsrunde könnte darin liegen, daß es uns gelingt, die Konturen jener Republik Deutschland näher zu bestimmen, die das Ziel all unserer Bemühungen ist. Das ist zweifellos eine Schlüsselfrage, die aber beim sogenannten einfachen Mann bisher nicht ankommt, weil das Ziel für viele Menschen noch nicht klar zu erkennen ist. Deshalb brauchen wir mehr

Öffentlichkeit, weil wir uns sonst nach unterschiedlichen Richtungen orientieren. Was soll denn das für ein Deutschland sein? Wer übersetzt den Menschen das, was Herr Brandt hier sehr überzeugend dargelegt hat? Vor 200 Jahren hielt Fichte seine Reden an die deutsche Nation. Ich meine, so etwas wäre auch heute vonnöten.

Die Prozesse, die bei uns ablaufen, haben sich keineswegs verlangsamt. Im Gegenteil, das Tempo wird sich sogar noch beschleunigen, vor allem im wirtschaftlichen Bereich. Das erhöht die Risiken. Die Politik reagiert im Augenblick bestenfalls; man könnte es auch kritischer formulieren: Sie läuft dem Leben hinterher. Die Wirtschaft ist in vieler Hinsicht weit voraus geeilt. Dabei muß man allerdings sehen - und dafür ist Dresden sicher symptomatisch auch für andere industrielle Ballungsgebiete;- es gibt zwar eine große Investitionsbereitschaft, die sich jedoch auf ganz bestimmte Sektoren konzentriert. Dazu gehören etwa die Dienstleistungen, Infrastrukturbereiche wie Energie, Wasser, Abwässer, Verkehr, Bau. Des weiteren ökologische Technologien und der Tourismus.

Mir ist nur ein einziges Beispiel bekannt, wo Investitionen in der produzierenden Wirtschaft vorgenommen werden. Aber das ist das entscheidende Gebiet, wenn es um den Wohlstand für morgen geht. In dieser Hinsicht stimme ich Herrn Späth voll zu. Ohne eine prosperierende Wirtschaft steht der gesamte Einigungsprozeß in Frage. Und den Tiefpunkt der Wirtschaftskrise haben wir noch keineswegs erreicht.

Das Problem ist, je mehr darüber verlautbar wird, um so mehr nehmen Angst und irrationale Verhaltensweisen zu. Denn niemand vermag heute die Frage zu beantworten, wer das am Ende alles finanzieren soll. Die Politiker sagen, das wird die freie Wirtschaft machen, und die Leute aus der freien Wirtschaft, die ich treffe, sagen mir: Da sollen sich die Politiker mal etwas einfallen lassen. Aber in wenigen Wochen steht diese Frage auf der Tagesordnung.

Ich brauche mir ja nur vorzustellen, wie sich die Menschen bei uns verhalten werden, wenn sie erst die D-Mark in der Tasche haben und wählen können, ob sie, sagen wir, sich einen modischen Anzug in der BRD kaufen wollen oder einen aus der heimischen Textilindustrie. Die Entscheidung liegt doch auf der Hand: Sie werden den besseren nehmen. Das wird viele Unternehmen der DDR über Nacht an den Rand ihrer Existenz bringen.

Wenn Herr Dahrendorf von historischen Chancen spricht, dann kann ich nur wiederholen, was ich anderenorts schon gesagt habe: Die historischen Dimensionen dessen, was sich gegenwärtig abspielt, sind nur mit der französischen Revolution zu vergleichen. Denn am Ende wird ein ganzer Kontinent, vielleicht die ganze Welt, sich politisch verändert haben.

Wir sollten uns aber bewußt sein: Das, was sich jetzt in Deutschland vollzieht, in der DDR vor allem, hat Modellcharakter für ganz Osteuropa. Der Übergang von einer Planwirtschaft zur Marktwirtschaft ist bisher weder in der Theorie ausgearbeitet, noch in der Praxis irgendwo erprobt. Gelingt dieser Prozeß bei uns, wird sich dies auf die Demokratisierung überall in Osteuropa positiv auswirken. Jedes Mißlingen aber wird nicht 40jähriger falscher Politik des alten Regimes angelastet werden, sondern der Marktwirtschaft.

Ich möchte des weiteren die moralisch-ethischen Dimensionen des gegenwärtigen Geschehens unterstreichen. Wir haben in der Vergangenheit auf beiden Seiten Feindbilder geschaffen, über die im Augenblick zwar nicht so viel geredet wird, die aber nicht über Nacht verschwunden sind, nachdem sie 40 Jahre lang unser Denken geprägt haben. Wenn wir miteinander reden, meinen wir häufig etwas völlig anderes, selbst wenn wir die gleichen Worte verwenden. Herr Voigt hat die neuen nationalen Spannungen erwähnt. Deshalb meine ich, wir sollten mit allen Mitteln einen Lernprozeß fördern, der es besonders den jungen Menschen bei uns ermöglicht, europäisch zu denken. Dazu hatten wir bisher keine Gelegenheit; denn wir waren doch eingeschlossen. Ich kenne Europa nicht, und ich gehörte ja in gewisser Weise zu den Privilegierten, die dienstlich reisen konnten.

Europäisch denken lernen, heißt für mich vor allem, der Jugend Europa zu öffnen, damit sie sich überall hinbegeben kann, nach Lissabon, Paris, Straßburg genauso wie nach Warschau oder Prag. Auf diese Weise wird die Verständigung viel schneller in Gang kommen, was wir als Politiker so gar nicht vermögen. Diese Möglichkeiten sollten wir sofort schaffen und nicht erst abwarten.

Lassen Sie mich noch ein letztes Problem ansprechen. Die Menschen hier leben in Regionen und Kommunen. Die Sachsen haben sich in ihrer Geschichte nie so richtig als Deutsche gefühlt; sie waren immer mehr Europäer und Sachsen. Wir haben heute einen sächsischen Kunstverein gegründet; da ist manches von dem sichtbar geworden. Mit anderen Worten: Immer wenn Deutschland ein sehr zentralistischer Staat war, verbreitete er Ängste; wenn die Regionen stärker waren - bei allem, was daran auch provinziell sein mochte-, war die Bedrohung sehr viel geringer.

Deshalb sollten wir uns gegen jedes Erstarken des Zentralismus wenden. Die Neugründung der Länder auf dem Gebiet der DDR wird der politischen Stabilität zweifellos förderlich sein, aber die Kommunen sind dann immer noch nicht handlungsfähig. Ihnen fehlt es an jeglichen Finanzmitteln, um die gigantischen Probleme zu bewältigen, die vor uns stehen; sie verfügen über kein Eigentum, haben keine Einnahmen; es mangelt an Fachleuten, und und und. Im Grunde ist in den Kommunen überhaupt nichts vorhanden. Dabei sind sie der Ort, an dem sich das eigentliche Leben abspielt.

Von daher sehe ich es als außerordentlich wichtig an, daß sich - unabhängig vom Abschluß eines Staatsvertrages - Kooperationsbeziehungen zwischen den Ländern entwickeln, wie das zwischen Baden-Württemberg, Hamburg, Sachsen und Dresden bereits der Fall ist. Da läßt sich vieles pragmatisch durchführen, was auf der Ebene der hohen Diplomatie noch nicht funktionieren kann. Das sage ich auch mit einem Dank an die Herren Voscherau und Späth, die in den letzten Monaten in dieser Region viel getan haben, nicht mit Worten, sondern mit Taten.

## Vaatz

Ich bin in diesem Jahr in die Ost-CDU eingetreten und nun Mitglied des Landesvorstandes Sachsen.

Herr Ortleb hat darauf hingewiesen, daß die Zerstörung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung in der DDR zu einem entscheidenden Effizienzverlust und damit letztlich zu dem Kollaps unserer Wirtschaft geführt hat, den wir jetzt alle ausbaden müssen.

Die Zukunftsperspektiven, die in unserer Bevölkerung zur Zeit vorherrschen, sind eher dunkel. Herr Biedenkopf sprach von einem Umstellungsschock, Herr Voscherau erwähnte die psychologischen Risiken, und Bischof Hempel macht Diffuses und Gespenstisches in den Herzen der Menschen aus. Ich frage mich, was eigentlich diesen Zustand in der DDR verursacht hat.

Ich glaube nicht, daß Mauer und Staatssicherheitsdienst die Hauptursachen waren; jene Leute, die uns jahrzehntlang bewacht haben, waren ja selber gefangen. Was ich als wesentliche Belastung empfunden habe, ist die Tatsache, daß über all diese Dinge nicht gesprochen werden konnte, daß ein Tabu aufgerichtet war. Genau dieses Tabu hat jenen in sich selbst ruhenden Sozialismus-Stalinismus getragen.

Das hängt entscheidend mit den Erfahrungen der Generation unserer Eltern im Dritten Reich zusammen, die erlebt hatten, wozu ein totalitäres Regime fähig ist. Deshalb hat man uns das Wort verboten, um einem ähnlich totalitären Regime keine Gelegenheit zu geben, seine Macht an uns zu demonstrieren. Das war das Bestreben unserer Eltern. Die Folge war permanentes Schweigen und planmäßiger Wortentzug, was zu einer Art Selbstzensur, einer In-sich-Verkrochenheit der DDR-Bürger geführt hat.

Wenn Sie sich den Aufruf "für unser Land" ansehen, dann erkennen Sie darin ein einziges Aufbegehren gegen diese Selbstzensur, daß ein allgemeiner Aufschrei der Empörung durch die DDR gegangen ist, als dieser auch von Egon Krenz unterschriebene Aufruf abgedruckt wurde. Diese Selbstzensur hat zu einer systematischen Horizontverengung geführt, die auch heute noch wirksam ist. Und hier sehe ich die Gefahr, daß aus der totalen Ablehnung des bisherigen Systems nunmehr wiederum ein verengtes Bild jener Alternative entstehen kann, die vielen hier drohend oder lockend vorschwebt und die durchaus frühkapitalistische Züge trägt. Die Denkstruktur vieler Betriebsdirektoren, die noch im Amt sind, nehmen sich in der Tat frühkapitalistisch aus und sind mit den Vorstellungen einer sozialen Marktwirtschaft überhaupt nicht vereinbar.

Eine weitere Folge dieser Horizontverengung ist das Mißtrauen in die repräsentative Demokratie, von der uns besonders die Massenmedien - ich nenne nur das Beispiel Karl Eduard von Schnitzlers (aber das ist nur die Spitze des Eisberges) - über Jahrzehnte ein abschreckendes Bild vermittelt haben. Dieses Mißtrauen in die repräsentative Demokratie schlägt jetzt um in jene Hilflosigkeit im Umgang mit Demokratie überhaupt, die Herr Ortleb erwähnt hat.

Der Zusammenbruch des bisherigen Systems hat bei uns ein Rechtsvakuum erzeugt, das für die gegenwärtige Situation wirklich gefährlich ist. Die Wirtschaft, heißt es, soll schnell handeln und investieren, damit unsere Ökonomie wieder auf Touren kommt. Das ist sicher richtig. Es ist aber zu befürchten, daß die Wirtschaft das bestehende Rechtsvakuum nicht als Mangel, sondern als Chance versteht. Daraus können Konflikte entstehen, von denen ich nicht weiß, wie wir sie beherrschen wollen.

Deshalb sollten wir über den gewiß wichtigen wirtschaftlichen Investitionen nicht jene anderen Investitionen vergessen, die uns helfen können, unsere Sprachlosigkeit und unsere

Horizontverengung zu überwinden. Bei all diesen Diskussionen über Währungsunion, Wirtschaftsunion, Sozialunion vermisse ich den Begriff der Bildungsunion.

Da wir hier nicht nur über Deutschland, sondern auch über Europa sprechen, möchte ich einen Aspekt erwähnen, der bisher nicht genügend beachtet wird. Am 9. November 1989 ist ja nicht nur die Mauer in Deutschland gefallen, sondern an diesem Tag hat zugleich das Ende der Ost-West-Konfrontation begonnen. Was wird an ihre Stelle treten? Bekommen wir es jetzt mit einer Konstellation wie auf dem Schachbrett zu tun, wo jedes schwarze Feld von vier weißen und jedes weiße Feld von vier schwarzen umgeben ist und sich entsprechend Bedrohungen und Feindschaften artikulieren? Mir wäre eine grüne Wiese lieber. Vielleicht ist es an der Zeit, daß die Politik einmal über ihren Schatten springt und sich nicht nur im Sinne nationaler Interessenvertretung versteht, sondern sich um einen Weg bemüht, verschiedene Interessen miteinander in Einklang zu bringen.

Wenn Sie erlauben, möchte ich zum Abschluß sagen, wovon ich manchmal träume. Ich stelle mir vor, daß es möglich sein könnte, wenn man einen solchen Weg so geht, daß vielleicht in 30 oder 40 Jahren über die Deutschen gesagt wird: So wie die damals ihre nationale Frage gelöst haben, das war etwas Neues, etwas Epochenmachendes. Damit könnte dann auch jenes Bild ausgelöscht werden, das heute von den Deutschen besteht.

### **Domsch**

Herr Stolpe hat eine Frage berührt, der ich etwas weiter nachgehen möchte: Was ist in der DDR bewahrenswert, was können wir bei der Vereinigung mit einbringen? Ich nenne nur drei Dinge, ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit.

Erstens: Es hat sich innerhalb der DDR-Bevölkerung ein Solidaritätsgefühl entwickelt - der Menschen untereinander, weniger nach außen, etwa gegenüber der dritten Welt. Diese Solidarität ist eine Abkehr von jedem Kasten- oder Klassengeist und ist auch von elitärer Einstellung weit entfernt. Das möchte ich gern erhalten wissen, auch im Umgang mit den Bürgern der Bundesrepublik.

Zweitens: Es wurden bei uns Formen des Wirtschaftens gefunden, die durchaus bedenkenswert sind. Sie widersprechen auch nicht der Marktwirtschaft, obwohl es halbsozialistische Formen sind. Ich denke beispielsweise an die Kommanditgesellschaft mit staatlicher Beteiligung, die allerdings 1972 wieder abgeschafft wurde. Diese hat zum Teil nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten gewirtschaftet und das nicht schlecht. Vielleicht könnte man ein solches Experiment bei uns heute wiederholen.

Drittens: Die Gewaltlosigkeit unserer Revolution. Dies traf ja nicht nur für die Revolutionäre zu, sondern auch auf die, welche die Macht abgegeben haben.

### **Brandt**

Und auf die Sowjetunion.

### **Domsch**

Zweifellos. Wir würden heute sicher nicht hier sitzen und so darüber reden, wenn Michail Gorbatschow nicht gewesen wäre. Dennoch sehe ich in der Gewaltlosigkeit etwas, das wir auch in Zukunft zu bewahren suchen sollten.

Ich möchte aber auch auf eine Gefahr aufmerksam machen. Herr Späth hat die wirtschaftlichen Probleme angesprochen, die uns zur Zeit bedrängen, und ich stimme ihm zu, daß es da um wirklich harte Fragen geht. Wir sollten uns darüber im klaren sein, daß diese Probleme nicht nur eine wirtschaftliche, sondern vor allem auch politische Lösungen erfordern.

Denn die Wirtschaftsmisere bei uns ist viel größer, als dies auf beiden Seiten gesehen wird. Viele Betriebe haben nur noch Aufträge, die gerade für die nächsten zwei Wochen reichen. Dann müssen sie schließen, weil selbst die Inlandsnachfrage ausbleibt.

Wir können doch nicht zusehen, daß alle diese Betriebe in Konkurs gehen und ihre Mitarbeiter entlassen, um dann völlig neu wieder anzufangen. In der Zwischenzeit müssen wir nicht nur mit 2 1/2 Millionen Arbeitslosen fertig werden, sondern mit sehr viel mehr. Daß sich unsere Wirtschaft in keinem guten Zustand befindet, wissen wir alle. Aber der Übergang kann nicht so vor sich gehen, daß wir die Menschen jetzt alle auf die Straße schicken - dann werden sie nämlich wieder auf die Straße gehen, wie das am 8. Oktober der Fall war.

### **Modrow**

Die Bauern sind gegenwärtig schon auf der Straße. Jede Tagung der Volkskammer wird von solchen Demonstrationen begleitet.

### **Domsch**

Wirtschaft und Politik sind also nicht zu trennen. Deshalb sollten wir ernsthaft überlegen, wie man für die Menschen in der DDR in den nächsten Monaten einen Modus vivendi findet. Die Schließung von Betrieben wie "Eibflorenz" hier in Dresden können wir vielleicht zwei- oder dreimal verkraften, aber nicht zehn-, fünfzig oder hundertmal.

Politik behandelt das Zusammenleben der Menschen, und dieses wird wesentlich durch die Wirtschaft geprägt. Wenn es der Politik nicht gelingt, über die Wirtschaft das Zusammenleben zu ermöglichen, dann ist wirklich Gefahr im Verzuge. Ich möchte davor warnen, daß friedliche Demonstrationen in gewalttätige umschlagen können.

### **Dahrendorf**

Ich meine, wir haben zuletzt eine recht nachdenkliche Stunde erlebt, in der manches gesagt worden ist, was nachhallen wird. Ich denke beispielsweise an die Frage von Bischof Hempel: Wieso haben wir im Osten das kürzere Los gezogen?

### **Späth**

Ich möchte auf einige Punkte der bisherigen Diskussion eingehen und zunächst zwei Vorbemerkungen machen. Erstens: Ich komme aus einem streng pietistischen Elternhaus. Ich erwähne das nur für den Fall, daß Sie mich gleich endgültig unter die Frühkapitalisten einordnen. Zweitens: Ich gelte in meiner Partei als der in Fragen der Marktwirtschaft Unzuverlässigste, weil ich derjenige bin, der zuviel Industriepolitik macht und sich vor Staatsinterventionen nicht scheut, alles Dinge, die in der freien Marktwirtschaft nicht zulässig sind.

Ich betone das deshalb, weil ich über den Diskussionsverlauf zunehmend irritiert bin. Ich sage ganz offen: Ich habe erhebliche Zweifel, ob es für irgendeine Zwischen- oder Mischlösung, die hier empfohlen wird, irgendwelche realistischen Voraussetzungen gibt. Meine Antwort lautet: Nein, die gibt es nicht. Dann hätten wir den ersten Schritt nicht tun dürfen.

Ich beschäftige mich ziemlich viel mit den Entwicklungen in Ungarn und in anderen osteuropäischen Ländern. Ich bin gerade von der Deutschen Bundesbank offiziell kritisiert worden, weil Baden-Württemberg - und Bayern - spezielle Ländergarantien für Kredite an Ungarn gegeben haben, um dort den Mittelstand zu unterstützen. Damit, so hieß es, hätten die Länder endgültig ihre Kompetenzen überschritten. Ich bin davon überzeugt, daß es für Ungarn, für Polen, für die Tschechoslowakei ganz schwer werden wird, wir dort aber- weil es sich um relativ geschlossene Wirtschaftsräume handelt - Übergangsstrukturen schaffen können, Schutzzölle beispielsweise und eine ganze Reihe sozialer Absicherungen. Die großen Kombinate müssen nicht aufgelöst werden, bevor nicht viele kleine Betriebe ihre Funktion übernehmen können. Ich vergleiche das immer mit dem Absterben der Dinosaurier: Wenn genügend Insekten vorhanden sind, um die Arbeit der Dinosaurier zu übernehmen, können diese ruhig verschwinden. Deshalb bin ich so ein Mittelstandsanhänger. Geschieht das, bevor die Insekten tätig geworden sind, funktioniert es nicht mal bei den Ameisen.

Zwischen der Bundesrepublik und der DDR liegen die Dinge jedoch völlig anders, und deshalb sage ich, daß es dafür keinen Vorgang gibt. Sie können hier soviel über Politik reden, wie Sie wollen, Herr Domsch, dieses Wirtschaftssystem hat seine eigenen Gesetze. Natürlich läßt sich die Marktwirtschaft sozial absichern- das ist eine Frage der Staatsintervention. Natürlich läßt sich die Marktwirtschaft ökologisch absichern - das ist eine Frage der Umweltauflagen. Sie können auch staatliche Kombinate betreiben. Das ist doch nichts Neues für die Bundesrepublik, nehmen Sie Kohle und Stahl. Die meisten der großen Betriebe, die bei uns in Schwierigkeiten geraten sind und Massenentlassungen aussprechen mußten, waren zum einen voll mitbestimmte Montanbetriebe und zum anderen im Staatseigentum, wo wir die höchsten Subventionen gezahlt haben. Auch Subventionen sind doch für uns nichts Neues: Wir geben pro Jahr an die 12 Milliarden DM allein für die Ruhrkohle aus.

Sie können über rechtliche Absicherungen nachdenken, soviel Sie wollen, lieber Herr Ullmann. Es hat aber überhaupt keinen Sinn, den Leuten etwas vorzumachen über das, was jetzt geschieht. Herr Berghofer kann sich nicht retten vor westdeutschen Bankunternehmen, die schöne Gebäude in Dresden kaufen und Dienstleistungen anbieten wollen. Das ist natürlich sehr schön, aber hilft doch der Wirtschaft hier nicht entscheidend auf die Beine. Auch in Frankfurt leben die Banker nur deshalb so

gut, weil in Baden-Württemberg so viel gearbeitet und exportiert wird und die Exportfinanzierung entsprechend hohe Gewinne abwirft.

Ich will Ihnen ein Beispiel geben. Die Firma Robotron in der DDR verhandelt zur Zeit über ein Joint-venture. Die Berichte, die Sie da bekommen, sind vernichtend. Denn die meisten Investitionen, die dort in den letzten Jahren getätigt wurden, erweisen sich aus heutiger Sicht als Fehlinvestitionen. Oder nehmen Sie das neue Band, das für 1,1 Milliarden Ostmark für den Wartburg installiert wurde, der jetzt, das ist jedermann klar, überhaupt nicht gebaut wird. Am besten ist, dieses Band gleich wieder zu demontieren. In Zwickau wurde eine Lackieranlage aus typisch mittelständischer baden-württembergischer Produktion eingerichtet, die mit möglichst niedrigen Heiztemperaturen fahren kann, damit das Duroplast nicht schmilzt. Wenn jetzt aber der VW hier gebaut werden soll, dann brauchen Sie für die Metallic-Lackierung eine Lackieranlage, die besonders hohe Temperaturen fährt. Bestelldauer zwei Jahre. Darüber wird jetzt mit VW verhandelt.

Und jetzt kommen Sie und erzählen den Beteiligten, das Ganze hier in der DDR sei wahnsinnig kompliziert; es müsse erst einmal politisch darüber nachgedacht werden, was man denn überhaupt wolle. Ich sage Ihnen, was dann passiert: Die Unternehmer werden sich das anders überlegen, wenn das alles so kompliziert wird in der DDR. Bosch aus Stuttgart hatte hierher Kontakte aufgenommen - und baut jetzt für 600 Millionen DM eine Anlage in Wales. Ein anderer Unternehmer aus Baden-Württemberg hat hier mehrere Verhandlungen geführt und hat mir gerade gesagt: Ich gehe auch nach Wales. Warum? Wenn ich mit denen in der DDR rede, erklärt er mir, erzählen die mir Geschichten von Eigentumsvorbehalten und von Nutzungsrechten, die sie abgeben wollen und so weiter. Also entweder ich kann den Betrieb kaufen, oder ich laß' es. Die Eigentumsdiskussion führt dazu, daß der sagt: Ich kaufe doch nichts, was noch belastet ist und ich dann womöglich jahrelang prozessieren muß; das sind alles unnötige Kosten. Wenn die mir hier keinen Platz auf der grünen Wiese zum Eigentum verkaufen, gehe ich halt in das Elsaß, sagt er. Dort bekommt er das Gelände zu zehn Prozent der Grundstückspreise, die er auf der anderen Rheinseite in Baden-Württemberg zahlen müßte.

Nun können Sie sagen, das sei ja alles ganz entsetzlich. Aber es geht hier um ganz reale Dinge: Wenn in der DDR nicht die entsprechenden Investitionsbedingungen geschaffen werden, kommen die Investitionen nicht.

Es wird immer gesagt, es sei genügend Privatkapital vorhanden, um die Produktionsstrukturen zu modernisieren; wir müßten lediglich die Übergangszeit finanzieren. Aber da geht es mit Sicherheit nicht nur um 20 oder 40 Milliarden DM, die in der Bundesrepublik in der Diskussion sind, sondern um 100,150 oder 180 Milliarden DM.

Nehmen Sie nur die Trabant-Produktion in Zwickau, wo schätzungsweise 70000 Leute beschäftigt sind, denen man am 1. Juli, sagen wir, je 1.000 DM auszahlt. Das sind 70 Millionen DM an Gehaltszahlungen. Und am 1. August werden dann wiederum 70 Millionen DM fällig. Wenn dem dann keine Einnahmen in DM gegenüberstehen, weil sich der Trabant nicht mehr verkaufen läßt, müssen die Gehälter aus irgendeinem Fonds gezahlt werden; andernfalls muß man die Leute entlassen. Wenn man die entläßt und sie ohne Arbeit dastehen, gehen sie wirklich auf die Straße.

Diese Weiche ist aber unausweichlich mit der Öffnung der Mauer gestellt worden; da sollte sich niemand etwas vormachen. Wenn die Leute von Zeiss arbeitslos werden, liegen die Dinge etwas anders; denn die guten Fachleute hier werden sofort von Zeiss in Oberkochen angeworben. Die warten nur darauf. Dann geschieht aber genau das, was wir alle nicht wollen: Die Menschen gehen aus der DDR weg. Wenn man sie also dort halten will, muß man die entsprechenden Arbeitsplätze schaffen, und dazu braucht man private Investoren; andere gibt es nicht in der Bundesrepublik. Die wenigen Staatsbetriebe, die wir bei uns haben, können das nicht leisten.

Mit anderen Worten, das wird jetzt im Grunde - nehmen Sie mir das nicht übel - eine wahnsinnig theoretische Diskussion. Wenn Sie hier erst lange darüber nachdenken, welche Formen des Investierens Ihnen passen und am 2. Juli immer noch nicht wissen, was Sie machen wollen, dann werden Sie erleben, daß die Unternehmer nichts tun werden. Und in dem Falle können auch wir Politiker nichts machen. Dann werden uns wahrscheinlich die Menschen hier vorwerfen, was wir ihnen vor kurzem noch für große Hoffnungen gemacht haben, und jetzt kommt kein Unternehmer.

Was sich jetzt anbahnt, ist das, was Herr Berghofer sagt, es kommen die Händler, die Baumärkte und alle die, die das schnelle Geld machen wollen. Die werden den Leuten die neue DM aus der Tasche ziehen, indem sie ihnen Dinge anbieten, die sie hier immer schon haben wollten: 'ne Bohrmaschine, ein paar Orangen, selbst künstliche Blumen. Was sie aber dringend benötigen, sind neue Produktionsbetriebe, und die bekommen sie nur, wenn sie dafür die Voraussetzungen schaffen.



Herr Ullmann sprach die Übernahme bundesdeutscher Gesetze kritisch an. Aber über diese Gesetze, die die soziale Marktwirtschaft ausmachen, können wir nicht einmal in der Bundesrepublik frei disponieren. Wenn wir die nämlich nicht EG-konform gestalten, dann können wir uns alle unsere schönen Redensarten über Europa und den Gemeinsamen Binnenmarkt sparen. Denn die Franzosen und die Engländer werden es nicht zulassen, daß die Spielregeln für eine der Kernwährungen der Europäischen Gemeinschaft offen bleiben. Wenn wir über die Einführung der DM in der DDR sprechen, reden wir auch über eine europäische Währungsverantwortung. Und wir sollen uns nichts vormachen, der ganze schöne Gesang, der jetzt in Dublin angestimmt wurde, wird sofort in ein wildes Gekreische ausarten, vorzüglich englischer Tonart, wenn wir sagen, wir könnten nicht mehr garantieren, daß mit der Einführung der DM in der DDR die Spielregeln, die die Funktionsfähigkeit der europäischen Arbeitsteilung gewährleisten, noch eingehalten werden.

Das Thema Arbeitsteilung ist ja das große Problem. Das zeigt sich beispielsweise bei all den Joint-ventures in der Sowjetunion. Seit drei Jahren bemühe ich mich, bundesdeutsche Unternehmer für ein Experiment in Form eines Industrieparks in Moskau zu gewinnen. Die Hauptschwierigkeit ist auch da die Arbeitsteilung.

Einer unserer besten Kranbauer, die Firma Liebherr, hat in Odessa ein Kranwerk errichtet. Wie läuft es da ab? Nun, da fordern die Sowjets, der local content müsse erhöht werden. Will Liebherr machen und sagt: also liefert mir Stahl. Antwort der Sowjets: leider nicht möglich; denn dafür haben wir in unserer Planwirtschaft keine Kapazitäten vorgesehen. Darauf wollte Liebherr den Stahl in Bulgarien kaufen ebenfalls Fehlanzeige, aus dem gleichen Grunde. Also hat er ihn aus der Bundesrepublik bezogen. Das wurde akzeptiert, obwohl da in Devisen gezahlt werden mußte. Ja, hieß es, das ist uns aber lieber, alles andere bringt die Dinge hier nur durcheinander.

Ich will Ihnen an diesem Beispiel nur deutlich machen, welche Probleme sich bei einem Mix von Planwirtschaft und Marktwirtschaft auftun. Im Grunde gibt es in der Sowjetunion nicht ein Joint-venture, das wirklich gut funktioniert.

Ich sage Ihnen deshalb ganz unumwunden, auch wenn das furchtbar kapitalistisch klingen mag: Sie müssen in der DDR die Spielregeln, die bei uns die soziale Marktwirtschaft zum Erfolg geführt haben, voll übernehmen. Sie können nicht die DM einführen und dann eine politische Diskussion beginnen über die allgemeinen Bedingungen der sozialen Marktwirtschaft.

#### **Vollmer**

Das hätte die CDU den Leuten hier vorher sagen müssen!

#### **Späth**

Ach wissen Sie, Frau Vollmer, lassen wir doch hier das parteipolitische Gezänk. Das können wir in der Bundesrepublik austragen.

#### **Vollmer**

Wenn die westdeutschen Politiker das vorher gesagt hätten ...

#### **Späth**

Wenn die westdeutschen Politiker das gesagt hätten, wäre die Wahlentscheidung in der DDR auch nicht anders ausgefallen. Denn die Menschen hier wollen die harte DM haben, um einkaufen zu können. Das mögen Sie ja alles für unmoralisch halten, aber die Leute sind nun einmal einfach so gebaut. Sie haben die Dinge bei uns gesehen, und jetzt wollen sie sie auch haben. Darüber sollten wir nicht den Stab brechen.

#### **Voigt**

Und jetzt bekommen sie unsere Eigentumsordnung noch dazu.

#### **Späth**

Da läßt sich aber eine ganze Menge machen. Sie können zum Beispiel gesetzlich festlegen, daß alle die Wohnungen, die es hier gibt, nur an Bürger verkauft werden dürfen, die auf dem Gebiet der jetzigen DDR wohnen. Damit kann man Spekulationen vorbeugen.

Wenn Sie wachsenden Wohlstand hier haben wollen, dann brauchen Sie Investitionen in Milliardenhöhe, und zwar ganz schnell. Denn anders halten Sie die Leute nicht. Ich habe mit jungen Arbeitern in einem Pumpenwerk in Halle gesprochen, und die haben mir gesagt: Komm, Späth, alle diese Dinge, Staatsvertrag, NATO und so weiter, vergiß es - bring uns die DM rüber, und zwar cash, bar auf die Hand, alles andere ist Schwindel. Wenn wir die haben, und du sagst uns: wir bekommen 1000 statt 3000 DM ausgezahlt und müssen fünf, sechs Jahre warten, bis wir in Stufen die 3000 erreichen, dann ist das in Ordnung; so lange halten wir durch. Aber wenn Ihr uns da keine Klarheit gebt, wie es laufen wird, hauen wir ab.

Meine Sorge ist, daß wir so lange politisch diskutieren, bis das Desaster voll eingetreten ist. Deshalb müssen wir den Menschen sagen, was auf sie zukommt, daß sie sich temporär auf eine hohe Arbeitslosigkeit einstellen müssen, die um so eher abgefangen werden kann, je schneller wir in die mittelständischen Betriebe investieren. Außerdem sollte die Umstellungsphase der nächsten zwei, drei Jahre genutzt werden, Umschulungen vorzunehmen und neue Organisationen auf zuziehen.

Was wir jetzt brauchen für die Übergangszeit, ist ein 200-Milliarden-Fonds. Dafür müssen wir eine große internationale Anleihe aufnehmen; das gibt der europäische und der weltweite Kapitalmarkt her. Dann müssen wir den Leuten erklären, wie der ganze Prozeß ablaufen wird und daß wir in der Bundesrepublik dafür einstehen als unsere deutsch-deutsche Verpflichtung. Am Ende dieses Prozesses ist die DDR-Wirtschaft voll integriert und genauso funktionsfähig wie die in der Bundesrepublik.

Ich würde es auch nicht für gut halten, wenn sich hier nur die Bundesrepublik engagiert. Wir werden in Dresden demnächst eine Konferenz durchführen, Baden-Württemberg und Sachsen, zu der ich verschiedene Delegationen aus Frankreich, Italien, Wales, Kanada, Singapur und so weiter mitbringen werde. Da werden wir gemeinsam über die Dinge sprechen. Ich bin jetzt wiederholt im Ausland angesprochen worden, ob wir Deutsche das alles alleine machen wollen in der DDR. Ich habe darauf geantwortet: Kommt mit, seht Euch das an und tretet in Wettbewerb zu uns, wenn es um neue Investitionen geht.

Ich habe zu Beginn gesagt, ich komme aus einem pietistischen Elternhaus, und ich habe gelernt - auch das gehört zum Pietismus-, daß es einen breiten und einen schmalen Weg gibt. Zum breiten Weg gehören all die Annehmlichkeiten des Lebens, und die sind beim Pietismus generell verdächtig. Der schmale Weg bedeutet harte Arbeit und den Glauben, daß sie zum Erfolg führt. Das ist die einzige Philosophie, die ich Ihnen anbieten kann. Ich warne Sie vor Leuten, die meinen, Sie könnten da einen Sonderweg zwischen Marktwirtschaft und Planwirtschaft gehen. Versuchen Sie es nicht. Das Ergebnis würde sein, daß die jetzigen Strukturen weggefegt werden.

### **Brandt**

Es ist meine feste Überzeugung: Entweder das vereinigte Deutschland orientiert sich europäisch und wird entsprechend eingebettet, oder es wird gar nicht sein. Und zum anderen: Das vereinigte Deutschland organisiert sich bundesstaatlich, also föderativ, oder es sollte nicht sein. Trotzdem habe ich großen Zweifel, ob uns das in den nächsten zwei Jahren alles so gelingen wird, zumal wir jetzt anfangen, über eine mögliche Neuordnung der Länder nachzudenken. Herr Späth hat vorhin gesagt, wenn man das erst lange vor sich herschiebt, wird nie mehr etwas daraus.

Dennoch halte ich beispielsweise die Frage für zulässig, ob bei einer vernünftigen Neugliederung der Länder alles nur entlang der heutigen Grenze BRD und DDR verlaufen muß. Wenn zum Beispiel die Vogtländer unbedingt nach Bayern wollen, warum sollten sie nicht. Auch zwischen Niedersachsen und Sachsen-Anhalt ist sicher einiges denkbar. Jedenfalls sollten wir in unsere gemeinsame neue Verfassung eine Bestimmung aufnehmen, die es ermöglicht, an der jetzigen Länderstruktur etwas zu ändern.

### **Späth**

Nach dem Grundgesetz ist eine Länderneugliederung nach wie vor möglich.

### **Brandt**

So ist es; im übrigen halte ich 16 Länder in Deutschland für ein bißchen viel. Wenn ich nur daran denke, daß die alle auch noch unterschiedliche Wahltermine haben, dann wählen wir uns kaputt. Insofern hätten Regelungen in Richtung der amerikanischen mid-term elections viel für sich.

Ernst Benda, der frühere Bundesinnenminister und vormalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, hat in einem Spiegel-Artikel begründet, warum es auch aus

bundesrepublikanischer Sicht vernünftig wäre, am Grundgesetz einiges zu ändern. Zumal das Bundesverfassungsgericht selbst eine Reihe von Punkten vorgemerkt hat, die bei einer Änderung berücksichtigt werden sollten - unabhängig von der Vereinigung. Und der neuen DDR-Regierung ist wohl zuzustimmen, daß die Artikel 23 und 146 gar nicht im Widerspruch zueinander stehen, sondern sich durchaus ergänzen können. Viel spricht nach meiner Überzeugung auch dafür, das revidierte Grundgesetz dann einer Volksabstimmung zu unterwerfen. Das würde dem Neuanfang in Deutschland nur guttun.

Hans Modrow hat zu Recht auf die vertraglichen Verpflichtungen der DDR gegenüber ihren Partnern hingewiesen, die eingehalten werden müssen. Dies betrifft auch die Stationierungskosten für die sowjetischen Truppen in der DDR, für die die Bundesrepublik mit einzustehen hat.

Herr Stolpe hat erwähnt, daß die Politik der kleinen Schritte nur bis zu einem bestimmten Punkt führen konnte. Das ist sicher richtig - trotzdem erlaube ich mir eine Ergänzung: Mir hat dieser Tage ein enger Mitarbeiter von Gorbatschow gesagt, man sehe in Moskau durchaus einen Zusammenhang zwischen unserer Politik, die seinerzeit zum Abschluß der Ostverträge geführt hat, und den Entwicklungen, die in den letzten Jahren bis in die jüngste Zeit stattgefunden haben. Zumindest war der ganze KSZE-Prozeß - der noch wichtiger werden wird, als er es bisher schon war - ohne die Vertragspolitik überhaupt nicht denkbar. Insofern hängen die Dinge doch eng miteinander zusammen.

Herrn Ullmann möchte ich nur sagen: Was immer die NATO verursacht haben mag, für die Berliner Mauer ist sie nun wirklich nicht verantwortlich, weder direkt noch indirekt. Mir ging es in meinem Referat darum, meinen Landsleuten hüben und drüben zu sagen, sie sollten sich mit Äußerungen über die Zukunft der europäischen Sicherheit etwas zurückhalten. Wir muten den anderen mit dem, was wir in Deutschland vorhaben, schon ohnehin eine ganze Menge zu. Ich weiß es jedenfalls nicht andere scheinen es zu wissen-, wie die europäische Sicherheit morgen aussehen wird: also NATO-Auflösung ...

### **Ullmann**

Warschauer Pakt auch.

### **Brandt**

... nun, es ist kein Kunststück, etwas aufzulösen, was nur noch auf dem Papier existiert. Die NATO wird sich zweifellos verändern und in Zukunft stärker als bisher europäische Züge tragen. Sie darf nicht so europäisch werden, daß sie die Verbindung zu den Vereinigten Staaten aufgibt; sie muß aber so europäisch sein, daß die Franzosen wieder mitmachen, was sie zur Zeit ernsthaft überlegen.

Nun kann man die Frage stellen: Welche Funktionen kommen der NATO eigentlich noch zu, wenn das alte Feindbild nicht mehr stimmt? Darauf antworte ich erstens, daß die Teile Europas mit unterschiedlicher Dichte zusammenwachsen werden - folglich auch die sicherheitspolitische Organisation unterschiedlich aussehen wird. Der EG-Bereich wird zweifellos auch auf sicherheitspolitischem Gebiet - ich spreche jetzt nicht von der Militärorganisation - mehr Gemeinsamkeiten aufweisen als der Teil, der mit der EG nur assoziiert sein wird.

Viel wichtiger ist mir aber ein zweiter Punkt; denn ich kann denen nicht einfach widersprechen, die die besorgte Frage stellen: Was geschieht eigentlich in der Sowjetunion? Gewiß, die alte Bedrohung gibt es nicht mehr. Aber müssen wir uns dort nicht auf Entwicklungen einstellen, die zu großen Unruhen führen können, ja sogar eine Auflösung der UdSSR nicht ausschließen? Reicht in diesen Fällen Helsinki als Antwort aus? Vielleicht kann unser polnischer Kollege uns sagen, was passiert, wenn die Ukraine in Bewegung gerät. Was wir gegenwärtig in den baltischen Staaten erleben, ist möglicherweise nur ein kleines Vorspiel zu dem, was sich in anderen Regionen der Sowjetunion noch ereignen kann.

Ich halte es also für legitim, sich darüber Gedanken zu machen und sich auch zu fragen, wie wir mit den neuen Herausforderungen der islamischen Welt umgehen sollen. In Frankreich beispielsweise blickt man besorgt auf Algerien, wo sich die Dinge in Richtung einer fundamentalistischen Herrschaft entwickeln können. Das wirft für Europa neue Sicherheitsfragen auf.

Dies alles veranlaßt mich zu sagen: Eine Auflösung der NATO steht jetzt nicht zur Debatte. Die NATO wird sich in den nächsten Jahren sicher wandeln; vielleicht ist sie eines Tages tatsächlich überholt. Aber es ist nicht Sache der Deutschen, heute zu sagen, da wollen wir nicht mehr mitmachen.

### **Dahrendorf**

Nach diesem intensiven deutsch-deutschen Dialog ist es jetzt an der Zeit, das immer wache größere Europa zu Wort kommen zu lassen und den Blick von außerhalb auf Deutschland zu wenden. Dabei müssen wir sicher auch den Zwei-plus-vier-Prozeß mit einbeziehen, der ja in direktem Zusammenhang mit der politischen Vereinigung der beiden deutschen Staaten steht.

### **Graf Ferraris**

Ich weiß nicht, wie es die anderen nichtdeutschen Teilnehmer hier sehen, aber ich, der ich viele Jahre in Deutschland gelebt und mich mit der deutschen Frage beschäftigt habe - in den letzten Monaten noch intensiver-, bin immer seltsam hin- und hergerissen. Auf der einen Seite sind wir immer versucht, die Deutschen zu bremsen, wenn sie zu weit gehen - und sie sind in der Geschichte manchmal zu weit gegangen, so daß wir sie nicht nur bremsen, sondern auch bekämpfen mußten-, und auf der anderen Seite müssen wir sie trösten und ihnen Mut machen, wenn sie in das andere Extrem verfallen, indem sie in großen Pessimismus versinken und damit alles noch schwieriger werden lassen, als es in Wirklichkeit ist. Ich frage mich manchmal, warum sie sich nicht normaler verhalten können, ohne große Überlegenheitsgefühle, aber auch ohne pessimistisch mit sich und der Welt zu hadern.

Zunächst sollten wir alle nicht vergessen, daß das, was in den letzten sechs Monaten geschehen ist, so unglaublich, so unvorhersehbar und so großartig gewesen ist, und Sie haben so viel erreicht, daß Sie mehr Zutrauen zu sich selbst haben sollten. Die Ereignisse der letzten Monate sind wirklich einmalig in der Geschichte eines Volkes.

Wie gewaltig die Veränderungen sind, die hier stattgefunden haben, wird beispielsweise an jemandem wie Herrn Modrow deutlich, mit dessen politischen Ansichten ich weder in der Vergangenheit noch heute übereinstimme, der aber mit dafür gesorgt hat, daß dieser Umbruch in der DDR ohne Blutvergießen abgelaufen ist, was ja für eine Revolution durchaus ungewöhnlich ist, und der zugleich daran beteiligt war, daß die politische Macht in diesem Lande einer neuen Klasse von Politikern übergeben wurde. Das alles sollte man als ein positives Beispiel erwähnen.

Es geschieht ja nicht das erste Mal in der Geschichte der Menschheit, daß sich verschiedene Teile eines Volkes vereinigen. Denken Sie etwa an Italien, das den gleichen Versuch 1861 unternommen hat, der allerdings, was viele nicht wissen, mit ungefähr 100000 Toten erkauft werden mußte. Es lassen sich unschwer weitere Beispiele in diesem Zusammenhang anführen.

Hier war die Rede davon, die Deutschen in der DDR müßten europäisch denken lernen. Das ist sicher richtig. Denn im Gegensatz zu den Westdeutschen, die seit 40 Jahren in die europäische Atmosphäre hineingewachsen sind, fehlt den Ostdeutschen diese Erfahrung.

Die Frage der Finanzierbarkeit ist sicher nicht das größte Problem. Die Deutschen sprechen ja sehr oft über Geld, was auch etwas übertrieben ist. Ich sehe nicht, daß irgendwann ein großes politisches Projekt am Geldmangel gescheitert wäre. Als Italiener kann ich das einfach so sagen; denn unser Haushalt befindet sich seit 1876 in den roten Zahlen, und wir haben trotzdem überlebt. Auch Sie sollten also mehr Vertrauen zu sich selbst haben. Die Bundesrepublik ist wirtschaftlich stark genug, um das zu schaffen. Ich halte auch die Wirtschaftskraft der DDR für größer, als mitunter der Eindruck erweckt wird. Die schwierige Phase in den nächsten zwei, drei oder vier Jahren ist doch relativ kurz, wenn man die Größe des gesamten Vorhabens bedenkt.

Die föderalistische Struktur der Bundesrepublik ist - das ist mehrfach erwähnt worden - zweifellos eines der wichtigsten Elemente, um die Nachbarländer zu beruhigen. Sie wissen, Herr Brandt, daß ich persönlich für die Beibehaltung Bonns als Hauptstadt eintrete, nicht weil Bonn schöner wäre als Berlin, sondern weil ich der Meinung bin, daß die föderalistische Struktur eine der besten Garantien dafür ist, daß ein vereintes Deutschland sich in Zukunft allen Versuchungen eines Strebens nach Hegemonie in Europa oder anderen Versuchungen enthält. Im Augenblick ist das ohnehin nicht aktuell - aber die Zeiten können sich ja auch wieder einmal ändern.

Herr Dahrendorf sagte zu Beginn, daß man den Deutschen in den Zwei-plus-vier Verhandlungen nicht irgendein Konzept aufzwingen dürfe, um sie gewissermaßen im Zaum zu halten. Das wäre in der Tat ein großer Fehler, was man beispielsweise mit der Erklärung von Straßburg Ende letzten Jahres versucht hat, als man zwar ja zur Wiedervereinigung sagte, damit jedoch zugleich ein großes Aber verband. Inzwischen ist man davon wieder abgerückt. Das hätte aber ganz schön schief laufen und negative Reaktionen bei den Deutschen hervorrufen können.

Ich meine, die Befürchtungen im westlichen Ausland, sogar der Engländer und der Franzosen, vor einer nationalistischen Wende in Deutschland sind vorbei. Niemand glaubt ernsthaft an eine nationalistische Gefahr aus Deutschland. Das gilt vor allem für die junge Generation. Mag sein, daß es

noch ein paar Ältere gibt, die die Vergangenheit vor Augen haben. Aber wir sollten hier keine Gespenster heraufbeschwören. Deshalb ist es auch wenig sinnvoll, immer wieder irgendwelche Garantien gegen die Deutschen zu fordern und von ihnen zu verlangen, daß sie sich anständig benehmen sollten, wenn keinerlei Gefahr in dieser Hinsicht besteht.

Ich bin auch dagegen, Frau Vollmer, nun ständig wieder über die Vergangenheit zu reden. Was geschehen ist, kann und darf man nicht vergessen, aber wir können die Deutschen nicht ständig wieder an ihre Vergangenheit erinnern. Besonders die Westdeutschen haben sich mit der Vergangenheit sehr intensiv auseinandergesetzt - die Ostdeutschen vielleicht weniger-, aber insgesamt besteht keine Veranlassung, dieses Thema immer von neuem aufzugreifen.

Was die NATO angeht, stimme ich all denen entschieden zu, die ein Verbleiben der Bundesrepublik in diesem Militärbündnis für selbstverständlich halten. Ich will dies jetzt nicht weiter begründen.

Natürlich sollte der Westen, wie Herr Schmidt sagte, die Sicherheitsprobleme der UdSSR in seine Überlegungen mit einbeziehen. Aber wir können uns nicht immerfort Gedanken darüber machen und versuchen, die Sowjetunion zu beruhigen. Sie hat ihre eigenen Probleme und wir die unseren. Gewiß befindet sie sich heute in einer schwierigen Lage, und wenn die Dinge so weitergehen, werden die Russen noch feststellen, daß sie eigentlich alles, was sie im Zweiten Weltkrieg gewonnen haben, jetzt wieder verlieren.

Ich halte es aber für wichtiger, daß wir unsere Strukturen weiterentwickeln und nicht die ganze Zeit über die Sorgen der Sowjetunion nachdenken. Worauf es ankommt, ist, die Integration Europas voranzubringen, Osteuropa dabei mit einzuschließen und den neugewonnenen Frieden in Europa zu bewahren. Das alles ist schon eine sehr komplizierte Aufgabe.

Lassen Sie mich zum Abschluß noch eines betonen, daß ich der Meinung bin, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten sollte so schnell wie möglich durchgezogen werden. Jedes Hinauszögern, jede Verlangsamung dieses Prozesses wäre für Europa verheerend.

Die Deutschen sind ja ganz nette Leute, aber sie machen alle Dinge für ihre Freunde immer so schwierig. Nun verschafft ihnen die Geschichte die Gelegenheit zur Wiedervereinigung, und wir anderen Europäer haben uns mit dem Gedanken an ein vereintes Deutschland abgefunden, das der Europäischen Gemeinschaft und der NATO angehört - mit allen möglichen Garantien den anderen gegenüber-, aber nun sollten wir es auch sobald wie möglich hinter uns haben. Wir haben es allmählich satt, immerzu über die deutsche Frage zu reden und das seit über 200 Jahren. Deshalb wäre es gut, wenn die Deutschen ihre Vereinigung durchführten, dann brauchten wir wenigstens nicht mehr darüber zu reden.

Ich würde es für außerordentlich problematisch für Europa halten, wenn wir jetzt noch weiter mit den Deutschen über die Deutschen reden müßten, weil sie Schwierigkeiten mit ihrer Vereinigung haben. Natürlich sollte man den Deutschen möglichst helfen, mit diesen Schwierigkeiten fertig zu werden, ist es doch das erste Mal in der europäischen Geschichte, daß die Einheit der deutschen Nation mit Europa und nicht gegen Europa stattfindet.

Mein letzter Satz: Liebe deutsche Freunde, seid etwas mutiger und etwas optimistischer. Es geht besser, als Sie denken.

## **Wiatr**

Ich bin davon überzeugt, daß den Deutschen die Vereinigung gelingen wird, was aber keineswegs bedeutet, daß es auch die anderen ehemaligen realsozialistischen Länder schaffen werden, sich den europäischen Bedingungen anzupassen.

Über das traditionelle polnische Verhältnis zum deutschen Problem will ich mich hier nicht äußern; darüber ist in den vergangenen Jahrzehnten so viel gesprochen worden in Politik, Wissenschaft und Publizistik, daß dazu nicht viel Neues zu sagen ist. Mich interessiert vielmehr die Frage: Was bedeutet die deutsche Vereinigung für die polnische Souveränität? Ich komme direkt von einer außenpolitischen Debatte des polnischen Parlaments, wo ein Abgeordneter die These formulierte: Die deutsche Vereinigung gibt uns Hoffnung auch für unsere Souveränität. Ich interpretiere diesen Satz so, daß Polen dadurch an die westeuropäischen Länder und Gesellschaften näher heranrückt. Auch die DDR-Bürger werden auf einmal entdecken, daß Frankreich ihr Nachbar ist, so wie die Bürger des Saarlandes feststellen werden, daß auch die Polen zu ihren Nachbarn gehören.

Eines steht für mich jedenfalls fest: Wenn der DDR dieser Anpassungsprozeß an die Bundesrepublik nicht gelingen sollte, werden auch die übrigen ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten scheitern, näher

an Westeuropa heranzurücken. Doch ich bin ganz sicher, daß die deutsche Vereinigung erfolgreich sein wird.

Da stellt sich dann die Frage: Welche Erbschaft bringt Osteuropa für diesen Anpassungsprozeß mit? Auf jeden Fall große Hoffnungen der osteuropäischen Völker, die sich in den letzten Monaten sehr spontan und symbolträchtig artikuliert haben. Osteuropa bringt aber auch ungeheure Probleme mit, die in den westeuropäischen Gesellschaften nahezu unbekannt sind. Ich denke zum Beispiel an die unbewältigte Vergangenheit, ein Begriff, den man in Europa nur im Hinblick auf Deutschland und die deutsche Vergangenheit verwendet hat. Wenn man aber aus der polnischen Perspektive in den letzten Monaten unser Verhältnis zu Nachbarländern wie Ukraine, Weißrußland, Tschechoslowakei, Litauen betrachtet, wird klar, wie viele ungelöste Probleme noch vor uns stehen, wie viele negative nationale Stereotypen und potentielle Konflikte uns belasten.

Mit dieser Erbschaft also tritt unsere Region in den Prozeß der europäischen Vereinigung ein. Das ist ein wichtiger Aspekt neben den ökonomischen Problemen, mit denen er aber durchaus zusammenhängt.

Natürlich sind unsere wirtschaftlichen Probleme enorm und mit ungeheuren sozialen Kosten verbunden. Wir sind ja in Polen einige Monate weiter in unserer Entwicklung als die DDR. Seit dem 1. Januar 1990 läuft bei uns das sogenannte Balcerowicz-Programm zur Sanierung unserer Wirtschaft, und die ersten sozialen Auswirkungen zeigen sich bereits und werden bis zum Ende des Jahres verstärkt sichtbar werden. Niemand kann genau sagen, wie hoch die Arbeitslosenzahlen am Ende sein werden: 1,5 Millionen oder sogar 3 Millionen? Kein Mensch ist imstande, das heute abzuschätzen - so wie auch vor zwei Jahren kaum jemand die Entwicklung in Europa voraussagen konnte.

Wie soll eine vernünftige politische Lösung dieser sozialen Probleme aussehen? Ich denke, das wird sehr schwerfallen, und ich befürchte, daß man das Heil eher in nationalistischen Parolen als in rationalen politischen Argumenten suchen wird. Darin sehe ich eine erhebliche Gefahr gerade auch für die Entwicklung der Demokratie in Polen. Daß wir inzwischen in institutioneller Hinsicht einen großen Sprung in Richtung Demokratie gemacht haben, bedeutet nicht, daß wir es schon mit einem funktionierenden demokratischen System zu tun haben.

Der Mangel an Normen der politischen Kultur ist überall spürbar, auch auf der Ebene der neuen politischen Eliten, nicht zu reden von der politischen Basis. Unser pluralistisch zusammengesetztes Parlament ist ja erst einige Monate im Amt, und wir müssen die Erfahrung machen, wie schwer es ist, eine entsprechende politisch-demokratische Kultur aufzubauen. Das wird noch eines langen Erfahrungsprozesses bedürfen, bevor unser Parlament, das ja noch nicht einmal im vollen Sinne demokratisch gewählt wurde, eine solche Kultur herausbilden kann.

Die nationalen Probleme belasten auch unsere innenpolitische Entwicklung, ähnlich wie dies sehr stark in der Sowjetunion der Fall ist. Und zweifellos werden die Ereignisse in Litauen oder in der Ukraine sich auch auf das politische Bewußtsein und die politische Entwicklung in Polen auswirken.

Von daher ist eine erfolgreiche deutsche Vereinigung eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Erfolg unserer Länder. Dabei haben die Deutschen in der DDR den ungeheuren Vorteil, daß sie für ihren politischen und wirtschaftlichen Anpassungsprozeß an Europa über einen großen Sponsor verfügen, nämlich die Bundesrepublik. All die anderen osteuropäischen Länder müssen ohne einen solchen Sponsor auskommen. Das weiß ich noch aus meiner wissenschaftlichen Tätigkeit, daß man bei großen Projekten immer einen Sponsor braucht. Und das, was wir gegenwärtig unternehmen, ist weit mehr als ein wissenschaftliches Experiment - mit Ungewissem Ausgang.

### **Graf Ferraris**

Was verstehen Sie unter einem Erfolg der Wiedervereinigung Deutschlands?

### **Wiatr**

Ich will das nicht näher definieren. Jedenfalls spielen dabei nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche und soziale Fragen eine große Rolle.

### **Lendvai**

Ich spreche hier ad personam, als ein Mensch ungarischer Herkunft österreichischer Staatsbürgerschaft, der sich mit den Fragen, die hier zur Diskussion stehen, zum Teil aktiv, während der Zeit, als ich in Ungarn lebte, zum Teil "passiv" als publizistischer Beobachter seit über 30 Jahren beschäftigt.

Ich glaube, man unterschätzt das Ausmaß an geistiger, moralischer, wirtschaftlicher Verwüstung in den früher sogenannten sozialistischen Ländern. Die Deutschen sind ja bekannt für ihre Gründlichkeit, und entsprechend wurde dieses System in der DDR in besonderer Weise praktiziert. Das macht es für die Menschen hier noch schwieriger, weil sich da sehr viel sozialpsychologischer Sprengstoff angesammelt hat. Das zeigt sich auch in dieser Diskussion, wenn Personen zwar die gleiche Sprache sprechen und dennoch gewissermaßen aus verschiedenen Welten stammen.

Das Thema lautet: "Wie geht es weiter mit den Deutschen in Europa?" Man könnte hinzufügen: Wie gehen die Deutschen miteinander um, die Westdeutschen mit den DDR-Deutschen, die DDR-Deutschen mit den Westdeutschen, und wie geht Europa mit den Deutschen um? Mich erinnert das so ein wenig an eine Art sublimierten Klassenkampf auf deutsch, wenn hier beispielsweise das Thema Währungsumtausch angesprochen wird, so wie Herr Späth es ganz unmißverständlich zum Ausdruck gebracht hat.

Ich will nicht unerwähnt lassen, daß nach meiner Einschätzung manche Probleme der deutschen Vereinigung von Bonn aus verursacht wurden, indem unbedachte Erklärungen des Bundeskanzlers und von Regierungsmitgliedern einer Destabilisierung der DDR Vorschub geleistet haben.

Möglicherweise, verehrter Herr Bischof, gibt es in der DDR mehr Verständnis für die osteuropäischen Völker und deren Kultur. Aber - und da halte ich mich an Dürrenmatt, der einmal gesagt hat, wir Schriftsteller haben nicht positiv, sondern ehrlich zu sein - die DDR war nie beliebt im sogenannten sozialistischen Block und ist es auch heute nicht. Vormals war die DDR der Zuchtmeister, der alles am besten ausführte, der Loyalste, Verlässlichste, und heute wird die DDR von vielen als privilegiert betrachtet. Das ist nicht eine Frage der gleichen Sprache, sondern wer macht sich denn ernsthaft Gedanken darüber, was die Ungarn, die Polen, die Tschechen oder die Slowaken an Unterstützung haben müßten?

Es ist schon möglich, Graf Ferraris, daß die anderen die Diskussion um die deutsche Frage satt haben, aber es gibt auch viel Mißtrauen gegenüber dieser deutschen Entwicklung, selbst in Österreich. Natürlich darf man nicht versuchen, die Deutschen in eine Art Käfig zu stecken, um sicherzustellen, daß sie nicht wieder zu weit gehen. Damit würde man eben die Gefahr heraufbeschwören, die man gerade vermeiden will. Aber dieses Mißtrauen ist ein Politikum ersten Ranges, mit dem man rechnen muß.

Das ist auch keine Frage, immer wieder die Vergangenheit hervorzuholen, sondern es geht um diese Mischung aus mangelnder Empfindungsfähigkeit und Arroganz, mit der Persönlichkeiten aus der Bundesrepublik, nicht nur Politiker, auch die Medien, mitunter mit der DDR und mit Osteuropa umgehen. Ich brauche mir nur einige Leitartikel in gewichtigen bundesdeutschen Zeitungen und Zeitschriften anzusehen, die in einem Stil geschrieben sind, als wolle man den anderen Lektionen erteilen, was verständlicherweise kein gutes Echo findet. Das wird einem sehr bewußt, wenn man hier in der DDR mit den Menschen spricht, die ja nichts dafür konnten, daß sie jahrzehntelang in einem solchen System leben mußten, und die auch bestimmte Werte geschaffen und vertreten haben. Wir sollten sehen, daß dies eine nackte, verwundbare Gesellschaft ist.

Hinzu kommt, daß in allen osteuropäischen Ländern, vor allem in der DDR, große Erwartungen geweckt wurden, die nicht so schnell erfüllt werden können. Daraus resultiert eine enorme Angst in Osteuropa. Daß Herr Genscher dem ungarischen Außenminister Hörn kurz vor seiner Ablösung noch eine hohe Auszeichnung verliehen oder daß Herr Späth Ungarn einen 500-Millionen-D-Mark-Kredit verschafft hat, ändert nichts daran, daß man davon ausgeht, die Bundesrepublik werde sich in erster Linie mit der DDR beschäftigen - dann kommt lange nichts; dann folgt aus historischen Gründen Polen, und wann die Ungarn, Tschechen, Russen oder Bulgaren drankommen, steht auf einem anderen Blatt.

Außerdem zeigt sich eine nicht ganz ungefährliche deutsche Dynamik, die das in den östlichen Ländern entstandene Vakuum auf eigene Weise auszufüllen beginnt. Daß in Österreich heute zwei Drittel der Zeitungsauflagen von deutschen Konzernen kontrolliert werden - WAZ, Springer etc. - gehört vielleicht nicht zum Thema; aber daß jetzt in Ungarn 16 große Provinzzeitungen, die früher der kommunistischen Partei gehörten, von Springer sehr geschickt ohne jegliche Investition übernommen wurden, gehört ganz sicher zum Thema. Und daß deutsche Geschäftsleute sich vor frühkapitalistischen Methoden nicht scheuen, trifft nicht nur auf die DDR zu. Beispiele dafür gibt es auch in Ungarn und in Polen.

Herr Modrow erwähnte die Verpflichtungen der DDR gegenüber den anderen Ländern des COMECON. Ich würde ihm da insofern widersprechen, als dieser Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe de facto tot ist. Ungarn und Polen zum Beispiel haben ihre Exporte in diesen Bereich stark

eingeschränkt. Da es keine marktgerechten Preise, keine Konvertibilität der Währungen gibt, kommen viele Lieferungen in Wirklichkeit zinsfreien Krediten gleich. Eine wirtschaftliche Integration läßt sich im Grunde nur auf zweierlei Weise vollziehen, entweder von oben in Form von supranationalen Weisungen, wie Chruschtschow das wollte, oder durch den Markt. Es bleibt zu hoffen, daß auch die Sowjetunion früher oder später zu marktgerechten Preisen übergehen wird.

Eine große Gefahr für die weitere Entwicklung sehe ich, wie Herr Wiatr, in der Tatsache, daß in ganz Mittel- und Osteuropa - und das trifft auch auf Deutschland zu die Politik nicht humanisiert, sondern nationalisiert wird. Es geht in Wirklichkeit gar nicht um Kapitalismus oder Sozialismus, sondern um eine Doppelgleisigkeit: einerseits Öffnung nach dem Westen - alle wollen mit der Bundesrepublik und den anderen westlichen Staaten Handel treiben;- , andererseits eine gewisse nationalistische Abkapselung. Diese Gespenster der Vergangenheit sind leider vorhanden, und sie spielen eine erhebliche Rolle. Deshalb stimme ich denen zu, die hier eine Wechselwirkung sehen zwischen der Entwicklung in Deutschland und dem, was in Osteuropa passiert. Wenn es den Deutschen gelingt, ihre Probleme auf eine zivilisierte Art und Weise zu lösen, wird sich das auch auf die Entwicklung in Osteuropa positiv auswirken.

Aber ich füge hinzu: All dies wird um so schwieriger, je weiter der Zerfallsprozeß in der Sowjetunion fortschreitet. Insofern darf die Bedeutung der deutschen Frage für die Sowjetunion nicht unterschätzt werden. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß Gorbatschows Spielraum in der Außenpolitik eingeengt wird und daß der Einfluß des Militärs gewachsen ist. Und was beispielsweise mit den 360000 sowjetischen Soldaten in der DDR geschehen soll, ist ebenfalls eine wichtige Frage in den innersowjetischen Auseinandersetzungen.

### **Le Gloannec**

In der Frage der deutschen Einigung würde ich mich eher dem Optimismus von Graf Ferraris anschließen als den Bedenken von Herrn Lendvai. Natürlich gibt es noch viel Unsicherheit, auch Konfusion, wie hier gesagt wurde. Aber das ist doch ganz normal in einer Situation, in der niemand genau weiß, was die nächsten Monate und Jahre tatsächlich bringen werden. Das ist übrigens nicht nur in Deutschland so, sondern genauso in den anderen Ländern.

Niemand kann zum Beispiel genaue Zahlen nennen, wenn es um die Finanzierbarkeit geht; denn alle Zahlen und Statistiken, über die man verfügt, sind sowieso falsch. Man kann Schätzungen geben, aber die sind auch alle sehr unterschiedlich.

Die Finanzierbarkeit ist ohnehin nur die eine Seite der Sache. Die andere Seite betrifft die Psychologie: Wie werden die Menschen in der DDR ab dem 2. Juli sich verhalten? Werden sie Zutrauen und Mut gewinnen und sich entsprechend an die Arbeit machen, oder werden sie eher verängstigt und mutlos reagieren? Das hängt von schwer greifbaren Dingen ab, von Stimmungen etwa, die sich kaum kalkulieren lassen.

Insgesamt bin ich aber sehr beeindruckt von der Art und Weise, wie dieser Einigungsprozeß in Deutschland vor sich geht, wie darüber debattiert wird, auch wenn es mitunter zu harten Auseinandersetzungen zwischen den Deutschen aus beiden deutschen Staaten kommt. Aber durch diese Diskussionen scheint doch so etwas wie ein Konsens zu entstehen. Es werden die verschiedenen Interessen artikuliert und auch Frustrationen ausgedrückt, die damit aber für jedermann offengelegt werden.

In Fragen wie Artikel 23 oder in bezug auf die Währungsunion bildet sich zumindest unter den politischen Eliten in beiden deutschen Staaten allmählich ein Konsens heraus, obwohl in der Bundesrepublik ein großer Teil der öffentlichen Meinung diesen Vorschlägen anscheinend nicht zustimmt.

Mich beeindruckt auch, wie demokratisch dieser Prozeß abläuft in Form von Wahlen und öffentlichen Debatten. Gewiß, in den Wahlkampagnen ist auch viel Demagogie mit im Spiel. Aber es wird doch deutlich, daß die Interessen beider Seiten Berücksichtigung finden, wenn im Dezember der Bundestag neu gewählt wird und dann im nächsten Jahr gesamtdeutsche Wahlen stattfinden. Das alles finde ich sehr positiv, und da brauchen wir, glaube ich, nicht erst einige Jahrzehnte abzuwarten, um zu erkennen, daß der Prozeß der deutschen Wiedervereinigung beispielgebend für ganz Europa ist.

In einem zweiten Aspekt bin ich viel pessimistischer und knüpfe dabei an die Befürchtungen von Frau Vollmer an, was etwa die sozialen Spannungen angeht, die durch die zu erwartende Arbeitslosigkeit in der DDR entstehen können. Denn wie will man verhindern, daß diese Arbeitslosen dann den bundesdeutschen Markt überschwemmen?



Das andere ist ein europäisches Problem. Die Armutsgrenze an der Oder-Neiße-Linie gibt es schon seit geraumer Zeit. Seit Jahren leben die DDR-Bürger besser als die Menschen in Polen. Diese Schere wird zweifellos noch weiter auseinandergehen, weil, wie Herr Wiatr zu Recht gesagt hat, die DDR über einen Sponsor verfügt, die Bundesrepublik, der den anderen östlichen Völkern fehlt. Die werden deshalb gegenüber der DDR noch weiter zurückfallen. Wie soll man diesem Problem begegnen? Gewiß könnte sich die EG diesen Ländern gegenüber wirtschaftlich öffnen und dort Investitionen tätigen. Aber wie verhält man sich gegenüber den Menschen, die ihre Länder verlassen und in den europäischen Markt hinein wollen?

Ein weiterer Punkt betrifft die Konkurrenz zwischen dem Süden und dem Osten. Herr Späth hat zwar vorhin gesagt, eine derartige Konkurrenz gebe es nicht; kein Unternehmen denke etwa an Desinvestitionen. Aber das ist nur ein Teil der Wahrheit. De facto besteht zwischen den südlichen und den östlichen Ländern eben doch ein Wettbewerb, beispielsweise in bezug auf den Regionalfonds, wenn ich nur an die DDR und Portugal denke. Aber das betrifft auch die Emigranten aus den südlichen Ländern Europas, ganz zu schweigen von denen aus Nordafrika - im Vergleich zu den Osteuropäern. Das heißt, die sozialen Spannungen und die Nationalitätenprobleme entstehen nicht nur in Osteuropa, sondern auch im Westen Europas.

In dem Zusammenhang möchte ich nur kurz die Frage der deutschen Staatsbürgerschaft ansprechen, ein Thema, das auch in der Bundesrepublik kontrovers behandelt wird. Mein Eindruck ist, daß diese Staatsbürgerschaft mehr auf dem Gedanken der Nation als auf dem der Demokratie fußt. Dies sollte bei der Diskussion über das Grundgesetz verbessert werden.

Abschließend nur noch einige Fragen. Wie wird das künftige Sicherheitssystem in Europa aussehen? Vielleicht sollte man besser von Sicherheitssystemen sprechen mit systemübergreifenden und systemimmanenten Institutionen. Dazu gehört die Zukunft der NATO genauso wie die Frage, ob es eine eigene Sicherheitsdimension der EG geben soll. Mit welchen Mitteln will man überhaupt die Sicherheit in Europa gewährleisten? Und wer entscheidet darüber, was wann geschieht? Welche Rolle soll dabei die Sowjetunion spielen? Wenn man eine systemübergreifende Struktur befürwortet, dann muß gleichzeitig gewährleistet sein, daß die Sowjetunion nicht eine Art Vetorecht im Hinblick auf die Sicherheit der westeuropäischen Länder erlangt.

## Ash

Ich bin richtig froh, daß wir hier über so einfache Fragen diskutieren wie: "Wie geht es weiter mit den Deutschen in Europa?", anstatt uns mit den wirklich schwierigen Fragen zu beschäftigen, zum Beispiel: "Wie geht es weiter mit den Briten in Europa?"

Aber die Diskussion der deutschen Frage hat jetzt nun einmal Vorrang. Ich meine, der Satz von Horst Teltschik: "Der Schlüssel zur deutschen Einheit liegt in Bonn", war nicht ganz falsch, und man könnte hinzufügen: Der Schlüssel zur europäischen Einheit liegt in Deutschland. In der Tat halte ich es in diesem geschichtlichen Moment für die wichtigste Frage, was die Deutschen selber wollen. Das dürfte, wenn man genau hinsieht, sogar für die Sicherheitspolitik zutreffen.

Es ist sicher auch richtig, wie hier verschiedentlich gesagt wurde, daß die Ereignisse in diesen Monaten das Bild eines neuen Deutschlands in der Welt entscheidend prägen werden. Ich spreche bewußt von Monaten; denn bis vor wenigen Monaten haben sich große Teile der Weltöffentlichkeit zu Deutschland überhaupt keine Gedanken gemacht. Und das wird auch in kurzer Zeit wieder so sein; denn es gibt in der Welt nicht nur Deutschland, sondern auch noch einige andere Probleme. Deshalb kommt es darauf an, wie das Bild aussieht, das sich die Welt in diesen Monaten von jenem neuen Deutschland macht.

In dem Zusammenhang ist, so meine ich, schon sehr viel Porzellan zerschlagen worden, und zwar dadurch, daß diese wichtige außenpolitische Frage zum Spielball der Parteipolitik geworden ist, was angesichts des permanenten Wahlkampfes in diesem Jahr nicht weiter verwunderlich ist, zumal in der Bonner Politik auch früher schon der Fall gewesen ist, daß außenpolitische Themen auf diese Weise in die Innenpolitik hineingezogen wurden. Das mag bei früheren Ereignissen nicht so schlimm gewesen sein, jetzt aber, nach dem 9. November 1989, wo es um die einzigartige Chance der deutschen Einheit geht, wirkt sich dieses Verhalten katastrophal aus. Ich denke dabei nicht nur an die britische und französische Öffentlichkeit, sondern auch und vor allem an die polnische öffentliche Meinung. Ich bin in der Tat der Meinung, daß hier eine große Chance für einen neuen Anfang zwischen Deutschland und Polen ziemlich verpaßt wurde.

Herr Brandt hat erfreulicherweise immer wieder sehr klar die deutschen nationalen Interessen angesprochen. Normalerweise reden deutsche Politiker und Meinungsbildner sehr viel über

europäische Interessen und über die Interessen manch anderer Länder, aber lassen die nationalen Interessen quasi außen vor. Das Verschweigen von nationalen Interessen erhöht indes nicht die Glaubwürdigkeit, besonders nicht in der jetzigen Situation.

40 Jahre lang, zumindest seit dem Mauerbau, erhielt man auf die Frage nach den nationalen Interessen der Deutschen die einfache Antwort: Die Überwindung der deutschen Teilung. Es war, wie Brecht einmal gesagt hat, das Einfache, das schwer zu machen ist. Nun, diese Antwort war ja auch recht überzeugend. Heute aber müssen wir die Frage stellen: Welches sind denn nun die deutschen Interessen nach Überwindung der Teilung? Dazu hätte ich gern eine klare Aussage und nicht so eine allgemeine Harmonisierungsrhetorik, bei der immer so getan wird, als ob sich die deutschen Interessen stets in vollem Einklang mit den Interessen aller ihrer Nachbarn und den europäischen Interessen befinden würden.

Herr Wiatr, Herr Lendvai und Frau Gloannec haben zu Recht darauf hingewiesen, daß die größten Probleme und die gefährlichsten Minenfelder in der nächsten Zeit in Mitteleuropa liegen werden, und zwar weniger in den zwischenstaatlichen als vielmehr in den zwischenmenschlichen Beziehungen, genauer in den innen- und zwischengesellschaftlichen Nationalitätenkonflikten. Das trifft für ganz Ost- und Mitteleuropa zu. In Deutschland gibt es dieses Problem in einer etwas mildereren Version, nämlich in Form der Ausländerfeindlichkeit, die im Wachsen begriffen ist und sich besonders in der DDR gegen die Polen richtet.

Nun muß man sich darüber im klaren sein, daß der jetzige Umstellungsschock, verbunden mit einer erheblichen Arbeitslosigkeit, diese Konflikte nicht gerade mildert. Im Gegenteil, da sehe ich ein großes Problem auf Deutschland zukommen, das auch das Bild des neuen Deutschland in der Außenwelt beeinflussen wird. Hier, so meine ich, besteht eine große Herausforderung nicht zuletzt für die Kirchen und auch für die angeblich stotternden und schweigenden Intellektuellen, eine Art moralischer und geistiger Führung auszuüben.

Das wird natürlich wenig bewirken, wenn das wirtschaftliche Gefälle zwischen Deutschland und Ost-Mitteleuropa immer größer wird. Ich habe mich kürzlich auf beiden Seiten der Oder-Neiße-Linie aufgehalten. Dies ist in der Tat heute eine Armutsgrenze; aber diese Armut herrscht heute noch auf beiden Seiten, wenn man am westeuropäischen Standard mißt. In dem Augenblick jedoch, wo die Wirtschaft der DDR zu florieren beginnt, dank bundesdeutscher Sponsorenschaft, wird aus der Oder-Neiße-Linie nicht eine neue Ost-West- sondern eine Nord-Süd-Grenze. Da braucht es nicht viel Phantasie, um sich auszumalen, welche schwierigen zwischenmenschlichen und zwischengesellschaftlichen Probleme sich dann ergeben werden.

Mit anderen Worten: Ich glaube nicht, um ein Wort von Thomas Mann aus dem Jahre 1937 zu zitieren, daß Deutschland seinen Frieden mit sich selbst und der Welt finden kann, wenn es nicht gelingt, zumindest auch diesem östlichen Mitteleuropa die Rückkehr nach Europa zu ermöglichen. Das heißt, die eigentliche Herausforderung besteht schon heute nicht nur darin, wie man den 16 Millionen Deutschen in der DDR auf ihrem Wege von einem Unrechts- zu einem Rechtsstaat, von der Diktatur zur Demokratie, von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft, sondern wie man 76 Millionen Ost-Mitteleuropäern helfen kann.

Ralf Dahrendorf hat die verschiedenen Ungleichzeitigkeiten erwähnt. Aber hier gibt es auch eine große Gleichzeitigkeit, nämlich die Tatsache, daß Deutsche, Polen, Ungarn, Tschechen, Slowaken und so weiter gleichzeitig begonnen haben, diesen Weg zu beschreiten. Ich meine, die einmalige Chance sollten wir unbedingt nutzen.

### **Graf Ferraris**

Wollen Sie also die Nord-Süd-Grenze lieber zum Bug verschieben, also an die Grenze zwischen Polen und Rußland oder Litauen?

### **Ash**

Ich meine, man muß erst einmal gehen können, bevor man zu laufen anfängt. Ich gebe Ihnen völlig recht, wenn man in längerfristigen Kategorien denkt, sollte sich diese europäische Gemeinschaft mindestens auch für den europäischen Teil der Sowjetunion offenhalten.

Nur, die Frage des östlichen Mitteleuropas stellt sich jetzt unmittelbar. Denn diese Staaten haben sich bereits auf den Weg gemacht. Diese Chance besteht heute schon und nicht erst in, sagen wir, zehn Jahren. Und ich füge hinzu: Westeuropa dürfte durchaus in der Lage sein, diesen 76 Millionen Europäern Unterstützung zu geben. Es wäre aber mit Sicherheit überfordert, nun auch noch der Perestroika in der Sowjetunion zum Erfolg zu verhelfen.

## Heimsoeth

Der Optimismus, mit dem unsere ausländischen Freunde die Frage beantwortet haben, wie es weitergeht mit den Deutschen in Europa, hat mich gefreut, aber ich bin doch etwas skeptischer. Können wir wirklich sagen, Nationalismus sei zwar ein Problem für Ungarn, Rumänen, Slowaken oder Polen, aber nicht für die Deutschen? Ich bin mir da keineswegs sicher. Wissen wir, wie anfällig die Deutschen in dieser Hinsicht sein werden? Wie unser Volk auf die wiedergewonnene nationalstaatliche Identität, aber auch auf die sozialen Spannungen, von denen hier viel die Rede war, reagieren wird?

Vorsichtiger wäre ich auch bei der Beantwortung der Frage, wo der Schlüssel zur Lösung des deutschen Problems liegt. Vielleicht haben die Deutschen den Schlüssel, aber er muß auch in das dazugehörige Schloß passen. Und wie dieses Schloß aussieht, bestimmt die Sowjetunion maßgeblich mit. Wir erleben ja gerade am Beispiel Litauen, was passiert, wenn Gorbatschow an eine bestimmte Grenze gerät. Ich weiß nicht, ob wir gut beraten sind, die Grenzen Gorbatschows in der deutschen Frage bis zum letzten auszuloten.

Warum sollte es nicht möglich sein, alternative Denkmodelle zu entwickeln, die ja nicht den Verzicht auf die NATO beinhalten müssen, aber vielleicht über die NATO hinausführen. Zugegeben, die KSZE verfügt bisher über keinerlei Sicherheitsstrukturen. Aber sie bietet immerhin einen Ansatzpunkt in dieser Richtung.

Wenn man von den Deutschen in Europa spricht, dann geht es aber nicht nur um Strukturfragen, sondern vor allem auch um Nachbarschaftsverhältnisse. Da kann ich nur unterstreichen, was Herr Garton Ash gesagt hat. Es kommt entscheidend darauf an, daß die Grenze zu Polen kulturell und ökonomisch zu einer europäischen Grenze wird. Das erfordert auch einiges von polnischer Seite, beispielsweise zu akzeptieren, daß Schlesien und die anderen ehemals deutschen Gebiete auch eine deutsche Vergangenheit haben. Von unserer Seite wird wichtig sein, nicht nur durch eine eindeutige Garantie der bestehenden Grenzen Vertrauen zu schaffen, sondern auch mitzuhelfen, die wirtschaftlichen Disparitäten an dieser Grenze abzubauen. Ein zu großes wirtschaftliches Gefälle könnte zu zusätzlichen Spannungen führen, und es liegt in unserem Interesse, dem durch Regionalförderung und ähnlichem entgegenzuwirken. Den Beziehungen zu Polen muß gerade wegen der vielfachen Problematik dieser Grenze besondere Bedeutung zugemessen werden.

## Stürmer

Zunächst die Bemerkung eines Historikers, der kein Theologe ist. Es wurde gesagt, die Ostdeutschen hätten das kürzere Los gezogen. Da muß man aber hinzufügen, daß Ostpreußen und Schlesien das schwarze Los gezogen haben. Wenn wir jetzt anfangen, solche Betrachtungen anzustellen, dann sollten wir uns auch eingestehen, daß diese Frage im Grunde nur unter Hinweis auf die Tyche der Griechen oder auf den Willen Gottes zu beantworten ist, wenn man nicht gar davon reden wollte, die Betroffenen seien selbst Schuld an ihrem eigenen Schicksal gewesen. Alles keine sehr erbaulichen Antworten. Solche Überlegungen führen ins Uferlose. Die Geschichte ist keine moralische Anstalt. In den meisten Fällen ist sie chaotisch oder grausam oder beides.

Damit aber zum eigentlichen Thema "die Deutschen in Europa". Wir haben im ersten Teil unserer Debatte sehr viel von den Deutschen gesprochen und reden jetzt von Europa. Die deutsche Einheit ist natürlich Teil eines weltpolitischen Prozesses, der sich im innerdeutschen und im EG-Bereich mit einer gewissen Beherrschtheit steuern läßt. Gott schütze uns vor unserem eigenen Pessimismus. Wenn die Alternative ist, entweder zwei Prozent mehr Inflation in der Bundesrepublik hinzunehmen oder die DDR verkommen zu lassen, dann kann die Antwort nicht zweifelhaft sein, zumal unsere italienischen, englischen oder französischen Nachbarn bei vergleichbarer Inflationsrate jederzeit stolz von absoluter Stabilität sprechen würden. Wir sollten uns also in dieser weltpolitisch einmaligen Situation nicht wie eine Nation von Krämern verhalten. Bei aller Verehrung für die Bundesbank mit ihren Sorgen um Inflation, man muß Prioritäten setzen, damit wir nicht eines Tages gewogen und zu leicht befunden werden, weil wir eine einzigartige Gelegenheit nicht nutzen.

Die Situation bleibt auch so schwierig genug. Ich will Sie nur auf den äußeren Rahmen aufmerksam machen. Wir müssen es bis zum Ende dieses Jahres erreichen, unter die Zwei-plus-vier-Verhandlungen die Unterschriften zu bekommen. Gleichzeitig müssen CFE I oder VKSE I, das heißt die Wiener Verhandlungen, unterschriftsreif sein. Beides muß ineinandergreifen. Danach beginnt dann eine ganz neue Phase der konventionellen Rüstungskontrolle. Aber schon heute müssen wir wissen, worauf Wien II in einem bestimmten Punkt hinausläuft: dem der sowjetischen Militärpräsenz in Mitteleuropa. Es muß am Ende von "Zwei-plus-Vier" unterschrieben sein, daß zu einem bestimmten absehbaren Zeitpunkt kein Sowjetsoldat mehr in Deutschland steht. Auf keinen Fall sollten wir in die

Zwei-plus-vier-Verhandlungen zu viel hineinpacken. Es kann da nur um Abwicklung des Zweiten Weltkriegs gehen und möglichst nicht um mehr. Das Thema der sowjetischen Stationierungstruppen gehört in den großen VKSE-Rahmen; andernfalls gerät Deutschland in eine recht singuläre Position, die weder für unsere noch die Psyche der anderen gut ist.

Des weiteren müssen entscheidende Fortschritte in der Europäischen Union erreicht werden. Die Europäer wollen wissen, wie es nach dem Fall der Mauer mit Europa weitergeht. Natürlich müssen diese Verhandlungszüge nicht alle gleichzeitig in den weltpolitischen Bahnhof einfahren, aber es sind die Fahrpläne zu entwickeln und aufeinander abzustimmen. Denn wir haben es hier mit Prozessen zu tun, die nach Geschwindigkeit und Kontrollierbarkeit, Beherrschbarkeit und Vorhersagbarkeit außerordentlich unterschiedlich sind.

Dazu gehört dann auch eine Einigung unter den Deutschen, vor allem im internationalen Bereich, über die künftige Bündniszugehörigkeit. Herr Berghofer hat gesagt, die DDR müsse europäisch denken lernen; das gilt aber für uns alle. Und diejenigen, die es bereits gelernt haben, dürfen es bitte nicht wieder vergessen. Mitunter konnte man in dieser Diskussion den Eindruck gewinnen, wir seien dabei, eben dies zu tun.

Es sollte auch nicht übersehen werden, daß die Europäische Gemeinschaft keinen eigenen Sicherheitsrahmen hat und daß es außerordentlich schwierig sein dürfte, einen solchen zu entwickeln. Das bedeutet, der Sicherheitsrahmen für die Europäische Gemeinschaft ist nach wie vor die NATO. Wenn wir also die EG wollen, und das ist gar keine Frage, dann müssen wir auch die NATO wollen.

Die NATO, da kann ich nur wiederholen, was Herr Brandt gesagt hat, mag ja an manchem schuld sein, aber sie ist weder für die Mauer noch für deren Folgen verantwortlich. Sie hat vielmehr in ihren Gründungsaufgaben eine Reihe extrem wichtiger Funktionen, nicht zuletzt im Hinblick auf Rüstungskontrolle, Non-Proliferation und so weiter, die auf jeden Fall zu erhalten sind.

Wenn jetzt so viele Sachkenner ihre Hoffnung auf die KSZE setzen, dann ist anzuraten, daß Geschichte und Realität der KSZE nicht vergessen werden. Sie ist gewiß eine nützliche Einrichtung, aber man kann sie auch leicht überfordern. Sie ist kein Sicherheitssystem. Kein Land, das nicht den Verstand verloren hat, wird seine Sicherheit, die ihm durch die NATO garantiert ist, an die KSZE in ihrer gegenwärtigen Form abtreten, wo die verschiedensten Länder, von Malta bis zur Sowjetunion, mit den unterschiedlichsten Interessen beteiligt sind. Die KSZE wird also die NATO nicht ersetzen können.

Im Gegenteil, die Funktionsfähigkeit der KSZE hängt ganz entscheidend davon ab, daß die Nordamerikaner qua NATO in Europa sind. Wenn die Viermächte-Rechte in Berlin erlöschen, ist die NATO das einzige institutionelle Bindeglied der Amerikaner zu Europa. Im amerikanischen Kongreß findet die NATO jetzt wieder mehr Unterstützung. Dort aber für die KSZE zu werben, halte ich für aussichtslos.

Was wir in der Tat brauchen, ist eine gründliche Reform der NATO. Das beginnt mit der flexiblen Abschreckung, und das endet bei kooperativer Sicherheit mit der Sowjetunion, das heißt Ausbau dessen, was mit Rüstungskontrolle, Verifikation, "open skies" und anderem bereits geschieht.

Der Prozeß der deutschen Einigung sollte möglichst schnell und transparent durchgeführt werden, und zwar mit einem Blick dafür, wieviel auf dem Spiel steht. Kommt es zu ernsthaften Konflikten in den internationalen Verhandlungen, insbesondere mit der Sowjetunion - und vieles spricht dafür: wegen Litauen, in allen Rüstungskontrollarenen, vor allem bei START und VKSE-, dann geraten wir in eine schwierige Situation. In dem Fall befinden wir uns in der Lage eines Reiters, der über ein Hindernis setzt, ohne zu wissen, wie es dahinter aussieht. Das kann unangenehm werden.

Wenn es zu keiner Einigung über Deutschland kommt, dann kommt es zu einem Konflikt um Deutschland. Und davon haben wir in den letzten 40 Jahren bei Gott genug gehabt. Dies möchte ich auch meinen Kollegen in der DDR sagen, wenn sie Bedenken gegen die NATO hegen: Hier geht es um Fragen, die weit über die DDR hinausreichen. Es ist ein weltpolitisches Ordnungsproblem, und zwar das gegenwärtig drängendste Ordnungsproblem. In der Bundesrepublik scheint man dies allmählich zu verstehen. Die NATO ist in einem tiefgreifenden Umstrukturierungsprozeß begriffen, der sicher noch einige Zeit benötigen wird. Daran sollte gemeinsam gearbeitet und auch die Sowjetunion dafür gewonnen werden. Dann ist auch die deutsche Frage lösbar, die bisher im internationalen Bereich blockiert war, seit dem 9. November aber nicht mehr.

**Vollmer**

Es ist sicher berechtigt, mißtrauisch zu sein, ob die Deutschen wirklich so europäisch denken, wie sie von sich immer behaupten. Genauso mißtrauisch bin ich aber auch gegenüber den Westeuropäern, die jetzt alle die deutsche Vereinigung so überaus herzlich und offen begrüßen, wie man das ununterbrochen zu hören bekommt. Da frage ich mich mitunter, warum ich eigentlich sozusagen die letzte Bedenkenträgerin sein soll. Manchmal kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, man ist in Westeuropa dabei, sich teils ein wenig zynisch, teils auch devot mit der kommenden Supermacht Deutschland zu arrangieren. Aber das kann man wohl auf sich beruhen lassen; das wird sich schon ausschaukeln.

Die entscheidende Frage ist in der Tat: Was wird aus den Osteuropäern, die nach Europa zurückkommen wollen, und was wird aus der UdSSR? Herr Stürmer hat es eben sehr gut auf einen Nenner gebracht: Die NATO verstand sich bisher als ein Instrument, um die Amerikaner in Europa und die Russen draußen zu halten und die deutsche Frage ruhigzustellen. Das genau ändert sich jetzt. Die Amerikaner müssen weiter in Europa gehalten werden. Da stimme ich zu. Die deutsche Frage ist nicht mehr in Ruhe, und die Deutschen sind dabei, als kommende wirtschaftliche Supermacht in das entstandene Vakuum in Osteuropa einzudringen. Und die Russen wollen zurück nach Europa.

Angesichts dieser Entwicklung möchte ich die Frage stellen, wie die NATO dieser Konstellation eigentlich gerecht werden soll. Meine größte Sorge besteht also darin, wie es um die Ostverträglichkeit des deutschen Einigungsprozesses steht angesichts der Schnelligkeit, mit der dieser Prozeß vorangetrieben wird, und wie das Konzept für ein europäisches Sicherheitssystem aussehen soll, das man aus der NATO entwickeln will.

Die Sowjetunion hat dazu ja bereits einige Vorschläge gemacht, obwohl es mitunter den Anschein hat, als sei auch die sowjetische Diplomatie in dieser Hinsicht völlig ratlos, was keineswegs beruhigend wäre. Unter anderem hat sie die Neutralität Deutschlands vorgeschlagen, was wohl wieder vom Tisch ist. Ein weiterer Vorschlag ist jetzt die Doppelmitgliedschaft des vereinigten Deutschlands in beiden Bündnissystemen. Ich kann nicht verstehen, daß man dies auf westlicher Seite von vornherein abgelehnt hat. Denn die Philosophie, die dahintersteckt, zielt doch auf ein Sicherheitssystem, das wie bisher ein Machtgleichgewicht in Europa gewährleistet, was bis jetzt von den beiden Blöcken wahrgenommen wurde. Wenn man also das alte Sicherheitssystem auflöst, dann muß man doch eine Vorstellung darüber entwickeln, wie das neue System aussehen soll. Eben dazu ist aber die NATO nicht in der Lage, angesichts des zusammengebrochenen Warschauer Paktes.

Herr Stürmer sagt, die KSZE sei untauglich, mit der Sicherheitsproblematik fertig zu werden. Das mag ja so sein. Aber das, was die Sowjetunion mit all ihren Demarchen versucht, zielt darauf ab, die Deutschen zu bewegen, sich zum Motor eines neuen gesamteuropäischen Sicherheitssystems zu machen. In diesem Sinne interpretiere ich beispielsweise den Vorschlag der Doppelmitgliedschaft als Denkmodell. Ich meine, daß die Deutschen in dieser Hinsicht sich der besonderen Verpflichtung bewußt sein sollten.

Was die Sowjetunion vor allem braucht, ist Zeit. Ich stimme Herrn Brandt zu, daß Rußland immer eine Großmacht bleiben wird. In diesem Sinne hat sich auch Carl Friedrich von Weizsäcker geäußert, als er meinte, wenn sich Rußland auf sich selbst konzentriert und den Anspruch eines Supernationalstaates aufgeben würde, hätte es durchaus eine glückliche Zukunft vor sich. Dieses riesige Reich kostet die Russen inzwischen sehr viel mehr - ökonomisch und durch die Nationalitätenkonflikte; -, als es ihnen an Profit einbringt. Man kann also davon ausgehen, daß sie sehr daran interessiert sind, diese Hypotheken loszuwerden - allerdings unter Wahrung des Gesichtes.

Deshalb haben sie immer wieder betont, daß alle diese Entwicklungen in etwas ruhigeren Bahnen verlaufen sollten. Denn zu den verschiedenen Nationalitätenproblemen, die für sich schon schwierig genug sind, kommt gleichzeitig noch die ungeheure Aufgabe der Wirtschaftsreform, und nicht zuletzt muß ein neues europäisches Sicherheitssystem gefunden werden, das auch die Sowjetunion und die USA mit einschließt. Dann würde Europa tatsächlich von Wladiwostok bis San Francisco reichen, um mit Carl-Friedrich von Weizsäcker zu sprechen.

Das ist das eigentliche Ziel, das die Russen vor Augen haben. Und da stelle ich fest, daß die Deutschen sich überhaupt keine Gedanken darüber machen, wie man der Sowjetunion die Rückkehr nach Europa unter Wahrung des militärischen Gleichgewichts ermöglichen kann. Für diese Aufgabe brauchten wir im Grunde so etwas wie einen neuen europäischen Völkerbund, der allerdings nicht so ohnmächtig sein dürfte wie der alte.

Was mich hier so zornig macht, ist, daß wir dazu keinerlei Konzepte entwickeln. Wie wollen wir denn mit all diesen Nationalitätenkonflikten und mit den ganzen chaotischen Entwicklungen, die sich anbahnen, fertig werden? Darin sehe ich zur Zeit die größte Herausforderung an die gesamte

politische Klasse Westeuropas, nicht zuletzt der Deutschen. Wie können wir die Neuordnung Europas unter Wahrung des militärischen Gleichgewichts schaffen und der Sowjetunion den Weg dahin ohne Gesichtverlust ermöglichen?

### **von Moltke**

Ich möchte hier vor allem darauf hinweisen, daß die DDR bezüglich ihrer Eingliederung in die Marktwirtschaft in einer besonderen Lage ist: Diese deutsche Sonderlage ist soeben auf dem Dubliner Gipfel anerkannt worden, obwohl dieses Thema noch auf dem Europäischen Rat in Straßburg umstritten war. In der Tat: Während sich die Gemeinschaft in bezug auf die Behandlung von Beitrittsanträgen vor Vollendung des Binnenmarktes Zurückhaltung auferlegen muß, ist im Falle der DDR inzwischen allgemein akzeptiert, daß sie, sobald sie will, der Gemeinschaft über die Vereinigung mit der Bundesrepublik beitreten kann.

Auch abgesehen davon sollte man sich darüber im klaren sein, in wie vielen Fragen, die wir hier detailliert diskutiert haben, die Bundesrepublik schon längst nicht mehr allein entscheiden kann. In vielen Fällen wird das Bundesrecht, von dem es mehrfach heißt, wir dürften es der DDR nicht aufzwingen, bereits im wesentlichen vom Gemeinschaftsrecht mitbestimmt. Insofern steht dies also gar nicht mehr zur Disposition der Bundesregierung.

Zweifellos stehen uns bei der Lösung der deutschen Frage noch große Schwierigkeiten bevor. Aber wir sollten nicht übersehen, daß die Gemeinschaft bei der Ausdehnung ihres Rechts auf die DDR durchaus Übergangsfristen vorsehen kann, so, als ob es sich um einen normalen Beitritt nach Artikel 237 des EG-Vertrages handelte. Darüber wird gewiß im Einzelfall eingehend gesprochen werden müssen; denn diese Dinge sind ja mit Vernunft auf den Weg zu bringen. Aber das ist keineswegs allein eine Sache der Bundesregierung.

Wir sollten in diesem Zusammenhang einen weiteren Punkt nicht übersehen. Wir haben uns ja in unserem lieben deutschen Vaterland so angewöhnt, immer nach perfekten Lösungen zu suchen. Die Gemeinschaft schickt sich indessen gegenwärtig an, einen Binnenmarkt zu schaffen, in dem vieles völlig imperfekt sein wird. Es wird ein freier Markt sein, der jedoch keineswegs homogen ist. An den Grenzen wird es erheblich knirschen, nicht nur an den Grenzen zwischen den beiden Teilen Deutschlands, sondern auch an den Binnengrenzen der Gemeinschaft. Darauf stellt sich jedermann ein, und das wird auch nicht als besonders tragisch empfunden.

Dabei finde ich es bemerkenswert, daß in einem Augenblick, wo unsere nationalen Gefühle zweifellos hochgehen, eine Umfrage in der Bundesrepublik nachweist, daß das Interesse der Bundesbürger an der Gemeinschaft sprunghaft gestiegen ist, nämlich um fünfzehn Punkte. Das ist deshalb so bemerkenswert, weil wir in den letzten Jahren feststellen mußten, daß die Begeisterung der Deutschen für die Gemeinschaft ständig im Sinken begriffen war. Gegenwärtig erleben wir genau das Umgekehrte und das in einer Situation, wo das langersehnte Ziel der nationalen Einheit endlich in greifbarer Nähe ist.

Hier zeigt sich eine neue Art von Nationalgefühl, die ich mir immer gewünscht habe. Es ist also durchaus nicht nötig, Frau Vollmer, daß wir immer von neuem unsere deutsche Vergangenheit beschwören. Vielleicht sollten wir eine solche Umfrage demnächst auch einmal in der DDR veranstalten. Die Ergebnisse werden da vielleicht anders aussehen. Aber zumindest die Bundesbürger bekunden, daß sie die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft gerade jetzt als einen Vorteil empfinden.

Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß sich die Kommission gegenwärtig außerordentlich bemüht, durch eine Reihe von Aktionen die Bewußtseinslage in der Gemeinschaft positiv zu verändern. Dazu gehören diverse Informationsangebote, wie die sogenannten Euroschafter, ferner Vermittlungsdienste, durch die die Kooperation zwischen Unternehmen gefördert werden soll, wie das "business cooperation net", das Europartneriat und andere Dinge mehr. All dies läßt sich jederzeit auf die DDR ausdehnen, sobald wir dafür grünes Licht und die benötigten Finanzmittel bekommen. Auf diese Weise können wir in der DDR schnell eine ganze Reihe von Dienstleistungen anbieten, die die Eingliederung der DDR in den europäischen Binnenmarkt erleichtern werden.

Schließlich will ich noch einen weiteren Vorteil anführen, der ebenfalls den Beitritt der DDR zur Gemeinschaft erleichtert. Da die Außenhandelsbeziehungen auf die Kompetenz der Gemeinschaft übergehen, werden viele Fragen, die hier angesprochen wurden, erheblich einfacher. Denn die Gemeinschaft hat soeben beschlossen, den osteuropäischen Ländern Assoziierungsverträge anzubieten, die nach Maß geschneidert werden können und die genau zum Ziel haben, was vorhin gefordert wurde, nämlich unsere östlichen Nachbarn an die Europäische Gemeinschaft

heranzuführen. Die Frage, wie ein zu starkes wirtschaftliches Gefälle nach Osten hin vermieden werden kann, können wir getrost auf breitere Schultern verlagern.

### **Schüler**

Es ist Ihnen sicherlich bekannt, daß die Außenminister der Gemeinschaft den Auftrag erhalten haben, Fahrplan und Inhalt einer politischen Union zu überlegen und bis zum Europäischen Rat im Juni dieses Jahres ein entsprechendes Papier vorzulegen. Bei den gegenwärtig sich vollziehenden fundamentalen Veränderungen in Europa kommt es darauf an, eine Struktur zu finden, die ein optimales Zusammenleben ermöglicht.

Wie geht es weiter mit den Deutschen in Europa, und wie wird das neue Deutschland nach der Vereinigung aussehen? Nun, die einen sehen im künftigen Deutschland eine Art Gulliver, der von vielen Kleinen gefesselt worden ist. Andere erwarten oder befürchten einen Herkules, der unbeirrbar eine Aufgabe nach der anderen löst. Beide Bilder haben etwas für sich und bergen zugleich erhebliche Konflikte.

Sicher sollten die Deutschen vermeiden, Gefangene zweier Gespenster zu werden, die hier schon erwähnt wurden, nämlich des Pessimismus und des Perfektionismus. Mir fiel dieser Tage ein Aufsatz von Ludwig Erhard aus den Jahre 1953 in die Hand, aus dem ich einige Sätze zitieren möchte, von denen ich meine, daß sie auf unsere heutige Situation sehr gut passen.

Da heißt es zum Beispiel: "Aufgrund mechanistischer Verfahren wurde die erschütternde Prognose ermittelt, daß es in Deutschland zu fünf bis sechs Millionen Arbeitslosen kommen wird." Und weiter: "Aber als eine mächtige vorwärts drängende Kraft wird sich erweisen die menschliche Arbeit mit fast ungeahnten Anwendungsmöglichkeiten." Und Erhard endet mit den Worten: "In politischer, wirtschaftlicher und menschlicher Beziehung wird die Wiedervereinigung Deutschlands Kräfte entfesseln, von deren Stärke und Macht sich die Schulweisheit der Planwirtschaftler nicht träumen läßt." Ich meine, ein solches Vertrauen in die Zukunft, das Erhard damals an den Tag legte, würde uns heute auch gut anstehen.

Aber eines der Probleme, die besonders schwer wiegen werden, ist die hohe Auslandsverschuldung. Sie bewirkt eine entscheidende Einschränkung des wirtschaftspolitischen Handlungsspielraums der DDR-Regierung, aber auch der Regierungen in den mittel- und osteuropäischen Staaten. Dies gilt insbesondere für Polen und Ungarn. Durch diese Schuldenlast wird gerade das behindert, was auch in diesem Gespräch als vordringlich herausgestellt wurde, nämlich die Schaffung einer leistungsfähigen Infrastruktur, um den neuen Herausforderungen der Marktwirtschaft begegnen zu können.

Das herbeigewünschte unternehmerische Privatkapital, das für die Schaffung neuer Arbeitsplätze unverzichtbar ist, wird indes nur kommen, wenn die entsprechende Infrastruktur vorhanden ist, also Verkehrswesen, Telekommunikation, Energieversorgung und nicht zuletzt die bildungsmäßigen Qualifikationen. Ich plädiere deshalb für die schnelle Errichtung der "Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung", damit möglichst bald die erforderlichen Finanzierungsinstrumente für die osteuropäischen Länder, auch für die DDR, zur Verfügung stehen.

### **Dahrendorf**

In welcher Position würde sich eigentlich die DDR gegenüber der Europäischen Gemeinschaft befinden, wenn die Währungsunion am 2. Juli vollzogen wird, aber die Zwei-plus-vier-Verhandlungen sich noch zwei oder drei Jahre hinziehen und damit eine eigentliche Vereinigung noch gar nicht stattfindet?

### **von Moltke**

Hier ist vor allem festzuhalten, daß in mancherlei Hinsicht die Eingliederung der DDR in die Gemeinschaft schon vor dem eigentlichen staatsrechtlichen Beitrittsakt stattfindet. Denn die DDR übernimmt ja im Falle der Wirtschafts- und Währungsunion zum großen Teil Bundesrecht, das in Wirklichkeit bereits Teil des Gemeinschaftsrechts ist. Das dürfte für das neue Demokratieverständnis in der DDR insofern nicht ganz unproblematisch sein, als sich dieses Gemeinschaftsrecht ständig weiter entwickelt. Denn gegenwärtig wird durchschnittlich eine Entscheidung pro Woche im Binnenmarktbereich getroffen. An dieser Beschlußfassung ist die DDR erst beteiligt, wenn sie Mitglied der Gemeinschaft, das heißt, wenn sie Teil Gesamtdeutschlands ist. Schon deshalb wäre es wünschenswert, wenn letzteres bald geschähe. Sollte dies aber aus den von Herrn Dahrendorf

erwähnten außenpolitischen Gründen möglicherweise nicht so rasch gehen, so muß sich vielleicht auch die Gemeinschaft dazu etwas einfallen lassen.

### **Bondy**

In gewisser Weise ist dieses Deutschland, das jetzt durch den Zusammenschluß entsteht, zunächst stark und schwach zugleich. In der EG haben wir es mit einem Riesen neben mittleren und kleinen Partnern zu tun. Wenn man sich vor Japan fürchtet, dann muß man sehen, daß dieses Deutschland ebenso leistungsfähig und exportmäßig sogar stärker ist. Während man sich aber gegen Japan, das außerhalb der Gemeinschaft ist, mit allerlei Tricks schützen kann, ist das im Falle Deutschlands nicht möglich. Daraus resultiert eine besondere Angst.

Auf der anderen Seite kommen auf dieses Deutschland spezifische Belastungen zu, die nicht nur die DDR betreffen, sondern es gibt auch, wie Herr Garton Ash zu Recht bemerkt, besondere deutsche Verantwortungen für den mittel-osteuropäischen Raum. Das alles wird enorme Kraft und Energie in Anspruch nehmen - zumindest in den nächsten zwei, drei Jahren - und kann selbst eine sehr starke Wirtschaft eher überfordern und zeitweilig schwächen.

Nun können die Aufgaben gegenüber Mittel- und Osteuropa natürlich nicht nur von Deutschland wahrgenommen werden, nicht einmal nur von der EG. Die Schweiz zum Beispiel tut einiges, um Manager aus den mittel- und osteuropäischen Staaten auszubilden. Das gleiche geschieht in Österreich, Schweden, anderswo. Das heißt, hier sind alle hochindustriellen Länder aufgefordert zu helfen.

Ich will noch kurz auf einen anderen Punkt eingehen, der mir wichtig erscheint. Mein Eindruck ist, daß niemand von uns die Sowjetunion gut genug kennt und versteht, um zu sagen, was gut oder schlecht für die Perestroika ist. Wenn Graf Ferraris sagt, Rußland sei dabei, alles wieder zu verlieren, was es durch den Zweiten Weltkrieg gewonnen hat, dann trifft das namentlich für die Länder zu, die es in Zusammenarbeit mit den westlichen Demokratien seinem Machtbereich angegliedert hat. Was es indes behält, wie das Baltikum, sind die Gewinne aus der Komplizenschaft mit Hitler. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, die Sowjetunion zu "entkolonisieren" und uns für sessionistische Bestrebungen zu engagieren. Wir haben aber auch nicht die Aufgabe, den gesamten heutigen sowjetischen Besitz zu schützen. Mit anderen Worten, im Streit mit Litauen sollten wir nicht nur den kleineren, schwächeren Kontrahenten ermahnen, der ins Haus Europa will, sondern zumindest beide Seiten.

### **Ullmann**

Wenn Sie schon die Theologie bemühen, Herr Stürmer, dann sollten Sie zumindest Tyche und Gott nicht gleichsetzen, sondern sich der richtigen theologischen Kategorien bedienen. Ich füge hinzu, daß es Bischof Hempel und mir auch nicht um eine historische Fragestellung ging, sondern um die schlichte Frage nach Recht und Gerechtigkeit. Sicher: wer hat das schlechteste Los gezogen?, das ist immer eine unbeantwortbare Frage, wenn man sich allein am Vergleich orientiert. Dennoch bleibt die Frage relevant, warum die Deutschen im Westen gegenüber denen im Osten eine solche Bevorzugung erfahren haben.

Das, was ich hier von den Vertretern der anderen europäischen Länder gehört habe, überzeugt mich, offen gesagt, nicht allzusehr. Ich meine, gerade nach dem, was in den letzten Monaten geschehen ist, haben wir Grund, unseren Landsleuten zu mißtrauen, auf beiden Seiten.

Bei uns begann der Aufstand im Herbst letzten Jahres mit der demokratischen Losung: Wir sind das Volk. Aber es dauerte gar nicht lange, dann wurde daraus die Parole: Wir sind ein Volk. Das heißt, die demokratische Losung wurde sehr schnell durch eine nationale - ich sage nicht: nationalistische - abgelöst und damit auch unübersehbar eine Abgrenzung zu anderen Völkern vollzogen. Mittlerweile sind wir in der DDR dahin gelangt, daß man ungestraft überall antisemitische Plakate ankleben kann und daß am 20. April auf dem Alexanderplatz in Berlin eine für mich und Angehörige meiner Generation nur zu erschreckende Demonstration stattfinden konnte, an eben jenem Ort, an dem am 4. November 1989 jene großartige und so ganz andere Großdemonstration gegen das alte Regime abgelaufen war.

Gleichzeitig werden uns aus der westdeutschen Publizistik zur Verfassungsdebatte Rechtstheorien präsentiert, die an die schlimmsten Arten von Dezisionismus erinnern. Ich gebe zu, daß mich all das, nach dem was ich erlebt habe, stark verunsichert und mißtrauisch werden läßt, wohin das führen soll. Und wenn man gar glaubt, wie ich das hier auch herausgehört habe, man habe nun vielleicht doch einen Weg gefunden, die Sowjetunion den Zweiten Weltkrieg verlieren zu lassen, dann machen mich solche Äußerungen außerordentlich besorgt.



Ich wäre froh, wenn diejenigen recht hätten, die uns Deutschen immer wieder bescheinigen, wir seien beinahe die besten Demokraten der Welt und würden uns immer mehr in Richtung Demokratie, Menschenrechte, Freiheit und Gleichheit entwickeln. Aber das, was ich höre und sehe, spricht leider nicht dafür.

Noch ein Wort zur Sowjetunion. Herr Bondy meint, wir seien alle keine wirklichen Rußlandkenner, und Herr Ferraris fordert uns auf, unsere Mitverantwortung für die Entwicklung in Rußland nicht zu übertreiben. Sicher ist es richtig, daß wir vorsichtig urteilen sollten. Wir müßten europäisch denken lernen, hieß es. Einverstanden. Ich bin jemand, der von seiner Tätigkeit her immer osteuropäisch denken mußte im Hinblick auf die orthodoxen Kirchen. Und wenn ich mit einem gewissen Pathos vom europäischen Denken reden höre, dann weiß ich genau: Hier wird wieder einmal Europa mit Westeuropa gleichgesetzt. Auch das stimmt mich als DDR-Bürger bedenklich und bitter.

Ich bin auch nicht zu überzeugen von der neuen großartigen Rolle der NATO, wenn die einzige wirkliche Veränderung, die ich voraussehe, darin besteht, daß sie ihren Machtbereich bis an Oder und Neiße auszudehnen versucht. Inwiefern das dem Frieden in Europa dienen soll und nicht vielmehr auf eine Destabilisierung der Sowjetunion abzielt, vermag ich nicht zu erkennen.

Wie gesagt, alle diese Dinge machen mich unruhig und mißtrauisch und lassen mich unzufrieden sein mit den Europakonzepten, die bisher im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung debattiert werden.

### **Engert**

Der Verlauf unserer Aussprache hat mir bestätigt, daß die deutsche Vereinigung im besonderen Maße ein psychologisches Problem ist. Es hat jedoch enorme politische Implikationen. Ich habe durchaus Verständnis für die DDR-Bürger, die sich in einer Situation fühlen, in der man ihnen sagt: Eure bisherige Wohnungseinrichtung ist doch völlig überholt; wir liefern euch jetzt eine neue. Und daß die DDR-Bürger antworten: Wir möchten uns die neuen Möbel schon gern selber aussuchen. Diese Erwiderung müßte eigentlich jeder verstehen.

Dabei kommt nun allerdings der politische Faktor ins Spiel, den unter anderen Herr Späth betont hat: Je länger der Prozeß der Vereinigung andauert, um so mehr werden die Parteien in der Bundesrepublik diesen Prozeß stimmungsmäßig aufladen, und zwar zum Nachteil der DDR. Frau Vollmer hat in ihrem ersten Beitrag davon gesprochen, im gewissen Sinne werde ihrer Generation durch die Vereinigung die Identität genommen, weil dies dann nicht mehr das Land sei, in dem sie aufgewachsen ist. Ich meine, diese Beobachtung trifft auf Teile der Bevölkerung in der Bundesrepublik genauso zu wie auf die Menschen in der DDR.

Ich halte es deshalb wirklich für wichtig, daß die deutsche Vereinigung schnell durchgeführt wird. Sonst erhalten wir in der Bundesrepublik eine Stimmungslage, die sich bereits abzeichnet und die sich lautstark in der Richtung artikuliert hat: Hört endlich auf mit der DDR; macht Schluß damit! Hier baut sich etwas auf, das auch dem Interesse der DDR nicht förderlich ist.

Hinzu kommt ein weiteres, was für eine Beschleunigung spricht und weshalb ich auch dafür bin, daß so schnell wie möglich gesamtdeutsche Wahlen stattfinden. Je länger nämlich dieser Vereinigungsprozeß dauert, um so weniger werden wir unsere Kräfte der eigentlichen Zukunftsaufgabe zuwenden, über die wir hier auch gesprochen haben, nämlich der Erarbeitung eines Konzeptes für den Weg nach Europa. Bei allem Verständnis für den Selbstbehauptungswillen der DDR - Herr de Maizière hat zu Recht gesagt: Wir wollen aufrechten Gangs in diesen Prozeß hineingehen;- , hier darf keine Zeit versäumt werden, die wir für ganz wichtige Aufgaben benötigen.

Was die Situation in der DDR angeht, will ich nur noch anmerken, daß es darauf ankommt - da stimme ich Lothar Späth und anderen zu;- , möglichst schnell die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, um Industrieansiedlungen zu ermöglichen. Diese gesetzlichen Grundlagen sind auch vonnöten, um eben jenen Wildwuchs, jene, wie hier gesagt wurde, frühkapitalistischen Methoden zu verhindern, die vorhin beklagt wurden. Damit hätte man im Grunde schon viel früher beginnen müssen.

### **Biedenkopf**

So viele einleuchtende Argumente man auch sowohl für eine beschleunigte Abwicklung als auch für ein langsames, geordnetes Verfahren vortragen mag, ich meine, dieser Prozeß wird im wesentlichen durch sich selbst bestimmt und läßt politisch gar nicht so viele Möglichkeiten zu, die Geschwindigkeit zu beeinflussen. Im Grunde sind wir schon in der innenpolitischen Phase des Vereinigungsprozesses angelangt. Alles, was jetzt vor sich geht, ist bereits Innenpolitik.

Die äußeren Bedingungen können wir zweifellos nicht alleine bestimmen, und in dieser Hinsicht ist es wichtig, daß auch unsere Nachbarn die schnelle Einheit wünschen. Wie Graf Ferraris gesagt hat: Je mehr unsere Nachbarn für die Einheit sind, um so geringer ist der Preis, den die Deutschen für Beschleunigung zahlen müssen.

Ich bin nicht sicher, Herr von Moltke, ob es richtig ist, von einer Sonderstellung der Deutschen in der Europäischen Gemeinschaft zu sprechen. Denn die DDR hat passiv schon die ganze Zeit über zur Gemeinschaft gehört. Wir haben unsere Zustimmung zur Europäischen Gemeinschaft von Anfang an damit verbunden, daß die DDR dazugehört - wenn auch nicht als eigenständiger Staat. Insofern ist diese deutsche Sonderstellung der EG gewissermaßen von Anfang an inhärent.

Daß deutsches Recht in weiten Bereichen heute schon EG-Recht ist, stimme ich zu. Deshalb habe ich auch in der DDR stets gesagt: Es wäre angemessener, von der EG-Kompatibilität der DDR zu sprechen. Auf diese Weise hätte man zugleich ein Kriterium dafür, was in der DDR sofort übernommen werden muß und was nicht. Das, was jetzt in den Anlagen zum Staatsvertrag steht, geht aber über die EG-Kompatibilität weit hinaus. So frage ich mich, ob Forderungen durch die Währungsunion gerechtfertigt sind, was etwa die Organisation der Unternehmen angeht. Hier sollten Gestaltungsspielräume für Mitbestimmung, Betriebsverfassung, Sozialverband und ähnliches erhalten bleiben, in die die DDR durchaus eigenständige Erfahrungen einbringen kann. Nicht alles muß so gemacht werden wie in der Bundesrepublik.

Das führt auch nicht zu einer politischen Problematisierung des wirtschaftlichen Prozesses, wie Lothar Späth es befürchtet. Im Gegenteil: Nach meinen bisherigen Erfahrungen in der DDR würde ich darin eine wesentliche Voraussetzung für die positive Motivation der Menschen sehen. Sie hätten dann das Gefühl, etwas Eigenständiges einzubringen. Wenn die Leistungsträger sich verweigern - das wissen wir aus jedem Großunternehmen;- , läuft gar nichts mehr. Das Besondere im deutschdeutschen Verhältnis besteht eben darin, daß die Bürger der DDR alle potentielle Bundesbürger sind und von daher eine Alternative haben.

Herr von Moltke sagte, die DDR könne erst an der Willensbildung der Gemeinschaft teilnehmen, wenn sie Mitglied ist. Ich füge hinzu: Wir leiden in der EG unter einem gewissen Demokratiedefizit. Die Übertragung der Souveränitätsrechte geht schneller als der Aufbau der parlamentarischen Kontrolle. Im Falle der DDR leite ich daraus die Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland ab, für die DDR-Bevölkerung treuhänderisch tätig zu sein und deren eigenständige Interessen voll mit einzubringen.

Diese spezifischen DDR-Interessen zu ermitteln, ist Aufgabe der innerdeutschen Zusammenarbeit. Dafür lassen sich institutionelle Vorkehrungen treffen, die ich für unverzichtbar halte, wenn dieser ganze Prozeß eine entsprechende demokratische Legitimation haben soll. Wir sollten alles vermeiden, was diesen Prozeß von vornherein mit dem Makel belasten würde, daß in der entscheidenden Phase - und das sind die nächsten Monate - die erste demokratisch legitimierte Regierung der DDR von jeder Mitwirkung aus formalen Gründen ausgeschlossen bliebe. Die Einbindung der demokratisch legitimierten Repräsentanz der 16 Millionen DDR-Bürger sehe ich als unverzichtbar an.

Ein letztes Wort zur Sowjetunion. Ich halte die Rückkehr der Sowjetunion nach Europa für außerordentlich bedeutsam. Es wäre ein Unglück, wenn die Trennung zwischen Rom und Byzanz mit ihren weitreichenden Auswirkungen auf die kulturelle und geistige Entwicklung Europas jetzt gewissermaßen neu festgeschrieben würde. Der politische Schwerpunkt in Europa wird ein Stück nach Osten wandern. Ich meine, daß die große Erfahrung, über welche die DDR mit unseren osteuropäischen Nachbarn verfügt, viel dazu beitragen kann, daß wir der Versuchung widerstehen, Europa mit Westeuropa gleichzusetzen - wie Herr Ullmann es befürchtet.

## **Modrow**

Warum müssen wir uns so sehr um die Sowjetunion kümmern, zumal, wie Herr Bondy meint, kaum jemand von uns dieses Land wirklich kennt? Nun, ob wir uns kümmern oder nicht, die Sowjetunion ist eben ein Faktor, mit dem wir immer wieder zu rechnen haben, in Deutschland und in Europa. Bei den Zwei-plus-vier-Verhandlungen ist sie dabei. Und Gorbatschows Drängen, Helsinki II möglichst noch in diesem Jahr durchzuführen, zeigt, daß die Sowjetunion auch erkennt, sie muß auf Europa zukommen, weil sie anders mit ihren eigenen Problemen nicht fertig wird. Dabei spielen ohne Zweifel das Sicherheitsbedürfnis, aber auch das Problem der Wirtschaft eine Rolle.

Herr Brandt hat zu Beginn gesagt: Was auch geschieht, Rußland bleibt in jedem Falle eine große Macht. Aber wie geht es mit den einzelnen Sowjetrepubliken weiter? Ich will jetzt nicht im einzelnen auf das Problem Litauen eingehen, aber keine der sowjetischen Republiken kann sich so einfach von der UdSSR lösen in dem Glauben, für sich allein existenzfähig zu sein. Das gilt auch für Kasachstan

und andere Republiken. Die gesamte Wirtschaftsstruktur des Landes weist einen solchen Grad an gegenseitiger Verflechtung auf, daß es auf jeden Fall politischer Konzepte bedarf, um das Verhältnis der einzelnen Republiken im Rahmen der Föderation neu zu bestimmen und damit auch die ethnischen und wirtschaftlichen Probleme besser abfangen zu können.

Was den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) angeht, so war auf der letzten Beratung in Sofia im Januar dieses Jahres nicht zu übersehen, daß zwar alle Länder nach der Marktwirtschaft streben, sich aber zugleich der Tatsache gegenübersehen, daß der Transferrubel immer noch die Basis ist, auf der wir zusammen wirtschaften und existieren. Und kein Land sollte sich einbilden, da einfach aussteigen zu können. So ist die gesamte Wirtschaftsstruktur der DDR darauf ausgerichtet, über 60 Prozent ihres Außenhandels im RGW-Raum abzuwickeln. Zumindest auf diesem Markt sind wir mit unseren Erzeugnissen nach wie vor konkurrenzfähig.

Von daher müssen wir durchaus überlegen, in welchem Tempo wir unsere Wirtschaft auf die Marktwirtschaft umstellen wollen mit der unvermeidlichen Folge, daß dann in erheblichem Maße Arbeitsplätze wegrationalisiert werden. Ist es nicht sinnvoller, hier langsam vorzugehen und die bestehenden Arbeitsplätze weitgehend zu erhalten, weil wir ja noch einen Markt haben, auf dem wir unsere gegenwärtigen Erzeugnisse noch absetzen können? Dies ist auch durchaus im gegenseitigen Interesse; genauso wie wir diesen Markt brauchen, benötigt beispielsweise die Sowjetunion auch unseren Markt. Denn die 17 Millionen Tonnen Erdöl, die wir jedes Jahr aus der UdSSR beziehen, können ja nicht einfach woandershin geleitet werden, was schon von der Logistik her - Pipelines und so weiter - gar nicht möglich ist. Mit anderen Worten, ich sehe in der gegenwärtigen Wirtschaftsstruktur auch eine Chance, die Übergänge nicht so kraß zu gestalten.

Wir haben hier über unsere internen deutschen Probleme und auch über die europäischen Fragen und Ängste gesprochen. Auch in Westeuropa empfindet man nicht nur reine Freude über die deutsche Vereinigung, sondern sieht ebenso viele Probleme, wovon ich mich in zahlreichen Begegnungen und Gesprächen leicht überzeugen konnte. Das heißt, Tempo und Inhalt der deutschen Vereinigung sollten auf jeden Fall europäisch abgestimmt sein.

Ich füge noch eines hinzu. Ich hatte in den letzten Wochen auch Gelegenheit zu vielfältigen Diskussionen mit Bürgern der DDR und der Bundesrepublik, und mein Eindruck daraus ist, daß es nicht nur um Regierungsentscheidungen geht, sondern daß wir ein besonderes Klima der Verständigung brauchen. Dazu bedarf es eines demokratischen Prozesses und wenn wir den nicht hinbekommen, werden die Konflikte immer größer werden. Nur so können wir auch das Vertrauen festigen, das Europa zu uns gewinnen soll.

Natürlich muß über die Dinge so offen wie möglich geredet werden, aber doch nicht nach dem Motto: Je größer der Klotz, desto größer der Keil. Vielmehr müssen wir uns um konstruktive Lösungen der Probleme bemühen. Das heißt zum Beispiel bezogen auf unsere Wirtschaft: Ich halte es für völlig unverantwortlich, so zu tun, als müsse auf dem Gebiet der DDR eine völlig neue Wirtschaft angesiedelt werden und gar nicht erst zu versuchen, die vorhandenen Unternehmen in die Rationalisierung mit einzubeziehen, in denen heute nun einmal Millionen von Menschen arbeiten. Auf diese Weise wird uns kaum eine vernünftige Lösung gelingen.

### **Voscherau**

Herr Biedenkopf spricht von einer treuhänderischen Verpflichtung der Bundesrepublik, und Herr Modrow fordert konstruktive Lösungen und ein Klima des Vertrauens. Wie steht es denn damit, wenn man sich etwa den Artikel 22,3 des Staatsvertragsentwurfs ansieht? Dort heißt es - und das kann ich wirklich nur als eine unglaubliche Dreistigkeit bezeichnen: Die Staatsverschuldung der gegenwärtigen DDR wird nach der Vereinigung voll den fünf künftigen Ländern auf dem heutigen Territorium der DDR aufgebürdet - also nach Art einer Erblast-Nachfolge zu sich selbst, oder wie soll man das sonst verstehen? Über solche Anmutungen stockt einem doch der Atem!

Im Grunde hätten wir die Frage sehr viel stärker diskutieren müssen: Wie geht es weiter mit den Deutschen in Europa? Denn das ist der Rahmen, der auch für uns Deutsche gilt. Und da meine ich, hängt die künftige Entwicklung entscheidend davon ab, was in der Sowjetunion geschieht. Es kann kein Zweifel sein, daß die Sowjetunion bis zum heutigen Tage de facto ein großes Kolonialreich ist.

Wenn man etwa mit führenden Persönlichkeiten der baltischen Republiken spricht, so sagen die ganz unumwunden: Unser Beispiel wird die Russen lehren, sich bewußt zu werden, daß sie ebenfalls eine eigene Nationalität innerhalb der Sowjetunion sind. Aber wohin das führen wird, weiß heute niemand. Ich glaube zumindest, daß die drei baltischen Staaten in einigen Jahren ihre Selbständigkeit erlangen werden.

**Graf Ferraris**

Entweder heute oder nie.

**Voscherau**

Mit anderen Worten: Das, was heute in Deutschland geschieht, wird sich über kurz oder lang als eine Aufgabe für ganz Europa stellen, indem es darum geht, das Verhältnis Westeuropas zu Mitteleuropa und zu Teilen von Osteuropa neu zu regeln. Deshalb gilt der Satz: Wer die Teilung überwinden will, muß teilen können, nicht nur für die Deutschen, sondern genauso gut für die Europäer. Wer Europa einigen will, muß teilen können. Heute reden wir über 1: 1 zwischen D-Mark und Mark; im Grunde müßten wir über 1:x zwischen Ecu und den anderen Währungen sprechen, obwohl es den Ecu als Währungseinheit noch gar nicht gibt.

Was die Ressentiments, Befürchtungen, Ängste vor einem zu großen Deutschland angeht, so sollte man dies im Hinblick auf eine gesamteuropäische Integration doch um einiges relativieren. Österreich steht vor den Toren der Europäischen Gemeinschaft, und dem werden die Ungarn auf dem Fuße folgen. Und wie steht es dann mit den Tschechen und Slowaken, die doch ebenfalls interessiert sind, wenn die Österreicher und die Ungarn sich auf den Weg machen und die DDR schon dazugehört?

Was ich also sehe, ist, daß die nationalen Grenzen im Rahmen einer europäischen Integration immer mehr an Bedeutung verlieren werden. Von daher sehe ich auch keinen Anlaß für Befürchtungen über großdeutsche Hegemoniebestrebungen in einem integrierten Europa. Das wird es schon aus dem Grunde nicht geben, weil die einzige Konstante, die sich in der deutschen Geschichte über die Jahrhunderte erhalten hat, der Hang zu Dezentralismus und Kleinstaaterei war. Je mehr die nationalen Grenzen in Europa verschwinden, desto stärker wird der deutsche Hang zur Kleinstaaterei, die zentrifugale Kraft der Regionen, alle anderen deutschen Bestrebungen überlagern.

**Stolpe**

Erlauben Sie mir am Ende dieser Tagung drei Unterstreichungen und einen Seufzer.

Erste Unterstreichung: Ich bin dankbar für den mehrfach geäußerten Wunsch, die Deutschen sollten offener, intensiver und auch konstruktiver miteinander umgehen. Ich denke, das ist gerade auch für Kirchenleute ein wichtiger Hinweis, dies beispielsweise im Rahmen ihres nächsten Kirchentages im Herbst dieses Jahres aktiv anzugehen und umzusetzen. Das sollte allerdings nicht nur die Frage betreffen, wie die Deutschen miteinander umgehen, sondern müßte auch unsere Nachbarn, unsere polnischen, tschechischen, ungarischen, aber auch unsere russischen Freunde mit einbeziehen. Kürzlich hat mich ein Freund aus Prag bekümmert gefragt: Ihr baut in Deutschland eure Mauer ab, werdet ihr sie nun im Erzgebirge errichten? Er meinte die Währungsgrenze; über die Armutsgrenze nach Osten haben wir hier ja mehrfach gesprochen.

Zweitens möchte ich noch einmal unterstreichen - auch das ist des öfteren gesagt worden;- , die Fragen, die sich nach dem 2. Juli stellen werden, sind nicht nur ökonomisch zu interpretieren, sondern auch politisch und psychologisch. Mir will es absolut nicht einleuchten, daß hier gewissermaßen ein Kopfsprung in die Marktwirtschaft arrangiert wird, ohne daß es möglich sein soll zu verhindern, daß dies voll zu Lasten der Menschen in der DDR gehen wird.

Ich möchte deshalb besonders den Teilnehmern aus der Bundesrepublik die Frage mit auf den Weg geben: Müßte es nicht möglich sein, auch in einem marktwirtschaftlichen System für eine befristete soziale Abfederung zu sorgen, sagen wir bis Ende 1991, um eine gewisse Lastenverteilung zu gewährleisten? Ich halte es für unververtretbar, daß die Lasten ausschließlich der DDR aufgebürdet werden, statt die entstehenden Kosten gemeinsam zu tragen.

Ich nenne als Beispiel nur die Zwickauer Werke, in denen der Trabant gebaut wird und wo in Kürze ein neues Modell produziert werden soll. Wenn dieses Werk noch anderthalb Jahre gestützt würde, hätte man durchaus die Chance, für diese Wagen im Export Abnehmer zu finden. Aber ohne eine Stützung geht es nicht. Andernfalls sitzen 60000 Leute auf der Straße. Hier können wir uns nicht zufriedengeben mit dem, was jetzt offenbar als unausweichlich erwartet und von der Bundesbank forciert wird.

Eine dritte Bemerkung. Es wurde verschiedentlich die fehlende europäische Gesinnung bei den DDR-Deutschen angesprochen. Hier fehlt es uns zweifellos an Erfahrung, und es wäre sicherlich hilfreich, wenn unsere Menschen Europa kennenlernen könnten. Ich sehe in Berlin jeden Morgen, wenn ich kurz nach sieben Uhr zur Arbeit fahre, lange Schlangen vor den Botschaften der westeuropäischen Staaten stehen, Leute, die sich um ein Reisevisum bemühen. Ich meine, es würde das Kennenlernen

außerordentlich erleichtern, wenn diese Visapflicht kurzfristig abgeschafft wird. Des weiteren hielte ich es für wichtig, Sprachstudien zu ermöglichen, indem dafür Stipendien vergeben werden. Damit wende ich mich nicht nur an die Bundesrepublik, sondern bewußt auch an die Europäische Gemeinschaft. Das gilt auch für eine personelle Unterstützung im Hinblick auf Beratungstätigkeiten. Herr von Ardenne hat ja den Mangel an qualifiziertem Führungspersonal in unserem Lande angesprochen. Auch da könnte seitens der Europäischen Gemeinschaft Unterstützung gegeben werden.

Und nun lassen Sie mich zum Schluß noch einmal seufzen. Ich finde es im Grunde bedauerlich, daß es offenbar nicht möglich ist, die DDR als Gesamtgebilde in diesen Vereinigungsprozeß mit einzubringen. Dabei verkenne ich durchaus nicht die Bedeutung der Regionen und die Notwendigkeit, die Länder in der DDR wieder aufleben zu lassen. Ich bin auch für den Artikel 23. Aber ich meine, vieles ließe sich leichter regeln - auch im Hinblick auf die schwierigen Fragen, die bei den Zwei-plus-vier-Verhandlungen anstehen und die mit NATO und Warschauer Pakt zusammenhängen, wenn es dafür in der DDR noch einen Ansprechpartner gäbe. Ich habe mir von Verfassungsrechtlern aus Karlsruhe erklären lassen, daß es nach dem Grundgesetz sogar denkbar ist, für ein Bundesland die Zuständigkeit des Bundes für die Verteidigung nach Artikel 73, Ziffer I zeitweilig auszusetzen.

Aber das sind Träumereien, die man sich nur abends nach zehn Uhr erlauben darf. Es ist offenbar nicht möglich, dies ernsthaft zu überlegen. Dabei erschiene es doch gar nicht so widernatürlich, wenn die Sachsen und die Preußen hier zusammenblieben. Aber das geht wohl nicht.

### **Brandt**

Ich will nicht verhehlen, daß ich in diesem Gespräch eine ganze Menge gelernt habe, nicht zuletzt darüber, wie es mit den Deutschen in Europa weitergehen kann und soll. Dazu gehört auch, was aus der deutschen Einheit wird, die dabei ist, sich zu verwirklichen - auch wenn da noch einiges knirschen wird. Ich würde auch dem, was Herr Späth dargelegt hat, nicht widersprechen wollen, aber doch eines sehr deutlich hinzufügen: Es muß mehr darüber nachgedacht werden, wie verhindert werden kann, daß zu viele Menschen unter die Räder des Zuges geraten, der sich in Bewegung gesetzt hat. Das betrifft die soziale Flankierung des Einigungsprozesses. Im übrigen bin ich nicht geneigt, mir die Freude an der deutschen Einheit dadurch nehmen zu lassen, daß vieles schwieriger verläuft, als man es sich gewünscht hätte.

Ich würde allerdings entschieden davor warnen - entgegen den Erwartungen, die hier auch angeklungen sind-, daß sich die Fragen, die sich auf den äußeren Status Deutschlands beziehen, in wenigen Monaten aushandeln lassen. Das ist eine Illusion. Aus diesem Grunde halte ich es auch nicht für realistisch, gesamtdeutsche Wahlen bereits innerhalb des nächsten Jahres durchzuführen - es sei denn, diese Wahlen sollten stattfinden, bevor die Verhandlungen über den Status Deutschlands abgeschlossen sind, was ich mir nicht gut vorstellen kann. Wer im Laufe der Jahre an vielen Verhandlungen teilgenommen hat, die sehr viel einfacher waren als das, worüber jetzt verhandelt wird, der weiß, daß ein Abschluß bei Zwei-plus-Vier - mit einer entsprechenden Überleitung zur nächsten Runde in der KSZE - bis zum Spätherbst dieses Jahres überhaupt nicht zu erreichen ist.

Vieles spricht auch dafür, daß es zwei KSZE-Konferenzen geben wird: eine in der Form, die für dieses Jahr geplant ist, und eine weitere auf der obersten Ebene, wenn Zwei-plus-Vier verhandelt ist. Dabei ist dann noch völlig offen, ob die Ergebnisse von Zwei-plus-Vier und der anschließenden KSZE-Runde eine friedensvertragliche Regelung ersetzen können, oder ob es zusätzlich noch eines abschließenden Friedensvertrages bedarf. Das hängt nicht zuletzt von den Sowjets ab; und meine Erwartung ist, daß die auf einem Friedensvertrag bestehen werden, der einen Schlußpunkt unter den Zweiten Weltkrieg setzt. Das mag nach fast 50 Jahren ein bißchen seltsam anmuten, aber ich würde mich darauf einstellen, daß dies noch eine Weile dauern wird.

Im übrigen können wir sicher davon ausgehen, daß die DDR - auch wenn die staatliche Einheit noch etwas auf sich warten läßt - schon in den nächsten Monaten, in Verbindung mit den innerdeutschen Regelungen zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, zur EG gehören wird. Nicht nur in dem indirekten Sinne, in dem sie - wie Herr Biedenkopf sagte - immer schon mit der EG verbunden war.

Wir werden mit Interesse verfolgen, welche Fortschritte die EG in Richtung eines politischen Zusammenschlusses machen wird. Seit Dublin steht nun auch fest, daß die EG den osteuropäischen Ländern Assoziierungsverträge anbietet - die nur dann einen Sinn machen, wenn in den künftigen europäischen Verhandlungen, so wie es Mitterrand vor einigen Monaten gesagt hat, die Perspektive einer gesamteuropäischen Konföderation anvisiert wird.

Es wurde die Frage gestellt, ob die Politik gegenüber Mittel- und Mitteleuropa primär deutsch oder mehr europäisch zu betreiben sei. Ich bin für europäisch, aber mit starkem deutschem Engagement.

Zur Frage der europäischen Sicherheit: Was die Menschen im Lande dabei vor allem interessiert, ist, wie sich die neue Lage auf den Verteidigungshaushalt auswirken wird. Ich meine, da kann man guten Gewissens sagen: Wenn nicht in Rußland ein großes Unglück passiert - was man leider nicht ganz ausschließen kann-, dann werden wir in Deutschland in einigen Jahren mit einer Truppenstärke auskommen, die in etwa die Hälfte der heutigen Bundeswehr ausmachen dürfte. Mit einem entsprechend sehr viel niedrigerem Verteidigungshaushalt. Die dadurch freiwerdenden Mittel ließen sich teilweise sicher für die Lösung all der Aufgaben verwenden, die wir vor uns haben.

Gegenwärtig müssen wir jedenfalls von der nüchternen Tatsache ausgehen, daß von den beiden deutschen Staaten der eine Staat einem Bündnissystem angehört, das dabei ist, sich umzuformen, während der andere zu einem Bündnissystem gehört, das dabei ist, sich aufzulösen. Zugleich ist ein gesamteuropäischer Rahmen, der beide Seiten zusammenführen könnte, noch nicht recht in Sicht. Deshalb rate ich dazu, daß wir hier nicht den zweiten oder dritten Schritt vor dem ersten tun sollten.

Schlußbemerkung: Es ist hier mehrfach angeklungen, daß wir in Deutschland in dieser Situation anders miteinander umgehen sollten. Sobald man diese Forderung stellt, gerät man sofort in den Verdacht, einer großen Koalition das Wort zu reden. Das ist nicht meine Absicht. Vielmehr meine ich, daß die maßgebenden politischen Kräfte dieses Staates - gerade dann, wenn sie keine gemeinsame Regierung bilden auf entscheidenden Gebieten der nationalen und europäischen Politik Formen des Umgangs miteinander pflegen könnten, die vom "politischen Holzen" abweichen. Und dazu hätte ich mir nach dem Wahlkampf in der DDR auch von den Kirchen ein deutlich mahnendes Wort gewünscht, nicht nur hinter vorgehaltener Hand, sondern für die Öffentlichkeit vernehmbar.

Ich habe auch unseren Bundespräsidenten gefragt, ob er es nicht für sinnvoll hielte, alle Beteiligten hinsichtlich ihres Engagements im DDR-Wahlkampf zu einem Erfahrungsaustausch an einen Tisch zu bitten, um darüber zu reden, was geht und was eigentlich nicht geht. Der Bundespräsident war der Ansicht, daß man damit noch etwas warten sollte. Ich bin der Meinung, daß es wichtig wäre, einander offen zu sagen, was uns in solchen Auseinandersetzungen beschwert.

### **Dahrendorf**

Ich gehöre zu denen, die meinen, daß es in Deutschland eigentlich kaum jemand in diesen Monaten geschafft hat, so sehr die richtigen Worte zu finden wie Willy Brandt. Es gibt viele in der Welt, die glauben, die Frage der deutschen Wiedervereinigung sei im Grunde einfach und schon gelaufen. Heute hat sich einmal mehr herausgestellt, daß das so nicht stimmt.

Ich bin zum Beispiel der Ansicht, daß noch viel mehr über die notwendigen Konsequenzen der Währungsumstellung geredet werden muß, und zwar sehr rasch. Eine Währung ist nicht irgendeine Sache, die man nehmen kann, um sie zu einem bestimmten Umtauschkurs anderswo einzuführen. Es gibt daher auch nicht so etwas wie einen DM-Nationalismus. An der DM hängt eine ganze Wirtschafts- und Rechtsverfassung. Daher ist es zwar durchaus möglich, für eine soziale Abfederung Sorge zu tragen, wie Herr Stolpe es gefordert hat, aber das, was Herr Modrow sich vorstellt, geht nach meiner Meinung nicht, es sei denn, man würde die Währungsumstellung zeitlich verschieben. In dem Augenblick, wo sie stattfindet, hat sie bestimmte Konsequenzen, ob man dies wünscht oder nicht. Und es gibt sicher viele Menschen, die diese Konsequenzen nicht wollen.

Das Problem ist, daß im Grunde niemand so recht weiß, was nach diesem 2. Juli eigentlich geschehen wird. Ich fürchte, wir müssen uns darauf einstellen, daß es in der DDR eher noch härter zugehen wird als in den letzten Monaten in Polen nach den Balcerowicz-Reformen, und zwar nicht zuletzt aus Gründen, die etwas mit der polnischen Solidarität zu tun haben - damit meine ich jetzt nicht nur Solidarnosc-, mit jener Integrität des polnischen Gemeinwesens als Nation. In der DDR dagegen gerät ja alles gleichzeitig ins Rutschen. Dies stimmt mich doch bedenklich nach unserem Gespräch.

Worüber wir zuwenig und zuwenig in die Tiefe gehend gesprochen haben, ist die Europäische Gemeinschaft. Natürlich höre ich die optimistischen Äußerungen meiner früheren Kollegen aus Brüssel gern. Aber es liegt in der Natur der Sache, daß man sich in Brüssel leicht ein etwas zu einfaches Bild von dem komplizierten Gebilde, das die Europäische Gemeinschaft darstellt, macht. Ich kann mir beispielsweise nicht vorstellen, daß es in den nächsten zehn Jahren so etwas wie eine Europäische Währungsunion geben wird. Und ich glaube auch nicht, daß die Europäische Gemeinschaft die Basis für eine europäische Verteidigungsgemeinschaft abgeben wird.

Hier sehe ich also Fragen, die sich nicht von selber beantworten, und bei denen man etwas vorsichtig sein sollte mit allzu großzügigen Bekenntnissen, die mitunter wenig zu tun haben mit dem, was sich tatsächlich abspielt. Wir bewegen uns in Europa in einem Raum, in dem mancherlei Ungereimtes geschieht, was sich nicht von selber löst.

Mir ist aufgefallen, daß in diesem Kreis doch recht deutliche Unterschiede bestehen, was die Analyse der Situation, zum Teil auch, was die erwünschten Lösungen angeht. Das betraf zum Beispiel die Diskussion über die Rolle der Sowjetunion oder auch Überlegungen zum sogenannten "dritten Weg".

Ich will aber am Schluß auch betonen, daß ich mir, ähnlich wie Willy Brandt, die Hoffnung nicht nehmen lasse, daß die Revolution von 1989 Chancen für Europa eröffnet hat, wie es sie seit Jahrzehnten nicht und vielleicht noch nie gegeben hat, Chancen für die offene Gesellschaft und die Verfassung der Freiheit.

Es wird auf mittlere Sicht zweifellos für die DDR sehr viel leichter sein, diese Chancen zu nutzen, als beispielsweise in Polen, in der CSFR, in Ungarn, in Jugoslawien, in Bulgarien oder in Rumänien, die alle mit weit größeren Problemen zu tun haben, um dieses Tal der Tränen, durch das die Länder wandern müssen, einigermaßen erträglich zu machen. Was ich wirklich hoffe, ist, daß wir Westeuropäer uns nicht in ein paar Jahren vorwerfen müssen, wir hätten nicht genug dafür getan, daß diese große Chance der Freiheit verwirklicht wurde. Die DDR dürfte hier, wie gesagt, noch am wenigsten problematisch sein im Vergleich zu all den anderen osteuropäischen Ländern, wo die Dinge zweifellos weit schwieriger sind und unser aller Anstrengungen wert sein sollten.

Ich habe selten am Ende eines Gesprächskreises so stark das Empfinden gehabt, daß noch viel mehr solcher Gespräche nötig sind. Denn hier muß sich noch manches zusammenraufen, auch im Verstehen einer Welt, in die wir gemeinsam hineingehen, wenn wir ein freies Europa wollen.

Ihnen, Herr Körber, darf ich im Namen aller wieder einmal dafür danken, daß Sie uns hier zusammengeführt haben. Es war, wie so oft bei Ihnen, die richtige Idee zur richtigen Zeit.

### **Körber**

Trotz unterschiedlicher Auffassungen zum Thema: "Wie geht es weiter mit den Deutschen in Europa?" ist in diesem Kreis erfreulicherweise unbestritten, daß die deutsche Einheit im Interesse aller europäischen Länder liegt und daß sich dadurch die politische Situation in Europa positiv verändern wird im Hinblick auf eine Überwindung der europäischen Teilung. West- und Osteuropa rücken näher aneinander.

Diese Veränderung ist ein wahrhaft weltpolitisches Ereignis von historischer Dimension, durchaus vergleichbar der Französischen Revolution. Und weil diese Entwicklung der internationalen Friedenssicherung dient, stimme ich Willy Brandt zu, daß wir uns die Freude an der deutschen Einheit nicht nehmen lassen, auch wenn vieles schwieriger läuft, als man es sich gewünscht hätte.

Zu den Übergangsschwierigkeiten des Einigungsprozesses, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht, möchte ich den DDR-Bürgern - um ihr Vertrauen in die Zukunft zu stärken-, kurz aufzeigen, wie mein Start als Unternehmer in der produzierenden Wirtschaft nach dem Kriege vor sich gegangen ist.

Als ich 1946 nach Hamburg kam, in eine zerbombte, ausgebrannte Stadt, besaß ich nicht mehr als einen Kopf voller Pläne und Ideen. Mein erstes, täglich benutztes Büro war eine öffentliche Telefonzelle auf dem Dammtorbahnhof. Meinen ersten Arbeitstisch habe ich selbst aus Kisten zusammengezimmert. Das war der Beginn eines Unternehmens, das mittlerweile für über 7000 Beschäftigte neue Arbeitsplätze geschaffen hat.

Mit mir und um mich herum waren Aufbruchstimmung und Menschen, die gemeinsam etwas aufbauen wollten, mit Mut, Kraft und Optimismus. Und das in einer Situation und unter Startbedingungen, die ungleich schwieriger und katastrophaler waren als heute in der DDR. Aber die Menschen merkten sehr schnell, daß Leistung sich lohnt.

Dieses Gefühl, Leistung wird belohnt, werden die Bürger der DDR, vom Ideenträger über den Facharbeiter bis zur Hilfskraft, bald kennenlernen, wenn sie darangehen, die Chancen der Marktwirtschaft zu nutzen und ihr Land aufzubauen.

Weil ich am eigenen Leibe erfahren habe, welche individuellen Chancen Demokratie und Marktwirtschaft eröffnen, bin ich fest davon überzeugt, daß in dem Stück "Eine deutsche Karriere" demnächst tausendfach Bürger der DDR die Hauptrolle spielen werden. In diesem Sinne möchte ich den Bürgern der DDR Mut machen, aber auch sagen, daß das "gelobte Land der Marktwirtschaft" nur über einen beschwerlichen und mühsamen Weg zu erreichen ist.

Zum Abschluß unserer Tagung wird Willy Brandt morgen vor dem Dresdner Gebäude der Körber-Stiftung am Barteldesplatz die ersten von 40000 Geschichtsbüchern an Schüler und Lehrer überreichen, die die Körber-Stiftung für sämtliche Schulen des Bezirks Dresden gestiftet hat. Diese Schulbücher, die auf Empfehlung der neuen DDR-Regierung bei bundesdeutschen Verlagen

ausgesucht wurden, stellen aus meiner Sicht eine wichtige Zukunftsinvestition für die heutige DDR dar. Denn eine geistige Erneuerung kann nicht stattfinden, ohne den Spiegel der Vergangenheit blank zu putzen.

In diesem Sinne hat sich auch Bundespräsident von Weizsäcker bereit erklärt, seine Schirmherrschaft über den Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten ebenfalls auf das Gebiet der DDR auszudehnen.

Ich bin überzeugt, daß Sie alle mit Ihrem Engagement auf dieser Tagung einen Beitrag zur Lösung der deutschen Frage im Interesse Europas geleistet haben. Und dafür danke ich Ihnen.